



Abschlussbericht zum Projekt der Fritz Thyssen Stiftung

WIRKUNGSWEISE UND DYNAMIK DER GLOBALISIERUNG: MODELLIERUNG VON DIFFUSIONSPROZESSEN IN HOCH ENTWICKELTEN INDUSTRIEGESELLSCHAFTEN

Projektleiter: Professor Dr. Detlef Jahn
Bearbeitet von Sebastian Stephan, Dipl.-Pol.
30. November 2015

Universität Greifswald,
Institut für Politikwissenschaft
Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeine Angaben.....	1
1.1 Projekt	1
1.2 Institut / Lehrstuhl	1
1.3 Thema des Projekts	1
1.4 Berichtszeitraum, Förderungszeitraum	1
1.5 Liste der Publikationen.....	1
2. Arbeits- und Ergebnisbericht	2
2.1 Ausgangsfrage und Zielsetzung des Projekts.....	2
2.2 Entwicklung der durchgeführten Arbeiten	6
2.3 Darstellung der erreichten Ergebnisse und Diskussionen	38
2.4 Stellungnahme zur wissenschaftlichen Verwertbarkeit	40
2.5 Projektmitarbeiter und Kooperationspartner	41
3. Zusammenfassung	42
Literatur	44
Anhang	I
A1 Entwicklung der Lohnsteuern	I
A2 Dekadenmittelwerte der Arbeitnehmersteuern.....	II
A3 Entwicklung der Kapitalsteuern	III
A4 Dekadenmittelwerte der Kapitalsteuern	IV
A5 Vergleich der Steuerquoten	V
A6 Steuerentwicklung je Land	VI
A7 Dekadenmittelwerte der Sozialquote.....	VII
A8 Entwicklung Sozialquote.....	VIII
A9 Entwicklung des Variationsindex.....	IX
A10 Entwicklung der Sozialquote je Land	IX
A11 Dekadenmittelwerte der Umweltperformanz	X
A12 Entwicklung Umweltperformanz	XI
A13 Entwicklung des Variationsindex.....	XI
A14 Entwicklung der Umweltperformanz je Land	XII
A15 Dekadenmittelwerte der Umweltinstitutionen.....	XIII
A16 Entwicklung Umweltinstitutionen.....	XIV
A17 Entwicklung des Variationsindex.....	XIV

A18 Entwicklung der Umweltinstitutionen je Land	XV
A 19 Die Operationalisierung von Diffusionsmechanismen.....	XV
A20 Split-Darstellungen der marginalen Effekte	XVI
A20.1 Effekt der Mechanismen Wettbewerb, Lernen/Nachahmung, Nähe (Sozialpolitik)	XVI
A20.2 Effekt des Mechanismus Zwang (Sozialpolitik).....	XVII
A20.3 Effekt der Mechanismen Wettbewerb, Lernen/Nachahmung, Nähe (Lohnsteuer)	XVIII
A20.4 Effekt des Mechanismus Zwang (Lohnsteuer).....	XIX
A20.5 Effekt der Mechanismen Wettbewerb, Lernen/Nachahmung, Nähe (Kapitalsteuer)	XX
A20.6 Effekt des Mechanismus Zwang (Kapitalsteuer).....	XXI
A20.7 Effekt der Mechanismen Wettbewerb, Lernen/Nachahmung, Nähe (Umweltperformanz) ...	XXII
A20.8 Effekt des Mechanismus Zwang (Umweltperformanz).....	XXIII
A20.9 Effekt der Mechanismen Wettbewerb, Lernen/Nachahmung, Nähe (Umweltinstitutionen)	XXIV
A20.10 Effekt des Mechanismus Zwang (Umweltinstitutionen)	XXV
A21 Regressionstabellen	I
A21.1 Regressionsmodelle Sozialpolitik.....	II
A21.2 Regressionsmodelle Steuerpolitik	VIII
A21.3 Regressionsmodelle Umweltpolitik.....	XX

1. Allgemeine Angaben

1.1 Projekt

AZ: 10.08.1.101

Antragsteller

Dr. Detlef Jahn, Univ.-Prof.

Geb. 05.04.1956

1.2 Institut / Lehrstuhl

Universität Greifswald, Institut für Politikwissenschaft

Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre

Baderstraße 6/7

17489 Greifswald

E-Mail: djahn@uni-greifswald.de

Telefon: 03834-863150 (Sekretariat)

03834-863151

Telefax: 03804-863153

1.3 Thema des Projekts

„Wirkungsweise und Dynamik der Globalisierung: Modellierung von Diffusionsprozessen in hoch entwickelten Industriegesellschaften.“ (AZ: 10.08.1.101)

1.4 Berichtszeitraum, Förderungszeitraum

Berichtszeitraum für das Forschungsprojekt:

2009-2015

Hierin enthalten sind 36 Monaten, die sich aus einer kostenneutralen Verlängerung ergeben haben, da zahlreiche unvorhergesehene Personalwechsel eintraten.

1.5 Liste der Publikationen

a) Arbeiten in Publikationsorganen mit Qualitätssicherung

Jahn, Detlef. 2014. The Diffusion of Party Positions: Policy Positions Moving from the Nordic to the Baltic States. In: Nicholas Aylott (Hg.): *Models of Democracy in Nordic and Baltic Europe: Political Institutions and Discourse*. London: Ashgate, S. 153–179.

Jahn, Detlef. 2015. Diffusion. In: Georg Wenzelburger und Reimut Zohlnhöfer (Hg.): *Handbuch Policy-Forschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 247–276.

Jahn, Detlef. 2016. *Environmental Performance and Politics in Highly Globalized and Industrialized Democracies: The Agenda Setting Power Approach in Comparative Politics*. Cambridge: Cambridge University Press. (insbesondere Kapitel 8)

Jahn, Detlef; Stephan, Sebastian. 2015. The Problem of Interdependence. In: Dietmar Braun und Martino Maggetti (Hg.): *Comparative Politics: Theoretical and Methodological Challenges*. Cheltenham: Edward Elgar, S. in press.

b) Andere Veröffentlichungen

Jahn, Detlef; Kuitto, Kati; Düpont, Nils; Stephan, Sebastian. 2014. Uneven responsiveness to diffusion effects? Social policy diffusion within the enlarged European Union (*CWED Working Paper, WP 02 - October 2014*).

2. Arbeits- und Ergebnisbericht

2.1 Ausgangsfrage und Zielsetzung des Projekts

Interdependenz, verstanden als internationale Einflüsse (Globalisierung), gehört zu den zentralen Problemen der Vergleichenden Politikwissenschaft (Jahn/Stephan 2015). Über viele Jahre wurde die adäquate Integration in wissenschaftliche Forschungsdesigns in empirischen Studien vernachlässigt, wodurch ein fundamentales Defizit in systematisch vergleichenden Analysen entstand. Dabei entfachte kaum ein anderes wirtschaftliches, kulturelles oder politisches Phänomen die Debatte um den Wandel der Staatstätigkeit derartig umfangreich wie Globalisierung. Der Begriff gehört zu den populärsten und interpretationsfähigsten in der Politikwissenschaft (Jahn 2009b: 87). Globalisierung stelle einerseits neue Marktchancen dar, die den eher unterentwickelten Ländern die Teilhabe an modernen Technologien und sozialen Errungenschaften ermögliche. Andererseits zerstöre die globale Integration nationale Identitäten und nutze ärmere Regionen zu Gunsten reicher Nationen aus. In diesem Projekt stellt Globalisierung ein wertfreies Phänomen dar, mit dessen Hilfe die Analyse eine Antwort auf die Ausgangsfrage nach der Rolle des Nationalstaates in Zeiten zunehmender globaler Vernetzungen geben soll. Im Mittelpunkt der Globalisierungsdebatte steht das Spannungsfeld zwischen nationalstaatlicher Handlungssouveränität und internationaler Einflussnahme.

Unter Globalisierung versteht die Wissenschaft vorrangig wirtschaftliche Prozesse, die nationale Märkte für Waren, Dienstleistungen und Produktionsfaktoren zusammenwachsen lassen (Busch 1999; Milner/Keohane 1996). Die Entwicklungen betreffen Handels- und Finanzströme ebenso wie multinationale Unternehmen. Firmen sind nicht mehr von einem Land abhängig, sondern sie wählen Standorte nach günstigen betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen. Der Markt der Produkte ist dabei von den Produktionsstätten geographisch entkoppelt. Allerdings ist Globalisierung ein derartig vielschichtiges Phänomen, das auch in anderen Bereichen sichtbar wird (Lechner/Boli 2000; Held/McGrew 2000; 2002; Guillén 2001; Zürn 1998; 2002). Umweltprobleme tragen keinen rein nationalen Charakter, sondern sind grenzüberschreitend. Auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik wächst durch technische Innovation die Effektivität von Waffensystemen, wodurch lokale Konflikte globale Auswirkungen erreichen können. Globalisierungstendenzen sind gleichwohl in Kultur- und Sportangeboten zu erkennen.

Hollywood-Filme kennen keine Landesgrenzen und Musikstars faszinieren oftmals ein Weltpublikum. Sportliche Großereignisse bündeln eine globale Aufmerksamkeit, wie Olympische Spiele oder Fußballweltmeisterschaften demonstrieren.

Als erste Annäherung an eine wertfreie Definition kann Globalisierung als ein Prozess aufgefasst werden, der dadurch gekennzeichnet ist, dass Impulse aus unterschiedlichen Regionen der Welt internationale Konsequenzen nach sich ziehen, auf welche die jeweils nationalen Akteure eingehen bzw. an die sie sich anpassen müssen. Wirtschaftliche Globalisierung verstärkt diesem Verständnis nach strategisch politische Wechselbeziehungen, die für die soziale Welt zum definierenden Element geworden sind (Gilardi 2013a; Franzese/Hays 2008: 747).

Globalisierungstendenzen werden von einem Anstieg transnationaler und internationaler Handelsverschränkungen gekennzeichnet, die in manchen Regionen stärker auftreten als in anderen. Obwohl Keohane und Milner (1996: 12) in ihrer Untersuchung keine wesentliche Zunahme von wirtschaftlichen Interaktionen zwischen den OECD-Ländern von 1913 bis 1987 feststellen, verzeichnen speziell inflationsbereinigte historische Statistiken eine Zunahme der relativen Interaktionen weltweit (Milner/Keohane 1996; Maddison 2003). Gemessen werden Verschränkungen durch den Welthandel, der besonders nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein kontinuierliches und starkes Wachstum zwischen den OECD-Ländern vollzog. Von 1950 bis 1973 verdoppelte sich der anteilmäßige Welthandel von sieben auf dreizehn Prozent, der sich dann bis 1998 nochmals duplizierte (Maddison 2003). Die ökonomische Globalisierung hat sich keinesfalls überall gleichermaßen durchgesetzt. Die Handelsbeziehungen der OECD-Länder verschränkten sich deutlich stärker als im Rest der Welt. Darüber hinaus glichen sich die Exportquoten der industrialisierten Staaten von 1973 bis 1998 immer weiter an (Jahn 2009b). Die Unterschiede in den Handelsverschränkungen zwischen den Regionen lassen keine Annahme zu, dass eine allgemeine Globalisierung den Welthandel charakterisiert (Andrews 1994; Strange 1995). Vielmehr kann anhand der wirtschaftlichen Indikatoren¹ von einer partiellen Globalisierung in den OECD-Ländern ausgegangen werden (Jahn 2009b). Im Gegensatz zu den Volkswirtschaften der hoch entwickelten Länder sind die Volkswirtschaften weltweit im Zeitverlauf schwächer integriert und neigen kaum zur Konvergenz. Anders als die Ergebnisse von Keohane und Milner (1996: 12) belegen neuere Daten eine deutliche Globalisierungstendenz zwischen hoch industrialisierten Staaten. Die Forschungsarbeit konzentriert sich auf eine Kerngruppe von 18 etablierten Demokratien².

Mit der Entwicklung internationaler Interaktionen wurde die Kausalprämisse der Globalisierungsforschung formuliert, wonach zunehmende internationale Handlungszusammenhänge die Möglichkeit der politischen Steuerung von Einzelstaaten untergraben sollen. Die Effektivität von nationalstaatlichen Entscheidungen wird somit durch internationale Interdependenzen gestört (Zürn 1998: 39). Zwar nimmt die These nicht die Auflösung der Autonomie oder der Souveränität eines Landes durch Globalisierung an. Allerdings hinterfragt sie die Rolle und Bedeutung von Nationalstaaten zunehmend. Die Stärke des Wirkungsgrades unterscheidet sich in der wissenschaftlichen Einschätzung deutlich. Stephen Krasner (1983) bestreitet die fundamentalen Einflüsse von Globalisierung, die zu einem Verlust der nationalen Handlungsfähigkeit führen könnten. Joe Migdal (2001) betont, wie wichtig die Rolle von Staaten nach wie

¹ Anstieg der Exportraten und Konvergenz der Exportraten und des BSP pro Kopf.

² Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, USA.

vor für wissenschaftliche Analysen ist. Dagegen liefert Zürn (1998) empirische Belege für eine Verschiebung der Grenzen von verdichteten sozialen Handlungszusammenhängen über die Grenzen von nationalen Gesellschaften hinaus. Desgleichen verdeutlicht Zürn, dass die Entwicklung nicht global sein muss und schlägt den Begriff *Denationalisierung* vor. Im Sinne seiner Operationalisierungsregel gilt *Denationalisierung* als „[...] die relative Zunahme der Intensität und der Reichweite grenzüberschreitender Austausch- oder Produktionsprozesse in Sachbereichen Wirtschaft, Umwelt, Gewalt, Mobilität sowie Kommunikation und Kultur“ (Zürn 1998: 73). Mit welcher Stärke die gesellschaftliche *Denationalisierung* wirkt, hängt vom Land der Betrachtung und dem jeweiligen Sachbereich ab. Nach den Ergebnissen von Zürn (1998), kann eine beschleunigte *Denationalisierung* erkannt werden. Besonders nach den siebziger Jahren breitete sich das Phänomen in umfassender Weise in Deutschland, Großbritannien und Frankreich, durchschnittlich in den beiden nordamerikanischen Staaten und unterdurchschnittlich in Japan und Italien aus.

Der Begriff der *Denationalisierung* bezeichnet eine Funktion von Globalisierung oder internationaler Interdependenz. Durch die zunehmenden internationalen Interaktionen, in Form von wirtschaftlichem Handel, Finanzströmen, internationalen Abkommen und politischen Regimen, verliert der einzelne Nationalstaat an Möglichkeiten, die Geschicke des Landes unabhängig zu beeinflussen. Das Konzept verkörpert die kritische Betrachtung funktionaler Einflüsse von Ländern auf politische, soziale und wirtschaftliche Aspekte. Der Vermutung, dass internationale Einflüsse wachsende Bedeutung für die nationalstaatliche Politik besitzen, verleiht dem Konzept von Zürn Nachdruck. Politikentscheidungen sind, vor allem im Zuge der Globalisierung, zunehmend interdependent geworden. Insofern wird eine Berücksichtigung der Verbindungen zwischen nationalstaatlichen und internationalen Faktoren für die Analyse von Globalisierungstendenzen notwendig. Diese verlangt einen kohärenten Bezug auf theoretische und konzeptionelle Erklärungen. Den Einfluss von Prozessen, die nicht Nationalstaaten zugeordnet werden können, definiert die Wissenschaft als Diffusionsprozesse. Sie zu modellieren ist für die Untersuchung des Wandels der Staatstätigkeit von großem Nutzen, da Diffusionsprozesse nuancierte Aussagen über die Einwirkungsmöglichkeiten der Globalisierung auf die nationale Politik ermöglichen.

Um den Allgemeinheitsgrad solcher Aussagen zu überprüfen, hatte das Projekt „Wirkungsweise und Dynamik der Globalisierung: Modellierung von Diffusionsprozessen in hoch entwickelten Industriegesellschaften“ die Zielsetzung, den Grad und die Wirkungsweise internationaler Einflüsse im Zeitverlauf zu erfassen. Die wesentliche Annahme lautete dabei, dass unterschiedliche Kausalmechanismen der Globalisierung einen von Politikfeld und Zeitperiode abhängigen variierenden Einfluss ausüben. Das vorliegende Projekt betrachtete drei Politikfelder, denen in der Literatur ganz unterschiedliche Globalisierungswirkungen attestiert werden. Durch die Anwendung einer Langzeitanalyse konnte die Untersuchung die Auslösungszeitpunkte und Phasen intensiver und weniger intensiver Globalisierungsschübe ermitteln. Während die Finanzpolitik als Beispiel für einen starken, relativ spät einsetzenden Einfluss der Globalisierung steht, sieht es im Bereich der Sozialpolitik anders aus. Dort wird erwartet, dass sozio-historische Diffusionsprozesse ein wesentliches Element des politischen Einflusses darstellen. Als Politikfeld, das besonders international geprägt ist, gliedert sich die Umweltpolitik in den Forschungsaufbau ein. Sie ist ein relativ junges Politikfeld (Muno 2010; Tosun 2015;

Jahn 2016) und es besteht keine eindeutige Tendenz zur Wirkungsweise der Diffusionsprozesse. Insgesamt unterscheiden sich die drei Politikbereiche hypothetisch in ihrer Beeinflussung durch internationale Faktoren dahingehend, dass erwartet wurde, dass Finanzpolitik am stärksten Globalisierungseinflüssen unterliege, gefolgt von der Umweltpolitik und zu guter Letzt der Sozialpolitik, die im Vergleich der drei Politikfelder untereinander am schwächsten beeinflusst wird. Das Projekt setzte sich zum Ziel, gesicherte Aussagen über die empirische Bedeutung der unterschiedlichen Diffusionsprozesse zu treffen, in einem, wie die Untersuchung gezeigt hat, hochkomplexen und im Wandel befindlichen Forschungsbereich. Begleitet wird dieses Forschungsinteresse vom Verhältnis zu anderen Erklärungsfaktoren für den Policy-Output, die sich auf nationalstaatlicher Ebene finden.

Der Bericht gibt im Folgenden die Arbeitsschritte wieder, die für die Beantwortung der Fragestellung notwendig waren, und stellt am Ende die Ergebnisse sowie die entstandenen Diskussionspunkte vor. Die sieben Arbeitsschritte unterteilen sich in drei Gruppen. Die ersten Punkte (Arbeitsschritt 1-3) beschreiben die theoretischen Ausarbeitungen, ehe sich die Schritte 4 bis 6 mit den empirischen Aspekten der Untersuchung beschäftigen. Der letzte Abschnitt fasst die Analyse zusammen. In den Arbeitsschritten 1 bis 3 wird zunächst der theoretische Rahmen der Diffusionsforschung beleuchtet. Besonders der Bedeutungsgewinn der Interdependenz für die vergleichende Forschung ist wesentlich für die weiteren Herangehensweisen gewesen. Anschließend entwickelt das Forschungsprojekt eine präzise Verbindung der Politikfelder zum Konzept der Globalisierung. Der letzte Schritt im theoretischen Kapitel behandelt detailliert die konzeptuelle Basis der Globalisierungsprozesse. Darauf folgen die drei empirischen Teile, die einmal die Politikfelder selber beschreiben, bevor die Diffusionsmechanismen - Wettbewerb, Lernen/Nachahmen, Ansteckung, Zwang – in Form von *spatial lags* operationalisiert werden. Die Bedeutung dieser Methode wird im letzten Arbeitsschritt dieses Teils sichtbar, indem dort die weiteren unabhängigen Variablen sowie das generelle Untersuchungsdesign präsentiert werden. Der letzte Arbeitsschritt enthält die Analyse und zeigt, dass gegen die ursprüngliche Vermutung alle drei Forschungsfelder zu unterschiedlichen Zeiten Globalisierungsprozessen unterlagen. Dabei lassen sich die Ergebnisse über die Wirkungsweise und die Dynamik wie folgt zusammenfassen:

Tabelle 1: Überblick der Ergebnisse zur Wirkungsweise und Dynamik

	Steuerpolitik (Lohnsteuer)	Steuerpolitik (Kapitalsteuer)	Sozialpolitik	Umweltpolitik (Umweltperformanz)	Umweltpolitik (ökologische Institutionen)
<i>Globalisierungsprozesse</i>					
Wettbewerb: DiffStruc	Ja: negativ	Nein	Ja: negativ (ab 1997)	Nein	Nein
Wettbewerb: DiffTrade	Nein	Ja: negativ (ab 2001)	Ja: positiv (bis 1996)	Ja: positiv (ab 2006)	Nein
Lernen/Nachahmen: DiffFoN	Ja: negativ	Ja: positiv (bis 2000)	Ja: positiv (bis 1996)	Ja: positiv	Ja: positiv (bis 1987)
Ansteckung: DiffNei	Nein	Ja: positiv (bis 2000)	Ja: positiv (bis 1996)	Ja: positiv	Ja: positiv (bis 1987)
Ansteckung: DiffBor	Ja: negativ	Ja: positiv	Ja: positiv	Ja: positiv	Ja: positiv (bis 1987)
Ansteckung: DiffInv	Ja: negativ	Ja: positiv (bis 2000)	Nein	Ja: positiv	Ja: positiv (bis 1987)
Zwang: DiffCoeUS	Ja: positiv	Ja: positiv	Ja: positiv	Ja: positiv	
Zwang: DiffCoeUSw	Nein	Nein	Ja: negativ	Ja: negativ	Ja: negativ
Zwang: DiffCoeEU	Ja: negativ	Ja: negativ	Ja: negativ	Ja: negativ	Ja negativ
Zwang: DiffCoeEUw	Ja: positiv (bis 2000)	Ja: positiv (ab 2001)	Nein	Ja: positiv	Ja: positiv
Zwang: DiffCoeNAFTA	Nein	Nein	Nein	Ja: negativ (ab 2006)	Nein
Zwang: DiffCoeNAFTAw	Ja: negativ	Ja: positiv (bis 2000)	Ja: negativ (ab 1997)	Ja: negativ	Ja: negativ (ab 1988)

Quelle und Erklärung: eigene Berechnung. Hier sind die Politikfelder und die Globalisierungsprozesse aufgelistet. Die Zellen enthalten Informationen über die Wirkungsweise (ja=signifikant, nein= nicht signifikant, positiv=positiver Zusammenhang, negativ= negativer Zusammenhang) und die Dynamiken (Jahreszahlen unter der Wirkungsweise gibt den Zeitraum an, bis bzw. ab wann ein Globalisierungsprozess auf das jeweilige Politikfeld wirkte). Legende: DiffStruc = Strukturelle Äquivalenz (Ähnlichkeit der Absatzmärkte und Produktgruppen. DiffTrade= Handelsöffnung. DiffFoN=Family of Nations (kulturelle Ähnlichkeit). DiffNei=Direkte Nachbarn. DiffBor= Nachbarschaft über gemeinsame Grenzlänge gewichtet. DiffInv= Inverse der Hauptstadtentfernung. DiffCoeUS/w=Wert der abhängigen Variablen der USA einmal nicht gewichtet und einmal an Handelsvolumen gewichtet; das gleiche gilt für die EU und NAFTA. Bei der EU ist es immer der Durchschnittswert ohne das Untersuchungsland.

Insgesamt kann die Ausgangsthese, wonach sich die Politikfelder in ihrer Beeinflussung durch die Globalisierung unterscheiden, nicht bestätigt werden. Vielmehr unterscheiden sich die Politikbereiche nach der Bedeutung des jeweiligen Mechanismus in einer Zeitperiode, wie das Forschungsprojekt gezeigt hat und in diesem Bericht beschreibt.

2.2 Entwicklung der durchgeführten Arbeiten

1. Arbeitsschritt

Der erste Arbeitsschritt bezog sich auf die theoretische Ausdifferenzierung im Hinblick auf die Bedeutung der Interdependenz in vergleichenden Studien. Forschungsleitend waren die Fragen, welche Herausforderungen Interdependenz an eine komparative Analyse stellt, wie sie gelöst werden können und welche dominante Strategie zur Verfügung steht.

Die Diskussion um die Rolle des Nationalstaates in Zeiten zunehmender Handlungsverschränkungen indiziert, dass eine bloße Betrachtung der Offenheit von Staaten, gemessen am

Handelsfluss eines Landes, viele wesentliche Aspekte von Globalisierung nicht berücksichtigt. Das Handelsvolumen zwischen Ländern konzentriert sich auf eine eindimensionale Form der Wechselbeziehungen, ohne komplexere Aspekte abbilden zu können. Diffusion geht über dieses Merkmal hinaus und richtet die Aufmerksamkeit auf die spezifischen Facetten von Interdependenz (Gilardi 2013b: 453; Jahn/Stephan 2015). Daher wird Globalisierung als ein Diffusionsprozess aufgefasst, der verschiedene Muster annehmen kann und Aussagen über Ursachen sowie Folgen von Interaktionen ermöglicht.

Verstanden als Prozess, der hinter der Verbreitung und Beeinflussung von Politiken durch externe Faktoren steht, tritt Diffusion als Konsequenz von Interdependenz auf (Gilardi 2013b: 463). „International policy diffusion occurs when government policy decisions in a given country are systematically conditioned by prior policy choices made in other countries“ (Simmons et al. 2006: 787). Interdependenz ist seit der Kritik von Sir Francis Galton an einer Studie von Taylor im 19. Jahrhundert ein virulentes Problem in vergleichenden Arbeiten. Galton hinterfragte die Validität der Befunde von Taylor, indem er konstatierte, dass sie nicht durch funktionale Aspekte der Untersuchungseinheiten (350 Kulturen) allein, sondern vielmehr durch deren Interaktion zu erklären seien (Tylor 1889). Die Interaktion zwischen den Untersuchungseinheiten wurde fortan als methodisches Problem gewertet und als Galtons Problem bezeichnet. Die Kritik von Galton rückte damit indirekt die Bedeutung vom Standort und Raum in den Mittelpunkt vergleichender Studien (Anselin 2002: 248). Abhandlungen zielten anschließend vor allem auf die Vermeidung dieses Problems durch entsprechende Fallauswahl ab (Ross/Homer 1976). Manche prognostizierten gar das Ende des „methodischen Nationalismus“, was bedeuten sollte, dass in einer zunehmend interdependenten Welt der Vergleich von untereinander unabhängigen Nationalstaaten unmöglich ist (Przeworski 1987; Zürn 2001). Die Außerachtlassung von Interdependenz führt zu zwei methodischen Problemen. Sobald keine Modellierung der Interdependenz stattfindet, verzerrt dies die Forschungsergebnisse, da nationale Faktoren überbewertet werden (Franzese/Hays 2008: 752). Sobald Interdependenz vorliegt, allerdings nicht in die Analyse aufgenommen wird, kann es zum Problem ausgelassener Variablen kommen (omitted variables). Das andere Problem betrifft die statistische Analyse, indem die Fallauswahl der unabhängigen Fälle unsicher bleibt, da unsicher ist, zu welcher Analyseeinheit eine Wechselbeziehung besteht.

Der populärste Weg zum Umgang mit Interdependenz ist die Aufnahme einer zusätzlichen Variablen und die Annahme der Interdependenz als Möglichkeit. Bereits Raoul Naroll verwies auf diese Option, die er ‚linked pair test‘ nannte (Naroll 1961). Aus dem Projekt und jenem Arbeitsschritt ist ein Buchkapitel mit dem Titel „The problem of interdependence“ (Jahn/Stephan 2015) hervorgegangen, das zeigt, dass sich in der Diffusionsforschung vor allem die Anwendung der Spatial Lags durchgesetzt haben. Internationale Interdependenz verändert die nationale Staatstätigkeit dabei durch transnationale Diffusionsprozesse. Jegliches Verständnis der Konsequenzen der Interdependenz verlangt nach zwei spezifischen Informationen. Erstens, es muss der Wert des Politikfeldes in anderen Ländern identifiziert werden. Und zweitens bedarf es einer Untersuchung der Intensität und der Kausalität der Beziehungen zwischen Ländern. Dabei gilt, ganz nach Toblers erstem Gesetz der Geographie, je näher Länder einander sind, desto stärker sollte ihr Einfluss aufeinander sein (Tobler 1970).

2. Arbeitsschritt

Der zweite Arbeitsschritt bestand darin, die theoretische Verbindung zwischen den drei zentralen Politikbereichen und der Interdependenz herzustellen. Globalisierungstendenzen sind ein wesentlicher theoretischer Aspekt zur Erklärung von politischen Entscheidungen. Nationale Regierungen werden zwar nicht durch eine globale Instanz ersetzt und das Ende der nationalstaatlichen Handlungssouveränität ist keine politische Realität. Dennoch hat Globalisierung die Logik des politischen Spiels insoweit verändert, dass Staaten in vielen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereichen in einer wechselseitigen Abhängigkeit zueinander stehen. Die Entscheidung eines Landes kann die Nutzenfunktion eines anderen Landes derart beeinflussen, dass die Abwägung über eine politische Richtung nicht ohne strategische Berücksichtigung internationaler Entwicklungen erfolgen kann (Braun/Gilardi 2006; Brueckner 2003). Hypothetisch ist es wenig überzeugend, davon auszugehen, dass die unterschiedlichen Wirkungsmechanismen der Globalisierung auf unterschiedliche Politikfelder zu verschiedenen Zeitpunkten und –perioden gleich wirken. Zur Bestimmung des Einflusses von Globalisierungsprozessen ist es daher von großem Nutzen, Politikbereiche zu untersuchen, denen differenzierte Globalisierungswirkungen unterstellt werden.

Die Finanzpolitik ist wie kaum eine andere Politik direkt von internationalen Einflüssen gekennzeichnet. Agierten Nationalstaaten vor 1970 wegen fester Wechselkurse und abgeschotteter Volkswirtschaften in Steuerfragen noch recht autonom, veränderten sich die politischen Rahmenbedingungen durch die zunehmende europäische Integration, die Liberalisierung des Welthandels und besonders durch die wachsende Globalisierung grundlegend. Staaten konkurrierten miteinander um die Attraktivität als Wirtschaftsstandort (Scharpf 1997), was zu einem vitalen und stetig zunehmenden internationalen Steuerwettbewerb führte. Ehemals unabhängige Länder teilen nunmehr eine mobile Steuerbemessungsgrundlage (Plümper et al. 2009: 761). In der Konsequenz müssen Länder mit relativ höheren Steuern eine Abwanderung von Wirtschaftsfaktoren befürchten, womit eine Minderung der Steuereinnahmen einhergeht. Die fiskal-administrative Funktion von Steuern ist elementar für die Finanzierung der Staatstätigkeit.³ Globalisierung übt durch die Steuerkonkurrenz einen starken internationalen Anpassungsdruck auf Länder aus, der sich je nach Steuersubstrat unterscheidet (Hohaus 1996; Haufler 2008). Dabei liegt die Vermutung nahe, dass besonders eine Einflussnahme der Besteuerung von mobilen Faktoren durch den Steuerwettbewerb vorliegt, während die Effekte auf immobile Faktoren schwächer sein sollten.⁴

Aus dieser Tragweite von Globalisierung und Finanzpolitik, insbesondere der Steuerpolitik, hat sich ein theoretisches Argument abgeleitet, dass Globalisierung als Bestimmungselement von Steuerpolitik darstellt. Die Wissenschaft umschreibt es mit dem Begriff *race to the bottom-These*. Zu erwarten ist, dass mobile Faktoren Länder mit zu hohen Steuersätzen auf Grund der Offenheit der Märkte und des internationalen Wettbewerbs verlassen. Wodurch Re-

3 Steuern haben nach Wagschal (2003: 260) vier Hauptfunktionen: (a) fiskalisch-administrative Funktion (b) ökonomisch-allokative Funktion (c) redistributive, sozialpolitische Funktion (d) allgemein-politische Funktion

4 Durch sinkende Steuereinnahme bringt die Globalisierung für manche Autoren, wie etwa Hays (2003), Staaten in ein Dilemma. Auf der einen Seite wächst mit zunehmender Globalisierung die Nachfrage nach Leistungen der sozialen Sicherheit und auf der anderen Seite fehlen durch die weggefallenen Steuereinnahmen die Ressourcen zur Finanzierung. Die Funktionen von Steuern für den Nationalstaat können durch die Begrenzung der nationalen Steuerautonomie gestört werden.

gierungen gezwungen werden, dem internationalen Anpassungsdruck nachzugeben; eine faktische und systematische Beeinträchtigung nationaler Handlungssouveränität. Einmal begonnen, so die These, entwickelt sich die Senkung des Steuerniveaus in einer fortwährenden Abwärtsspirale, da die Konkurrenzsituation das Steuerniveau immer weiter nach unten schraubt, um einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Marktteilnehmern zu erzielen. Der Steuerabwärtsspirale werden zwei zentrale Konsequenzen zugeschrieben (Wagschal 2003: 269; Plümper et al. 2009: 761; Genschel 2002: 245; Hays 2003: 79). Zum einen wird angenommen, dass das Steuerniveau im Allgemeinen sinkt. Zweitens soll es zu einer Umverteilung der Steuerbelastung kommen. Während mobile Faktoren, vor allem Kapital, nur wenig bis gar nicht mehr besteuert werden (Plümper et al. 2009), müssen immobile Faktoren, wie etwa Arbeit, Konsum oder Grundvermögen, verstärkt eine Ausgleichsfunktion für die staatliche Finanzierung übernehmen. Mit dem Ergebnis einer stetig steigenden Steuerquote der immobilen Steuersubstrate (Genschel 2002; Rodrik 1997). Demzufolge unterstellt die *race to the bottom-These*, dass der internationale Steuerwettbewerb ruinöse Tendenzen für die Funktionsfähigkeit von Wohlfahrtsstaaten enthält und eine starke Einflussnahme auf nationale Entscheidungen ausübt.⁵

Die prognostizierte Tragweite der steuerlichen Abwärtsspirale konnte empirisch nicht beobachtet werden und hat Studien inspiriert, die sich mit der Vereinbarkeit jener These mit der politischen Realität auseinandersetzen (Basinger/Hallerberg 2004; Hays 2003; Quinn 1997). Eine zentrale Erkenntnis der Untersuchungen ist, dass Steuern auf mobile Faktoren, anders als von der *race to the bottom-These* erwartet, nicht erodiert sind. Eine weitere lautet, dass es keine Umverteilung der Steuerlast auf immobile Faktoren gegeben hat (Genschel 2002: 246). Trotz internationaler Anpassungszwänge konnte eine Beständigkeit von positiven Steuerquoten auf mobile Faktoren beobachtet werden. Die Beeinträchtigung der nationalen Staatstätigkeit durch den internationalen Steuerwettbewerb wurde daraufhin in Untersuchungen hinterfragt (Wagschal 2003: 269-270). Andere Arbeiten greifen die Diskrepanz zwischen Theorie und Empirie auf, um elaboriertere Modelle zu formulieren, die dennoch eine Globalisierungswirkung beschreiben. Zwei Kausalmodelle sind dabei dominant. Sie kritisieren an der *race to the bottom-These*, dass sie die Komplexität des Zusammenhangs von Steuerwettbewerb und Steuerquote nicht exakt genug abbildet sowie eine Überzeichnung der Steuersenkung vornimmt (Quinn 1997; Swank 2006; Garrett 1995).

Zur Erklärung der nicht gegen Null konvergierenden Steuerquoten auf Kapitalsteuern, stellt das erste der beiden Erklärungsmodelle zusätzliche Leistungen von Staaten in den Mittelpunkt seiner Argumentation. Länder bemühen sich, eine Abwanderung von mobilen Faktoren durch die Bereitstellung von Infrastrukturen zu verhindern. Regierungen kompensieren höhere Steuerquoten durch verbesserte Standortbedingungen. Die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes beruht somit nicht allein auf der Höhe der Steuerquote. Eine höhere Besteuerung lässt sich mit guten Rahmenbedingungen für Investoren und Kapitaleigner rechtfertigen. Das Kausalmodell wurde in drei Punkten kritisiert. Zunächst haben Steuern auf mobile Faktoren keinen direkten Bezug zur Verwendung für Infrastrukturen. Mobile Faktoren können ebenso in Länder

⁵ Ein weiterer wesentlicher Aspekt behandelt den Aspekt der Konvergenz, wie in Hays (2003), der mit der Annahme der Abwärtsspirale von Steuerquoten assoziiert wird. Das Projekt hat nicht die Erforschung von Konvergenzstrukturen zum Gegenstand, weshalb auf die Angleichung nur am Rande der Untersuchungsfrage eingegangen wird.

ausweichen, die ihre Infrastruktur über andere Steuereinnahmen finanzieren. Der zweite Kritikpunkt bezieht sich auf ein spieltheoretisches Problem. Konkurrierende Länder, die eine gute Infrastruktur bieten, ohne gleichzeitig hohe Besteuerung von mobilen Faktoren zu verlangen, erwerben einen Wettbewerbsvorteil. Die letzte Kritik weist darauf hin, dass der Steuerwettbewerb unter Länder existiert, die durch eine vergleichbare Qualität der Infrastruktur gekennzeichnet sind. Alle drei Punkte machen deutlich, dass in dem Infrastruktur-Modell eine bloße Verschiebung des klassischen Arguments auf eine höhere Ebene erfolgt. Die Investitionsentscheidungen für mobile Faktoren hängen demzufolge vom Nettolevel der Besteuerung ab. Weiterhin fehlt eine kohärente Erklärung für die positiven Steuerquoten.

Der zweite Erklärungsansatz betrachtet einen anderen wesentlichen Aspekt, warum es in der Steuerpolitik trotz des internationalen Wettbewerbs nicht zu einer Abwärtsspirale kommt. Zwar wirkt der externe Einfluss auf die nationalen Entscheidungen, dennoch sehen sich Regierungen weiteren Beschränkungen ausgesetzt, die eine effektive und konkurrenzfähige Steuerung der Finanzpolitik verhindern. Diese können politischer, institutioneller und ökonomischer Natur sein. Neben dem Steuerwettbewerb sind Staaten ökonomischen Herausforderungen ausgesetzt, die nicht direkt mit der Globalisierung verknüpft sind. Langsames Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit, steigende Staatsausgaben und erhebliche Staatsschulden bestimmen die Überlegungen nationaler Politik. Weitere nationale Beschränkungen finden sich auf der politischen und institutionellen Ebene. Zum einen wird auf die politischen Kosten einer Umverteilung der Steuereinnahmen verwiesen. In Zeiten der staatlichen Austerität wäre die Senkung der Kapitalsteuern keine Option, da es kaum politische Unterstützung in der Öffentlichkeit geben würde (Genschel 2002). Auch wenn es theoretisch begründbar ist, dass der Zusammenhang zwischen Steuerquoten und Staatseinnahmen nicht zwangsläufig negativ sein muss; wie das Beispiel Irland zeigt (Plümper et al. 2009). Als weitere politische und institutionelle Beschränkungen von Steuerreformen werden die Anzahl der Veto-Spieler und die Präferenzen von Parteien angebracht. Sollten sich aus der Veränderung der Steuerstruktur Nachteile für einflussreiche Gruppen ergeben, die durch Kompensationen nicht ausgeglichen werden können, sind auch hier die politischen Kosten einer Steuersenkung auf mobile Faktoren zu hoch, wodurch keine Erosion der Steuerquote zu erwarten ist.

Trotz einiger Schwächen zeigen die Erklärungen, warum Globalisierung nicht zu einer Abwärtsspirale von Steuerquoten auf mobile Faktoren geführt hat. Sei es durch die Aufwertung der Standortbedingungen oder wegen politischer und wirtschaftlicher Beschränkungen. Allerdings ist es wenig plausibel, auf Grund dessen zu erwarten, dass der internationale Steuerwettbewerb überhaupt keine Wirkung auf die nationale Steuerautonomie ausübt. Vielmehr verweisen die Argumentationen darauf, dass die Steuerpolitik effektiv durch nationale und internationale Entwicklungen beeinträchtigt wird. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass Staaten ohne einen internationalen Wettbewerb eine andere Steuerpolitik verfolgen würden (Genschel 2002: 249). Die Steuerquote eines Landes bewegt sich im Spannungsfeld zwischen externem Druck, die Steuern auf mobile Faktoren senken zu müssen, und internen Dringlichkeiten, Steuereinnahmen zu erzielen.

In der Sozialpolitik ist der Wohlfahrtsstaat seit jeher an den Referenzpunkt des Nationalstaats gebunden, da sozialstaatliche Politik durch Eingriffe in die Einkommensverteilung

und die Bereitstellung von Dienstleistungen in der Gesundheitsversorgung, dem Wohnungswesen oder der Arbeitsmarktpolitik auf die Stärkung der Integration, Legitimation und der sozialen Kohäsion des Nationalstaats abzielt (Genschel 2004; Obinger et al. 2013). Aufgrund dieses immanent nationalstaatlichen Fokus⁴, wurde Sozialstaatstätigkeit lange Zeit als Reaktion auf nationale gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Entwicklungen begriffen.

Allerdings hat sich spätestens mit Beginn der 1980er Jahre die Vorstellung durchgesetzt, dass sich die Kontextbedingungen im internationalen Umfeld für die Zielvorgaben und Gestaltungsmöglichkeiten von sozialstaatlicher Politik verändert haben (Schmidt/Ostheim 2007: 24). Damit wurde die Frage über die Bedeutung von internationalen Aspekten in Bezug auf den Wohlfahrtsstaat Bestandteil der kontroversen Debatte, inwieweit Globalisierung die Handlungsfähigkeit von Nationalstaaten im Zeitalter der globalen Ökonomie bestimmt (Rodrik 1997; Garrett 1998; Hays 2009). Unter Globalisierung wird dabei die „relative Zunahme der Intensität und der Reichweite grenzüberschreitender Austausch- und Produktionsprozesse“ verstanden (Zürn 1998: 125; Jahn 2009b: 96). Gemeinsamer Bezugspunkt der Debatte um die Internationale Hypothese in der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung ist die Annahme, dass die internationalen Rahmenbedingungen, insbesondere die zunehmende internationale Interdependenz, wachsende Weltmarkteinbindung, die Liberalisierung des Handels und der Kapitalmärkte, den Bezugsrahmen von nationalstaatlicher Sozialpolitik erheblich gewandelt haben (Ostheim 2007: 75). Allerdings unterscheiden sich die Annahmen in zahlreichen Studien zum einen über die Richtung des Kausaleinflusses von Globalisierung auf Sozialpolitik und zum anderen über die Einschätzung der Stärke bzw. des Umfangs dieser Verbindung, was unter den Stichworten Effizienz versus Kompensation und Konvergenz versus Divergenz diskutiert wird (Garrett/Mitchell 2001: 149-153; Huber/Stephens 2001a: 23-24; Kittel/Obinger 2002: 9-10; Jahn 2006). Sowohl die Effizienz- als auch die Kompensationshypothese konzentrieren sich auf die Frage, ob Globalisierung zu einer Ausweitung oder einer Verringerung sozialstaatlicher Aktivität führt.

Die Perspektive der Effizienzhypothese bezieht sich vornehmlich auf die Angebotsseite des Wohlfahrtsstaats und argumentiert, dass die Möglichkeit zur Redistribution und Finanzierung der sozialen Sicherheit in Zeiten der globalen Ökonomie eingeschränkt wird, da der zunehmende Standortwettbewerb um Güter und Investitionen zu einer Deregulierung bzw. Senkung der sozialstaatlichen Steuer- und Abgabenlast führt (Garrett/Mitchell 2001: 149; Burgoon 2001: 513-514; Genschel 2004: 623). Die Sozialpolitik droht unter großzügigen Wohlfahrtsarrangements zum Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung zu werden (Ostheim 2007: 78). Diese Situation führt im Bereich der steuer- und beitragsfinanzierten Sozialpolitik in ein Finanzierungsdilemma, so dass sich insbesondere Staaten mit einer vergleichsweise hohen Abgabenlast gezwungen sehen, ihre wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten zurückzuführen (Jahn 2006). Mit fortschreitender Globalisierung wirken die Sach- und Marktwänge allerdings in allen Ländern gleich, was einem Rückbau des umfassenden Sozialstaats der Nachkriegszeit gleichkommt. Neben dieser ökonomischen Dimension verweist die politische Logik der Effizienzhypothese auch auf die privilegierte Position von international mobilen Produzenten und Kapitalinhabern in der politischen Arena, die aufgrund der exit-option im Standortwettbewerb ihre Machtressourcen im politischen Prozess über Parteienrepräsentation und beim

Lobbying über Interessengruppen gestärkt sehen (Swank 2002), was den Druck auf nationale Regierungen zum Rückbau des Sozialstaats weiter erhöht.

Im Unterschied zur Effizienzhypothese konzentriert sich die Kompensationshypothese auf die Nachfrageseite des Wohlfahrtsstaates und konzeptionalisiert damit eine gegenteilige Reaktion von Wohlfahrtsstaaten, indem prognostiziert wird, dass der Staat die sich aus der Internationalisierung ergebenden Risiken für die Individuen ausgleicht (Garrett 1998; Burgoon 2001; Garrett/Mitchell 2001). Entscheidend für diesen postulierten Kausalzusammenhang ist dabei die Annahme, dass eine Zunahme der ökonomischen Integration auch eine Erhöhung des externen Risikos bedeutet (Rodrik 1997; Genschel 2004). Obwohl Liberalisierung sowie Handels- und Kapitaloffenheit auf lange Sicht Nettovorteile in der ökonomischen Gesamtrechnung bedeuten, führen sie kurz- und mittelfristig zu instabilen Verteilungen von Einkommen und Beschäftigungsmöglichkeiten in Volkswirtschaften (Schulze/Ursprung 1999). In der Folge obliegt es den nationalen Regierungen, diese Marktanpassungen zu korrigieren, was in einer deutlichen Zunahme wohlfahrtsstaatlicher Politik resultiert.

Neben der Diskussion um die Richtung des Kausaleinflusses beim Verhältnis von Globalisierung und Sozialpolitik, beschäftigt sich die Konvergenzhypothese mit dem Ausmaß des postulierten Zusammenhangs und ist dabei grundsätzlich mit den beiden vorangegangenen Hypothesen vereinbar (Jahn 2006, 2009b). Im Ergebnis postuliert die *race to the bottom-These*, dass die Entwicklungsdynamik der Effizienzhypothese in allen Ländern keinerlei alternativen Handlungsspielraum für eine eigenständige Sozialpolitik zulässt, die sich gegen das Primat der Sach- und Marktzwänge der globalen Ökonomie stellt, sodass die wohlfahrtsstaatliche Politik auf ein soziales Mindestmaß konvergiert (Scharpf/Schmidt 2000): Im Unterschied dazu geht die *race to the top-These* davon aus, dass sich die Länder bezüglich der Erhöhung von Sozialstaatsleistungen aufgrund der Zunahme des externen Risikoprofils in der globalen Ökonomie angleichen (Burgoon 2001).

Die empirische Evidenz in Bezug auf die genannten Hypothesen zum Verhältnis von Globalisierung und Sozialpolitik zeigt gemischte und uneinheitliche Effekte. Einige Studien belegen einen signifikanten negativen Zusammenhang zwischen Globalisierung und Sozialpolitik (Burgoon 2001; Garrett/Mitchell 2001; Huber/Stephens 2001b; Obinger/Kittel 2003; Jahn 2006), was auf eine Bestätigung der Effizienzhypothese hindeutet, ohne allerdings eine uniforme und einschneidende Konvergenzentwicklung im Sinne eines *race to the bottom* feststellen zu können. Im Gegensatz dazu demonstrieren andere Studien, dass die zunehmende Integration der Weltmärkte eine Expansion des Wohlfahrtsstaats zur Folge hat (Boix 1998; Swank 2002). Schließlich finden einige Autoren Belege für beide Kausalrichtungen (Hicks/Zorn 2005) oder gänzlich insignifikante Effekte (Iversen/Cusack 2000; Kittel/Winner 2005). Die Ergebnisse scheinen somit abhängig von der theoretischen und empirischen Erfassung von Globalisierungsprozessen sowie der ausgewählten Länder und Zeitperioden (Genschel 2004; Jensen 2011).

Obschon der Einfluss von Globalisierung auf die Sozialpolitik auf Grund des immanent nationalen Fokus lange angezweifelt wurde, zeigen die drei Hypothesen, dass der sozialpolitische Bereich nationaler Staatstätigkeit internationalen Einflüssen unterliegt.

Gegenüber den beiden arrivierten Politikfeldern der Sozial- und Steuerpolitik ist der Einfluss der Globalisierung auf die Umweltpolitik weit weniger eindeutig formuliert und die

genaue Wirkungsweise, d.h. ob die umweltpolitische Performanz hoch entwickelter Industrienationen ab- oder zunimmt, ist offen. Einigkeit herrscht in der Forschung darüber, dass das relativ junge Politikfeld im besonderen Maße international geprägt ist. In kaum einem anderen Politikfeld existieren ähnlich viele internationale Abkommen. Der Grund liegt in dem grenzüberschreitenden Charakter der Umweltprobleme. Da Umweltstandards immer auch mit potentiell höheren Produktionskosten verbunden sind, wird die Ausgestaltung der nationalen Umweltpolitik immer in einem Bezug zur wirtschaftlichen Globalisierung diskutiert.

Ökonomische Globalisierung erfuhr in wissenschaftlichen Studien die größte Aufmerksamkeit. Staaten öffnen ihre Ökonomien und intensivieren ihre Handelsbeziehungen zu anderen Ländern. Studien unterscheiden drei Dimensionen, an denen entlang Handel einen Umwelteinfluss hat: Ausmaß, Zusammensetzung und Technologie (Copeland/Taylor 2004; Fredriksson 1999). Das *Ausmaß* bezieht sich auf den gesamten Einfluss des ökonomischen Wachstums, da Handel nationales Wirtschaftswachstum fördert. In diesem Sinne impliziert Globalisierung eine Erweiterung des Verkehrs zu Wasser, an Land und in der Luft, wodurch eine zusätzliche Müllproduktion und ein Anstieg im Wasser- und Energiekonsum erwartet wird. Der Einfluss von Wachstum kann ganz unterschiedliche Auswirkungen auf die Umwelt besitzen, wie Jahn (2016) zeigt. Wirtschaftliches Wachstum mag dazu führen, dass natürliche Ressourcen stärker genutzt werden und die Verschmutzung dadurch ansteigt. Es kann auch zu einer ökologischen Kuznets Kurve führen, wonach der Wohlstand wächst und mit ihm entsprechend die Forderung nach sauberer Umwelt (Stern et al. 1996). Der Aspekt der *Zusammensetzung* bezieht sich auf den gesamten Effekt der Globalisierung, der in Abhängigkeit der relativen Größe der Umweltverschmutzer steht. Die Bedeutung kann sowohl negative als auch positive ökologische Konsequenzen annehmen, je nach Sektor, der vom internationalen Handel profitiert oder unter diesem leidet. Die letzte Dimension ist die *Technologie*. Sie bezieht sich auf die technologischen Entwicklungen, die durch den Handel angekurbelt werden und die damit einhergehenden Effizienzgewinne sowie die Verbreitung umweltfreundlicher, sauberer Technologien. Eine derartige Entwicklung impliziert einen *race to the top*, indem Umweltstandards durch den Handel steigen, da striktere Standards einen Wettbewerbsvorteil beinhalten (Vogel 1995, 1997). Dieser Trend scheint in hoch entwickelten Industrienationen zu dominieren. Japans Auto- und High-tech-Industrie sowie der deutsche Sektor für alternative Energien stellen plastische Beispiele dar. In anderen Fällen kann die Wirkungsrichtung der Globalisierung negative Konsequenzen forcieren, indem schärferer Wettstreit die Umweltstandards aufweicht. Andonova et al. (2007) zeigen, dass post-kommunistische Transitländer ihre Umweltbemühungen als Funktion eines wachsenden internationalen Handels zurückfahren. Diese Abwärtsspirale, *race to the bottom*, ist in der Literatur zur Umweltpolitik durchaus kohärent dokumentiert (Engel 1997; Konisky 2007; Potoski 2001; Woods 2006). Die Annahme lautet, nationale Regierungen weisen dem Wirtschaftswachstum die höchste Priorität zu. Um dieses Ziel zu erreichen, reduzieren sie die die Produktionskosten belastenden Umweltstandards. Wenn die Produktionskosten für die Industrie und Unternehmen im Vergleich zu anderen Standorten zu hoch sind, dann könnte die Attraktivität eines Landes für unternehmerische Aktivitäten leiden und Regierungen müssten mit der Abwanderung der Unternehmen in weniger regulierte Länder rechnen. Der realen oder antizipierten Gefahr des unternehmerischen Exits begegnen Regierungen daher mit einer Sen-

kung der Umweltstandards (Lowry 1992). Andere Studien hinterfragen ein derartig strategisches Verhalten (Wilson 1996) und weichen die beiden These auf, indem sie den Zielkonflikt zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen betonen. Oates und Schwab (1988) nehmen an, dass die Umweltpolitik und damit die Regulatoren ihre Ziele auf dem Level maximieren, welches den Nutzen des Medianwählers maximiert. Ein derartiges Verhalten unterläuft jede systematische Beziehung der Globalisierung in der Umweltpolitik und resultiert in der Nullhypothese, dass nämlich keinerlei Zusammenhang existiert.

Eine isolierte Betrachtung des Einflusses der wirtschaftlichen Globalisierung auf die Umweltpolitik wird in der Literatur selten vorgenommen (Tosun 2015). Vielmehr wird die Debatte um die Wirkungsweise des internationalen Handelns als ein Teilaspekt der Globalisierungsprozesse verstanden (Cao/Prakash 2010). Staaten befinden sich in einer Situation der strategischen Interdependenz mit anderen Staaten, in dieser reagieren sie direkt auf die Entwicklungen und Entscheidungen der konkurrierenden Staaten. Staatliche Interdependenz wird dabei durch verschiedene Mechanismen ausgelöst, unter denen auch wirtschaftliche Globalisierung in Form des Wettbewerbs eingeschlossen wird.

Demnach handeln Regierungen unter Wettbewerbsdruck. Die zentrale Annahme lautet, dass Staaten, die miteinander in einem Wettstreit stehen, das Verhalten anderer zu Gunsten der Abwendungen von Wettbewerbsnachteilen übernehmen. Die Erwartungen sind die gleichen wie in der wirtschaftlichen Globalisierung. Umweltpolitik kann als Produktionsfaktor zu einem *race to the bottom*, aber auch zu einem *race to the top* führen, je nach Wettbewerbsdruck.

Umweltpolitik wird durch die Interdependenz von Staaten aber auch auf weiteren Pfaden beeinflusst. Eine zentrale Bedeutung für die politische Steuerung ökologischer Fragen nimmt die soziale Akzeptanz für Politikgestaltung an. Tews et al. (2003) zeigen, dass „Pionier-Staaten“ durch die Etablierung umweltpolitischer Innovationen als Agenda-Setter auftreten, deren Verhalten und damit Politik nachgeahmt wird. Eng an diesen Mechanismus ist das Lernen von anderen Ländern geknüpft. Staaten überprüfen eine Politik auf die Eigenschaften der Effektivität bzw. Effizienz, um selbstgesteckte Ziele als auch auftretende Herausforderung zu meistern. Zentral ist dabei nur die Nützlichkeit der Politik selber, ohne eine soziale Komponente zu enthalten. Holzinger et al. (2008) zeigen für eine Vielzahl von Politiken, dass umweltpolitische Entscheidungen tatsächlich durch Lernprozesse, zu denen es durch transnationale Kommunikation innerhalb und außerhalb von internationalen Organisationen kommt, determiniert werden. Umweltpolitik wird darüber hinaus außerdem durch Machtasymmetrien oder Zwang beeinflusst. So können die weitreichenden Umweltreformen in Mexiko im Zuge der Verhandlungen der NAFTA-Abkommen erklärt werden (Bechtel/Tosun 2009).

Insgesamt unterscheiden sich die drei Politikbereiche hypothetisch in ihrer Beeinflussung von internationalen Faktoren dahingehend, dass zu erwarten ist, dass die Finanzpolitik am stärksten Globalisierungseinflüssen unterliegt, gefolgt von der Umweltpolitik und zu guter Letzt der Sozialpolitik, die im Vergleich der drei Politikbereiche untereinander am schwächsten beeinflusst wird.

3. Arbeitsschritt

Um Interdependenz für das Projekt auch auf der zweiten Ebene konzeptuell aufzuarbeiten - neben der Bedeutung des Politikfeldes in anderen Ländern - beschäftigte sich ein dritter Arbeitsschritt mit der theoretischen Basis für die Intensität und Kausalität der Globalisierungsprozesse.

Wenngleich Diffusion schon längere Zeit in den Sozialwissenschaften diskutiert und untersucht wird, existiert keine ausformulierte Theorie der Diffusion (siehe jedoch Braun et al. 2007; Shipan/Volden 2008; Weyland 2005). Was vorliegt, sind Argumentationen dafür, dass es zu Diffusion kommen kann. Allgemein kann der Bedeutungszuwachs von Diffusion in einer Reorientierung politischer Akteure gefunden werden: „Whereas domestic actors and conditions were the main reference point in the past, and international aspects were subordinated to domestic ones, this whole dynamic reversed in the period of increasing globalization: international factors became a major driving force for policy orientation and domestic factors became subordinated to them“ (Jahn 2006: 408). Der Grund einer solchen Umorientierung kann darin liegen, dass der Grenznutzen eines Akteurs zunehmend vom Handeln von Akteuren in anderen Untersuchungseinheiten abhängig ist (Franzese/Hays 2008). Konzeptionelle Arbeiten, die sich zum Ziel setzen, Diffusionsprozesse zu bestimmen, konzentrieren sich auf verschiedene kausale Mechanismen (Hedström/Swedberg 1998), durch die Diffusionsprozesse stattfinden (Börzel/Risse; Braun/Gilardi 2006; Gilardi 2013b; Holzinger/Knill 2007, 2005; Knill 2005; Simmons et al. 2006). Zu den gängigen Diffusionsmechanismen zählen: Übernahme durch Wettbewerb, Lernen und Nachahmung. Manche Autoren betrachten auch Zwang oder Konditionalität als einen Diffusionsmechanismus, obwohl Zwang in der Definition von Diffusion explizit ausgenommen wird. Das Projekt inkludiert alle vier Kausalmechanismen. Ihre theoretische Aufarbeitung war ein wesentlicher Aspekt, da sich im Verlauf der Bearbeitung neue, wesentliche Erkenntnisse ergeben haben. Dazu gehörte die Arbeit von Maggetti und Gilardi (2014), die eine umfangreiche Metastudie zu den Kausalmechanismen vorgelegten.

Der kausale Mechanismus des Wettbewerbs ist durch antizipiertes oder reaktives Verhalten eines Landes als Antwort auf das Verhalten anderer Länder mit dem Ziel bestimmt, wirtschaftliche Vorteile zu erhalten. Die kompetitive Steuerpolitik von Staaten ist ein typisches Beispiel der Diffusion durch Wettbewerb. Um etwa Firmenansiedlungen im eigenen Land zu forcieren, erscheint es als rational, dass jedes Land versucht, seinen Steuersatz ein wenig niedriger zu setzen, als jene Länder, mit denen es konkurriert. Wenn mehrere Länder diese Strategie verfolgen, führt dies zu einem Wettlauf, der die Steuersätze aller Länder reduziert und als Delaware-Effekt oder als *race to the bottom* bezeichnet wird. Der Begriff des Delaware-Effekts geht auf das ausgehende 19. Jahrhundert zurück, als Delaware mit New Jersey im Wettbewerb stand, neue Firmen anzusiedeln, und dabei die Gebühren der Registrierung von Unternehmen und deren Steuersatz senkte. Allerdings haben Diffusionsstudien gezeigt, dass die Diffusionseffekte durch den Filter der nationalstaatlichen Politik gebrochen werden und damit ein *race to the bottom* unterbunden wird (Basinger/Hallerberg 2004; Plümper et al. 2009).

In anderen Politikbereichen zeigt sich, dass Wettbewerb zwischen den Ländern auch ein *race to the top* bewirken kann. David Vogel (1995; 1997) hat in seiner Studie zeigen können, dass die kalifornische Gesetzgebung der 1970er und 1990er Jahre höhere Emissionsstandards für Autoabgase durchgesetzt hat, was die Autobauer in den USA und auch in anderen Ländern

mit niedrigen Standards dazu veranlasst hat, landesweit Automobile mit geringerer Emission herzustellen. Dieser positive Effekt wird auch als Kalifornien-Effekt bezeichnet, da in Vogels Untersuchung die höheren Emissionsstandards zunächst in Kalifornien eingeführt wurden. Dieser positive Effekt von Wettbewerb auf umweltpolitische Veränderungen wurde auch von Prakash und Potoski (2006) hinsichtlich der Übernahme von Produktionsstandards und von Holzinger et al. (2007) bei der Einführung von Umweltregulierungen festgestellt. Allerdings scheint es bei der internationalen Diffusion durch Wettbewerb so zu sein, dass ähnlich wie in anderen Bereichen, z. B. bei der Einführung von Arbeitsrechten (Greenhill et al. 2009), die Adaption von Umweltmaßnahmen eher diffundiert als deren Implementation (Cao/Prakash 2012; Jahn 2016). Dies bedeutet, dass Maßnahmen und Gesetze zum Zwecke der internationalen Harmonisierung eingeführt werden, dass jedoch damit bei weitem noch nicht eine Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt, die messbare Outcome-Veränderungen sichtbar macht. So kommen etwa Biesenbender und Tosun (2014) zu dem Ergebnis, dass die Übernahme von Instrumenten der Umweltpolitik einen anderen Prozess durchläuft als die Umsetzung dieser Maßnahmen.

Allerdings sollten Diffusionsstudien – etwa im Gegensatz zu Politiktransferstudien – nicht zu sehr mit dem Ergebnis von Diffusion in eine gewisse Richtung gleichgesetzt werden. In einer Studie zu den Sozialausgaben von 21 OECD-Ländern zeigt sich eine Zunahme der Diffusion in der Phase des Abbaus des Wohlfahrtsstaates seit den frühen 1990er Jahren. Die zunehmende Diffusion durch Wettbewerb hielt jedoch auch dann an, als die Sozialausgaben wieder anstiegen (Jahn 2009b). Wenngleich hier Ähnlichkeiten zur Diffusion durch Lernen und Nachahmen bestehen, lässt sich die wettbewerbsorientierte Diffusion dadurch erfassen, dass ein empirischer Zusammenhang zwischen Wettbewerbsbeziehungen und Übernahme existiert (Brune/Guisinger 2007: 12). Die Intensität von Wettbewerb zwischen Ländern kann etwa durch die Handelsbeziehungen zwischen den Ländern abgebildet werden. Ein weiterer Indikator, der die Stärke von Wettbewerb zwischen Ländern erfasst, ermittelt etwa, inwieweit sich das Produktprofil von exportierenden Waren zwischen den Ländern ähnelt (Cao/Prakash 2010, 2012). So können Länder, die nur gering miteinander im Handel stehen, auf Drittmärkten starke Konkurrenten sein und somit eine intensive Wettbewerbsbeziehung unterhalten.

Übernahme durch Lernen erfolgt, wenn politische Akteure neue Informationen aus anderen Ländern erlangen und sich damit ihre Ansichten und Überzeugungen verändern. Rationales Lernen kann als bayesianisches Lernen beschrieben werden, indem sich zuvor gefestigte Weltbilder anhand von neuen Informationen aus anderen Ländern aufweichen und modifiziert werden. Diffusionsstudien, die Lernen als zentrale Kategorie untersuchen, beziehen sich auf wirtschaftliche Aspekte, wie Privatisierung oder die globale Finanzpolitik (Meseguer 2005; Quinn/Toyoda 2007). Andere untersuchen die Sozialpolitik (Gilardi et al. 2009; Gilardi 2010; Schmitt/Obinger 2013) oder politische Innovationen (Volden 2006). In diesen Studien muss neben der Erfassung einer Übernahme einer politischen Maßnahme auch der Schritt der kognitiven Veränderung der Akteure erfasst werden. So werden Reformen eher durchgeführt, wenn sich zeigt, dass diese in einem anderen Land zu effizienten und besseren Politikresultaten geführt haben. Oftmals umfasst die Analyse von Lernprozessen auch die Veränderung des politischen Prozesses (Kayser 2007, 2008), weil dieser wiederum auf policies und politics Einfluss nimmt und zu Veränderungen führt (Brooks 2007; Gilardi 2010; Meseguer 2004).

Allerdings existieren auch Studien, die zeigen, dass nicht erfolgreiche Reformen diffundieren (Sharman 2010; Soule 1999). Diese Diffusion wird dann aber mit anderen Diffusionsmechanismen begründet, allen voran mit Nachahmung. Diffusion durch Lernen kann auch die Form annehmen, dass Länder die Reformen in anderen Ländern nicht durchführen oder – da die Reformen als ineffizient oder sonst wie unangebracht identifiziert werden – gegenteilige Reformen verabschieden (Franzese/Hays 2006). In den Bereich der „negativen“ Diffusion gehört auch das Phänomen des Trittbrettfahrertums. Indem Akteure in einem Land sehen, dass andere Länder sich einem Problem annehmen, wird eine weitere Initiative auf diesem Gebiet als nicht notwendig erachtet. In der Umweltpolitik unternehmen zum Beispiel manche Staaten keine Initiative, da andere Staaten ihre Umweltperformanz verbessern, was zu einer globalen Reduzierung der Umweltbelastung führt. Das trittbrettfahrende Land hingegen nutzt dieses Verhalten der anderen Länder, indem keine verschärften Umweltmaßnahmen unternommen werden und somit nationale Vorteile entstehen.

Studien, die sich auf Lernprozesse beziehen, finden sich z. B. in Arbeiten, die die Veränderungen der parteipolitischen Programmatik aufgrund von Ereignissen im Ausland untersuchen (Adams et al. 2009; Haupt 2010; Kim/Fording 2001). In einer Untersuchung der programmatischen Veränderungen der Parteien in den baltischen Staaten konnte gezeigt werden, dass insbesondere die nordischen Länder, allen voran Schweden und Finnland, einen bedeutenden Einfluss auf die Parteien in Litauen, Lettland und Estland besitzen (Jahn 2014b). Dabei wird jedoch auch deutlich, dass eine Veränderung der programmatischen Ausrichtung der Parteien sich nur dann ergibt, wenn die Parteien des Senderlandes erfolgreich sind und in der letzten Wahl mehr Stimmen erhalten haben als in der Wahl zuvor. Diese empirische Erkenntnis bestätigt damit die Prämisse des oben dargestellten bayesianischen Lernprozesses.

Allerdings laufen Lernprozesse nicht immer rational ab. Oft hinterlassen spezifische Ereignisse einen besonderen Eindruck. So galt die Französische Revolution vielen Ländern als Vorbild einer erfolgreichen Revolution, während andere Revolutionen, die den spezifischen Bedingungen dieser Länder näher kamen als die Französische Revolution, nicht als Vorbild genutzt wurden (Weyland 2009).

Nachahmen basiert auf gemeinsamen Normen und der Erfüllung von vermeintlich erwünschtem Verhalten (DiMaggio/Powell 1991; Fernandez/Lutter 2013; Greenhill et al. 2009; Greenhill 2010; Haas 1992; Meyer et al. 1997). Damit betont dieser kausale Mechanismus weniger die Rationalität eines Diffusionsprozesses, sondern rückt die Angemessenheit in den Mittelpunkt (Checkel 2006).

Die Diffusion von Werten und Normen entsteht etwa durch gemeinsame Mitgliedschaften in internationalen Organisationen (Bearce/Bondanella 2007). Finnemore und Sikkink (1998) zeigen, dass eine bestimmte Anzahl von Staaten eine neue Norm akzeptiert haben muss (sie schätzen etwa ein Drittel) bis eine Kaskade der Normverbreitung entsteht. Staaten sind für eine Normangleichung empfänglich, da sich dadurch ihre Legitimation festigt. Allerdings zeigt sich in der internationalen Politik oftmals ein Wettbewerb um die gültigen Normen (als Klassiker: Mannheim 1929). So stellen gerade internationale Konflikte eine besondere Sprengkraft dar, da sie durch Interpretationen gefestigt werden, die auf unterschiedlichen tiefverwurzelten Normen beruhen (Ross 1997). Dieser Umstand führt dazu, dass oftmals alternative oder konkurrierende Auffassungen undenkbar sind (Tolbert/Zucker 1983).

Empirisch lässt sich Diffusion durch Nachahmung gegenüber anderen Diffusionsprozessen dadurch identifizieren, dass diese zumindest in der ersten Phase innerhalb von Staaten stattfindet, die eine gemeinsame Geschichte, Kultur oder Sprache besitzen. Empirisch ist Nachahmen von Lernen in quantitativen Studien nur schwer zu unterscheiden (Simmons et al. 2006: 795). Um beide Mechanismen zu differenzieren, muss auf die kognitive Voraussetzung von Diffusion rekurriert werden, was einen ergänzenden Analyseschritt verlangt, der oftmals leichter in qualitativen als in quantitativen Studien durchführbar ist.

Policies und *politiques* können durch den Druck von internationalen Organisationen oder mächtigen Staaten oktroyiert werden. Wenngleich in der OECD-Welt eine zwanghafte Übernahme wie etwa die Einführung bestimmter politischer Institutionen in den Kolonialländern nicht anzutreffen ist, können durch eine Selbstverpflichtung oder durch politischen Druck bestimmte Politiken gefördert werden. Die empirische Evidenz, dass internationale Organisationen Druck auf Länder ausüben, der zu einer nachweislichen Verhaltensänderung führt, ist nicht eindeutig. So kommen sowohl quantitative (Brooks 2005, 2007) als auch qualitative Studien (Weyland 2007) zu dem Ergebnis, dass der Versuch der Weltbank, durch die Bereitstellung von Krediten, nicht zu einer feststellbaren Veränderung der Reformtätigkeit der Länder in die von der Weltbank gewünschte Richtung geführt hat. Auch erscheint die Diffusion der Demokratie durch militärische Initiativen nicht erfolgreich zu sein, wie die militärischen Einsätze der westlichen Welt in arabischen und islamischen Staaten in der jüngsten Geschichte zeigen.

Eher ist der Einfluss der Konditionalität im Bereich der Europäischen Union (EU) zu finden. Insbesondere während der Beitrittsverhandlung zur Osterweiterung der EU wurden den beitragswilligen Ländern Auflagen aufgegeben, die erfüllt werden mussten, wenn sie ein Vollmitgliedstaat der EU werden möchten (Übernahme des *acquis communautaire*). Braun und Gildardi (2006: 309-310) sehen den Einfluss der EU auf die neuen Mitgliedsstaaten in Zentral- und Osteuropa als Mechanismus, der einer „erzwungenen“ Einflussnahme nahe kommt (siehe auch: Schimmelfennig/Sedelmeier 2005). Auch die vorgeschriebenen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen für Griechenland durch die Troika (Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfond, EU-Kommission) in der Finanzkrise kann als Diffusion durch Konditionalität aufgefasst werden. Simmons et al. (2006: 791) sprechen von „weichem Zwang“, wenn sich starke Staaten zusammenschließen und eine internationale Vereinbarung treffen, der sich wiederum andere Staaten anschließen müssen (siehe auch: Drezner 2005).

4. Arbeitsschritt

Nach den drei theoretischen Arbeitsschritten folgten zur empirischen Beantwortung in weiteren Arbeitsschritten die Datenerhebung und – aufarbeitung, die nach unterschiedlichen Faktoren unterschieden wurden. Zunächst wurden die abhängigen Variablen für die drei Politikfelder erhoben und deskriptiv ausgewertet. Anschließend mussten die Kausalmechanismen operationalisiert werden und zusammen mit den Länder- und Kontrollvariablen entstand ein komplexer und umfangreicher Datensatz, der für die Sozialpolitik von 1960 bis 2010, die Finanzpolitik von 1970 – 2007 und für die Umweltpolitik von 1960 bzw. 1980 bis 2010 reichte.

Den wesentlichen Aspekt der Staatstätigkeit im Ressort Finanzen stellt für das Projekt die Steuerpolitik dar. Es wird erwartet, dass die Globalisierung gerade in diesem Politikbereich

signifikant auf nationalstaatliche Entscheidungen wirkt. Zur adäquaten Darstellung des Kausalmodells ist es notwendig, die Steuerbelastung zu unterscheiden, da den einzelnen Faktoren jeweils ein anderes Verhältnis zum internationalen Steuerwettbewerb zugeschrieben wird. Nur so können nuancierte Aussagen über die Einwirkungsmöglichkeiten der Globalisierung formuliert werden.

Zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation bemühen sich Staaten, die mobilen Faktoren im eigenen Land zu halten und attraktiv für neue Zuflüsse zu sein. Kapital ist im besonderen Masse mobil, weshalb die Steuern auf Kapitaleinnahmen als Indikatoren für mobile Steuersubstrate verwendet werden. Andere Produktionsfaktoren, die immobil sind und damit der Logik des internationalen Wettbewerbs weniger direkt unterliegen, weisen hypothetisch keine starken Zusammenhänge mit Globalisierungstendenzen auf. Zur Messung werden hierfür Abgabenbelastungen auf Arbeitseinkommen genutzt. Der Faktor Arbeit ist immanent mit dem Produktionsland verbunden. Die Erhebung von vergleichbaren Steuersätzen für politische Modelle hat sich dabei als Herausforderung erwiesen (Mendoza et al. 1994: 298).

Eine Messung muss drei wesentliche Schwierigkeiten beachten, um effektive Steuerquoten für den internationalen Vergleich zu generieren. Die erste Herausforderung besteht in der Komplexität der Steuerstruktur (Frenkel et al. 1991). In beinahe jedem Land existieren Steuergutschriften, -nachlässe und -befreiungen, die eine einheitliche und brauchbare Messung der Steuerquote verkomplizieren. Weiter ist die richtige Wahl des Bezugsrahmens der Steuerquote wichtig. Steuersätze, die sich auf bestimmte Individuen in einem Haushalt beziehen oder einkommensbasiert sind, müssen nicht zwangsläufig die gleichen Zusammenhänge abbilden, wie aggregierte Steuern (Mendoza et al. 1994: 299). Der dritte Aspekt, der Einfluss auf die Güte der Messung nimmt, ist die Verfügbarkeit und Qualität der Daten. Ohne eine breite und gute Datenlage ist die Erhebung von Informationen für internationale Querschnittsanalysen oder *time-series cross-section-Analysen* nicht störungsfrei möglich.

Eine populäre Methode der Steuermessung ist die Erhebung des Grenzsteuersatzes von Einkommen. In der Literatur werden verschiedene Strategien vorgeschlagen auf welche Arten Informationen zu Regelsteuersätzen, Steuerrückzahlungen und Abgabeordnungen mit Daten zur Einkommensverteilung kombiniert werden können. Allerdings sind mikroökonomische Indikatoren sehr anfällig für die bereits erwähnten Probleme (Frenkel et al. 1991; Mendoza et al. 1994: 298), weshalb für die Messung von Arbeitnehmer- und Kapitalsteuern eine makroökonomische Berechnungsgrundlage benutzt wird. Mendoza et al. (1994) waren die ersten, die versucht haben, über aggregiertes Steueraufkommen und Statistiken zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung effektive durchschnittliche Steuersätze für Konsum, Arbeit und Kapital zu erheben (McDaniel 2007: 17). Die drei Steuersätze werden als *ad valorem*⁶ Schätzungen gemessen; dabei werden nahezu alle Formen des Steueraufkommens auf nationaler Ebene einem der drei Steuertypen zugeordnet (Mendoza et al. 1994: 299). Jede Messung des Steueraufkommens wird im Ergebnis als Anteil am Bruttoinlandsprodukt wiedergegeben.

Die Vorteile der Methode liegen zum einen in der Einfachheit der Erhebung. Durch die Verwendung von öffentlich zugänglichen Informationen, die über einen langen Zeitraum⁷ von

⁶ Auch als Wertsteuer verwendet.

⁷ Die OECD Tax Statistic (1960 bis 2011) OECD (2010), "Revenue Statistics: Comparative tables", *OECD Tax Statistics*(database). (Accessed on 13 November 2014) und die National Account Daten (1975-2011)

der OECD erhoben worden sind, können mit wenig Aufwand Zeitreihen und Querschnitte für den Vergleich von internationalen Steuerquoten produziert werden (Volkerink/Haan 2001: 32). Die Quoten lassen sich wesentlich besser vergleichen als mikroökonomische Indikatoren. Zum Vorteil gereicht der Messung weiter, dass sie die Nettoeffekte von Steuergutschriften, -nachlass und -befreiungen in die Rechnung einbringt. Auch werden die Steuereffekte von Sozialabgaben und Vermögenssteuern integriert. Der größte Vorteil liegt, besonders für die Beantwortung der Forschungsfrage, in der Unterteilung der Steuertypen in die Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen (Mendoza et al. 1994: 299; Volkerink/Haan 2001: 32-33).⁸

Das Konzept effektiver durchschnittlicher Steuersätze hat allerdings auch einige Nachteile. Anders als bei der Messung des Grenzsteuersatzes wird durch die einfache Methode weder der Regelsteuersatz berücksichtigt, noch enthält das aggregierte Steuerniveau Informationen zur Einkommensverteilung. Die Autoren können durch einen direkten Vergleich mit Grenzsteuersätzen zeigen, dass trotz der Einfachheit der Berechnung lediglich das Level zwischen den Steuerquoten verschieden ist und sich der allgemeine Trend in einem vertretbaren Rahmen bewegt (Mendoza et al. 1994: 299).

Weiter weisen Volkerink und De Haan (2001: 32-33) auf einige konzeptuelle und praktische Probleme hin. Methodisch ist besonders problematisch, dass die OECD Daten zum Teil auf mehr als nur einen makroökonomischen Indikator bezogen sind. Eine Berechnung von Steuersätzen ist daher ohne eine künstliche Zuteilung kaum möglich. Als praktisches Problem weist die Messung von Arbeitnehmer- und Kapitalsteuern ein teilweise schwaches Datenniveau aus. Zwar sind die Daten über die OECD verfügbar, doch sind einige Informationen nicht vorhanden oder zum Teil unzuverlässig. Daher ist es notwendig, eine Interpretation der Steuerquoten immer im Bewusstsein möglicher Datenprobleme zu formulieren. Volkerink und De Haan (2001) stellen eine Berechnungsformel⁹ auf, die viele der genannten Probleme löst und als Grundlage der Untersuchung des Einflusses von Globalisierung auf Steuerpolitik dienen soll.

Wenngleich die Finanzpolitik die abhängige Variable der Analyse darstellt, bestehen die Untersuchungsbemühungen nicht darin, das Politikfeld erschöpfend zu erklären, sondern es dient der Beantwortung der Frage, welchen Einfluss Globalisierungstendenzen ausüben. Daher überwiegen die Vorteile, die eine Operationalisierung der Steuerpolitik nach der Methode von Mendoza et al. (1994) mit der Berechnungsformel nach Volkerink und De Haan (2001) haben. Die Nutzung der aggregierten Steuerquoten lässt Aussagen zu, in welcher Form sich die Steuersätze zwischen den Ländern und im Zeitverlauf entwickelt haben.

Die Daten entstammen dabei der Untersuchung von Plümper et al. (2009) und wurden durch Extrapolation um die Jahre 2006 bis 2008 erweitert.¹⁰ Damit reicht der Datensatz zur Steuerpolitik von den Anfangsjahren des internationalen Steuerwettbewerbs 1970 bis in die Finanzkrise 2008. Auf Grund vieler fehlender Informationen ist eine Messung für zahlreiche Länder im Jahr 2009 nicht möglich und spiegelt einen Nachteil der Berechnungsformel wieder. Bei den Arbeitnehmersteuern konnten die fehlenden Werte aus dem Jahr 2008 für die Länder

⁸ Zur genauen Operationalisierung siehe Plümper et al. (2009: 781-782)

⁹ Volkerink/Haan (2001: 29) Plümper et al. (2009: 781-782)

¹⁰ Der Vorteil der Verwendung der Daten von Plümper et al. (2009) ist, dass sie die Jahre vor 1985 enthalten. Die eigene Berechnung war nur ab 1985 möglich, da die National Account Daten vor diesem Zeitpunkt nicht mehr zur Verfügung standen. Ein Vergleich der errechneten Ergebnisse mit den Daten von Plümper für den Zeitraum 1985 bis 2005 hat dabei Korrelationen ergeben, die in beiden Steuertypen über 0.98 lagen und eine Extrapolation rechtfertigen.

Japan, Norwegen und der Schweiz durch das Imputierungsprogramm Amelia II berechnet werden (King et al. 2001), um eine vollständige Datenreihe zu erhalten.¹¹ Ebenso sind bei Kapitalsteuern einiger Länderwerte imputiert worden, um den Datensatz zu komplettieren.¹² Durch diese Maßnahmen konnte ein Datensatz mit 780 Beobachtungen generiert werden, der die Steuerquoten von zwanzig hochentwickelten Ländern über 39 Jahre abbildet.

Die implizite Abgabenlast auf Löhne beschreibt das Verhältnis zwischen Abgaben auf Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit und den Arbeitskosten. Unter Abgaben sind wiederum die persönlichen Einkommenssteuern und die Sozialbeiträge sowohl von Arbeitgeber- als auch von Arbeitnehmerseite erfasst. Die Kapitalsteuern werden als das Produkt aus Einkommenssteuern und der Summe von Betriebsüberschüssen von nicht eingetragenen Unternehmen plus Steuern auf Kapitalerträge erhoben. Letztere setzen sich aus den Steuern auf Einkommen, Gewinne und Kapitalzuwachs unter Berücksichtigung von Vermögenssteuern und Finanzgeschäften zusammen. Die Steuerquoten bilden für die letzten Jahrzehnte wichtige Trends und Unterschiede in der Struktur internationaler Steuersysteme ab, die entgegen den Erwartungen der *race to the bottom-These* verlaufen und vielmehr alternativen Erklärungsmodellen entsprechen.

Die mittlere fett gezeichnete Linie in Anhang A1 stellt die durchschnittlichen Arbeitnehmersteuern dar, die beiden dünnen Linien die Werte für die drei Länder mit der niedrigsten bzw. höchsten Steuerquote auf Arbeitnehmereinkommen. Die indirekten Annahmen der Abwärtsspirale sagen einen kontinuierlichen Anstieg der Arbeitnehmersteuern voraus, da sie in ihrer Kompensationsfunktion für Staatseinnahmen sorgen müssen. Die Befunde deuten zwar auf einen ansteigenden Trend der Steuerquote in den OECD-Ländern hin, der allerdings nur bis in die Mitte der 1990er Jahre reicht. Ab der Hälfte des Jahrzehnts entwickelt sich die mittlere Steuerquote unbeständig mit leicht fallender Tendenz und scheint ein Equilibrium erreicht zu haben. Die durchschnittliche Steuerlast auf immobile Faktoren ist angestiegen und die Unterschiede zwischen den OECD-Ländern sind konstant, wenngleich eine Divergenz im Zeitraum von 1994 bis 2002 deutlich wird. Insbesondere die Länder mit höheren Steuersätzen unterliegen im Verhältnis zu den Ländern mit niedrigen Steuerquoten stärkeren Schwankungen, die nur gelegentlich von den Ländern mit niedrigen Steuern geteilt werden. Eine Angleichungsphase kann von 1986 bis 1989 ausgemacht werden, in denen die Steuerquote in beiden Ländergruppen einen merkbaren Sprung gemacht hat, ohne dabei massive Veränderungen auf den durchschnittlichen Wert und damit auf die übrigen Länder zu haben.

Die Betrachtung des Verlaufs der Arbeitnehmersteuer zeigt, dass sich die Steuerquote in den industrialisierten Ländern über beinahe 25 Jahre konsequent in allen Ländern im Vergleich zum Ausgangsjahr 1970 erhöht hat, ohne allerdings ernsthafte Anpassungseffekte erkennen zu können. Erst seit 1994 ist eine Entwicklungsphase erreicht, die im Mittel relativ stabile Steuern aufweist. Von einer partiellen Anpassung kann für die Länder mit hoher Arbeitnehmersteuer ab dem Jahr 2000 gesprochen werden, da die Steuerquote im Verhältnis zu den anderen OECD-Ländern deutlich sinkt. Während das Steuerniveau in den Ländern mit niedrigen Steuern einen erreichten Grenzbereich vermuten lässt. Die drei Linien folgen einer nahezu parallelen Entwicklung im Beobachtungszeitraum.

11 Die Simulation der Werte durch Amelia II produziert unklare Ergebnisse.

12 Für Japan (2008), Norwegen (2008) und der Schweiz (2008) wurden die fehlenden Werte anhand des Imputierungsprogramms AMELIA II aufgefüllt (King et al. 2001).

Die Dekadenmittelwerte in Anhang A2 verdeutlichen die starke Streuung der Abgabenlast auf den Faktor Arbeit sowohl zwischen den Ländern als auch im Zeitverlauf. In Australien, Irland, Japan, den USA, der Schweiz und Großbritannien ist die Steuerquote über den gesamten Beobachtungszeitraum relativ niedrig. Demgegenüber liegt die Steuerlast auf Arbeitseinkommen in den skandinavischen und den meisten kontinentaleuropäischen Ländern auf hohem Niveau. Schweden ist dabei das Land, das in jeder Dekade durchgängig die höchste Steuerquote erhebt. Besonders hoch lag die durchschnittliche Steuerbelastung mit 57,03 Prozent in den 90er Jahren. Den niedrigsten durchschnittlichen Steuersatz (10,98 Prozent) erhob Portugal in den 70er Jahren. Allerdings hat sich der Steuersatz anschließend sehr rasant erhöht und verdreifachte sich beinahe. Den stärksten Anstieg des gesamten Samples verzeichnet Italien mit einer Erhöhung der Steuerquote um 89,45 Prozent in den 70er Jahren. Alle südeuropäischen Länder kennzeichnet eine gemeinsame Tendenz des starken Anstiegs der Steuern auf Arbeitseinkommen. Haben sich die Steuerquoten noch von der ersten zur zweiten Dekade stark erhöht, so bricht der Trend spätestens in der letzten Dekade ein. In zwölf von zwanzig Ländern sinkt die durchschnittliche Steuerquote im Vergleich der beiden Dekaden 1990-1999 und 2000-2008. In den Niederlanden reduziert sich die Steuerquote sogar um 16,35 Prozent; der höchste Unterschied zwischen zwei Dekaden im gesamten Datensatz.

Aufgrund der Information kann die Annahme formuliert werden, dass die Steuerquote über einen langen Zeitraum einem Trend folgt, der allerdings ab 2000 unterbrochen wird. Weiter kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich die Steuersätze der einzelnen Länder stark angeglichen haben. Ein einfaches Maß, um diesen Sachverhalt konkret zu messen, ist der Variationsindex, der in Anhang A5 dargestellt ist (Jahn 2009b: 101). Der Koeffizient zeigt, dass nach einer kurzen Phase der Anpassung die Werte der OECD-Länder keine weitere Annäherung erfahren haben. Vielmehr kann von einem konstanten bis schwach sinkenden Variationsindex ab Mitte der 1980er Jahre gesprochen werden.

Während die Entwicklung der letzten 39 Jahre von Steuern auf Arbeitseinkommen in den OECD-Ländern einen klaren Trend markiert, gilt das für die Kapitalsteuern nicht. Die fett gezeichnete Linie in Anhang A3 gibt die durchschnittliche Steuerquote auf Kapitaleinkommen aus. Sie verläuft über den gesamten Zeitraum sehr wechselhaft mit einem leichten Anstieg seit Mitte der 1990er Jahre. Eine klare negative Tendenz, wie von der *race to the bottom-These* angenommen, ist genauso wenig zu erkennen, wie eine eindeutig positive Entwicklung.

Die Unterschiede zwischen den Ländern nehmen über den Zeitverlauf leicht ab. Dabei schließen besonders die Länder mit den höchsten Kapitalsteuerquoten in einem un stetigen Verlauf auf. Immer wieder kommt es zu sprunghaften Erhöhungen der Steuerquoten in diesen drei Ländern. Die Entwicklung der OECD-Länder mit den niedrigsten Steuerquoten verläuft dagegen sehr simultan zum Durchschnittswert. Wobei besonders auffällig ist, dass die Phasen der Steuersenkungen stärker ausfallen als in den übrigen Ländergruppen.

Der Verlauf der Steuerquote auf Kapitaleinkommen verzeichnet stetige Phasen des An- und Abstiegs im Untersuchungszeitraum, die nicht mit einer Trendformulierung vereinbar sind. Bis 1994 verändert sich die durchschnittliche Steuerquote nur gering und immer wieder sehr inkonstant in Wellenbewegungen. Danach kann für die Jahre von 1994 bis 2000 ein deutlicher

Anstieg ausgemacht werden, auf den wiederum eine Senkung und weitere Schwankungen folgen. Somit widersprechen die Befunde der durchschnittlichen Steuerquote auf Kapitalsteuern der klassischen *race to the bottom-These*.

Eine explizite Betrachtung der Dekadenmittelwerte (Anhang A4) eröffnet die Möglichkeit, Länder zu identifizieren, die sich im Dekadenmittel in einer Abwärtsspirale der Steuerpolitik befinden. In den beiden Ländern Deutschland und den Niederlanden hat sich die Steuerquote in vier Dekaden konstant reduziert. In Deutschland sank die Steuerquote in den 2000er Jahren im Vergleich zu den 1990er Jahren um 52,43 Prozent. Insgesamt entwickelte sich die Kapitalsteuer in Deutschland am ehesten nach den Erwartungen der *race to the bottom-These*. Anders stellt sich die Situation in den Ländern Finnland, Italien, Spanien, Schweden und der Schweiz dar. Alle fünf Länder verzeichnen über den gesamten Zeitraum einen kontinuierlichen Anstieg der Steuerquote. Für die übrigen Länder gilt, wie bereits für die Steuer auf Arbeitseinkommen, dass die Streuung der Steuerquoten sehr breit ist. Besonders die Entwicklung in Portugal ist hervorzuheben. Lag die Steuerquote in den 1970er Jahren noch bei niedrigen 3,81 Prozent, entwickelte sie sich in den folgenden Dekaden sprunghaft auf 36,35 Prozent.

Der Variationsindex (Anhang A5) fasst die Angleichung der Steuerquoten für Kapitaleinkommen zusammen und zeigt eine graduelle Anpassung, die weit entfernt von einer perfekten Annäherung ist. Dennoch halbiert sich der Variationskoeffizient in den 39 Jahren. Einen starken Angleichungsprozess hat es in den 1980er Jahren gegeben. Die Verteilung ist dabei bis 1989 sehr breit gestreut und nähert sich anschließend bis ins Jahr 2000 an. Auffällig sind die Werte für Kanada in den Jahren 1992 und 1993, die als Ausreißer der Verteilung auftreten. Nach 1998 unterbricht und stagniert die kontinuierliche Annäherung der Länder oberhalb des Wertes von 0,3.

Anhang A5 zeigt durch den Variationskoeffizienten, dass die beiden Steuerquoten in den 20 OECD-Ländern jeweils eine Annäherung erfahren haben, die allerdings wesentlich ausgeprägter für die Kapitalsteuern ausfällt als für die Besteuerungsquote des Faktors Arbeit. Besonders unterscheiden sich die beiden Steuerquoten in ihrer Entwicklung nach 1988. Von diesem Zeitpunkt an beginnt ein stetiger Anpassungsprozess der Kapitalsteuern, der nur zwischen 1993 und 1995 diskontinuierlich verläuft, während die Arbeitnehmersteuern nach 1988 keine größeren Angleichungen mehr vollziehen.

Eine direkte Gegenüberstellung der Gesamtentwicklung beider Steuertypen (Anhang A5) veranschaulicht weiter, dass die Steuerquoten im Jahr 1970 auf ähnlichem Niveau lagen und sich über die Jahrzehnte unterschiedlich stark voneinander entfernt haben. Dabei liegt die durchschnittliche Steuerquote auf Arbeitseinkommen höher als die Kapitalbesteuerung. Ein weiterer Unterschied sind die andersgearteten Verläufe. Auf der einen Seite kennzeichnet die Entwicklung der Abgabenlast auf Arbeit ein klarer ansteigender Trend, der auf der anderen Seite für Kapital nicht vorliegt. Eine direkte Verbindung zwischen den Entwicklungen der Steuertypen kann nicht ausgemacht werden. Damit stehen die Daten im Widerspruch zur Abwärtsspirale, die eine Abhängigkeit der Steuertypen annahm. Die häufigen Wechsel zwischen An- und Abstiegen der Kapitalsteuerquote lassen keine kontinuierliche Entwicklung erkennen, vielmehr müssen die sehr mannigfachen Entwicklungen der einzelnen Länder berücksichtigt werden. Anhang A6 beschreibt für jedes der 20 Untersuchungsländer die Entwicklung der zwei Steuertypen. Nicht in jedem Land verhält es sich, dass die Steuerlast auf Kapital geringer ist als

auf Arbeit. In Australien, Japan, Großbritannien und den USA ist die relative Steuerlast auf Kapital durchgängig höher als auf Arbeitseinkommen. Deutlich zu Lasten der immobilen Faktoren haben sich die Steuerabgaben in Österreich, Deutschland und den skandinavischen Ländern verändert. Während der Steuerunterschied in Finnland über den gesamten Zeitraum konstant am größten ist, zeichnet sich die Entwicklung in Deutschland dadurch aus, dass besonders die Steuerquote auf mobile Faktoren nach 1980 in eine Art Abwärtsspirale gerät, die erst im Jahr 2001 aufhört. Kaum einen Unterschied in der Höhe der Steuerquoten weisen die Schweiz, Belgien und Frankreich auf. Die Schweiz hat von allen Ländern durchgängig die niedrigsten Steuerquoten auf beide Steuersubstrate.

Zusammengefasst weist die Entwicklung und Höhe der Steuerabgaben auf Arbeitseinkommen ein deutlich einheitlicheres Bild auf als die auf Kapitaleinkommen. Letztere hat sowohl innerhalb der Länder als auch über den Zeitverlauf eine deutlich größere Variation erfahren

Um den Einfluss von Globalisierung als Diffusionsprozess auf den Bereich der Sozialpolitik im Rahmen dieses Projekts zu untersuchen, bedarf es einer adäquaten empirischen Erfassung von wohlfahrtsstaatlicher Politik in den ausgewählten OECD-Ländern. Der überwiegende Teil der quantitativ ländervergleichenden Studien benutzt dazu ausgabenbasierte Indikatoren zur Erfassung von sozialstaatlicher Performanz, wie z.B. Staatsausgaben, öffentliche Sozialausgaben bzw. Sozial- und Transferleistungen (Rodrik 1997; Garrett 1998; Huber/Stephens 2001b; Swank 2002). Obwohl sich diese Datenreihen in vielen Untersuchungen bewährt haben und in der SOCX Datenbank der OECD laufend aktualisiert werden, sollten einige wesentliche Aspekte der Operationalisierung berücksichtigt werden.

Einige Autoren argumentieren unter dem Stichwort des *dependent variable Problem*, dass hochaggregierte, ausgabenbasierte Indikatoren weniger gut geeignet sind zur konkreten Darstellung der jeweiligen Inhalte von sozialstaatlichen Programmen sowie der Generosität von Wohlfahrtsstaaten (Korpi/Palme 2003; Castles 2004; Green-Pedersen 2004; Clasen/Siegel 2007; Kuitto 2011). Konzeptionell lässt eine empirische Erfassung über Sozialausgaben eine exakte Aussage über die Adressaten und die verfolgten Ziele von sozialstaatlicher Politik schwerlich zu (Allan/Scruggs 2004: 498). Zudem kann die Verwendung von wohlfahrtsstaatlichen Ausgabeindikatoren zu spezifischen Verzerrungen bei der empirischen Analyse führen. Problematisch ist einerseits, dass eine bloße Zunahme der Berechtigungsgruppen, wie z.B. Rentner oder Arbeitslose, eine Erhöhung des Ausgabenniveaus zur Folge hat, ohne dass dies politisch intendiert ist (Huber/Stephens 2001b; Clasen/Siegel 2007; Kuitto 2011). Unter Umständen kann dies Ausgabenenkungen verschleiern, wie beim Fall von Großbritannien unter der Thatcher-Regierung, bei der die hohe Arbeitslosigkeit zum Anstieg der Sozialausgaben geführt hat, obwohl die neoliberale Politik von Thatcher als Modellfall für den Rückbau des Sozialstaats steht (Pierson 1996). Zum anderen können länderspezifische Unterschiede in den nationalen Steuersystemen dazu führen, dass der Anteil am tatsächlich verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen stark zwischen den einzelnen Ländern variiert. Aufgrund dieser Verzerrungen lassen sich aus Unterschieden im Ausgabenprofil zwischen den Ländern nicht notwendigerweise Rückschlüsse auf das Ausmaß an sozialem Schutz in einem Land ableiten.

Einige vergleichende Studien empfehlen daher die Verwendung alternativer Indikatoren zur Erfassung der Entwicklungsdynamik von Sozialstaatstätigkeit. Disaggregierte Sozialausgaben zeichnen ein ausdifferenzierteres Bild des Wohlfahrtsstaatsprofils eines Landes, da diese nach den jeweiligen Funktionsbereichen unterscheiden, wie z.B. Renten, Arbeitslosen- oder Gesundheitsausgaben (Castles 2004; Clasen/Siegel 2007; Kuitto 2011). Eine weitere Möglichkeit besteht in der Analyse von Ersatzrattenniveaus in den einzelnen Funktionsbereichen Arbeitslosigkeit, Rente und Gesundheit, welche speziell versuchen, auf die jeweiligen nationalen Charakteristiken im Steuer- und Versorgungssystem einzugehen (Korpi/Palme 2003; Allan/Scruggs 2004; Scruggs 2007; van Vliet/Caminada 2012). Schließlich bieten Untersuchungen auf Basis von Dekommodifizierungsscores explizit die Möglichkeit der Erfassung von Inhalt und Umfang von Sozialprogrammen in den einzelnen Ländern (Esping-Andersen 1990; Hicks/Kenworthy 2003; Scruggs 2007).

Trotz der durchaus berechtigten Kritik an ausgabenbasierten Indikatoren und der mittlerweile zur Verfügung stehenden Alternativen, wird im Rahmen dieses Projekts der Indikator der Sozialquote (Öffentliche Sozialausgaben als Anteil am BIP) aus den OECD SOCX Datenbanken (OECD 2013) verwendet, da die Erfassung von aggregierten Sozialausgaben weiterhin ein valides Instrument zur Einschätzung der ganzheitlichen Sozialstaatsperformanz darstellt (DeDeken/Kittel 2007; Clasen/Siegel 2007; Kuitto 2011). Analytisch finden sich dazu eine Reihe von Gründen, welche die Messung der Sozialstaatstätigkeit über die Sozialquote trotz vorgetragener Kritik vertretbar erscheinen lassen.

Erstens verlangt die Perspektive der Forschungsfrage, die sich konzeptionell vorrangig um (sozial)staatliche Anpassungsprozesse als Folge von internationalen Handlungsverdichtungen dreht, nach einem möglichst breit angelegten wohlfahrtsstaatlichen Indikator, der möglichst viele unterschiedliche Leistungsdimensionen vereinigt. Es ist durchaus denkbar, dass sich die Regierungen in den einzelnen Ländern in unterschiedlichen Bereichen in ihrer Handlungsfähigkeit im Sinne der Effizienzhypothese eingeschränkt sehen, erkennbar zum Beispiel an der Agenda-Politik der Regierung Schröder im Bereich der Konzipierung der Arbeitslosenprogramme in Deutschland und dem damit zusammenhängenden Imperativ der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich (Streeck/Kenworthy 2005). Gleichzeitig können Regierungen aber auch auf Globalisierungsdruck mit Kompensationszahlungen in weniger sichtbaren Bereichen reagieren, wie zum Beispiel der Gesundheitspolitik in den USA, die dem internationalen Standortwettbewerb eher entzogen ist (Hays 2009: 49). Disaggregierte Sozialausgaben und regimespezifische Ersatzraten würden diese bereichsspezifischen Reaktionen auf globalisierungsbedingte Anpassungsprozesse verwischen. Die Sozialquote bietet als zusammenfassender und bereichsübergreifender Indikator somit eine bessere Basis zur Darstellung von Reformprozessen.

Zweitens belegen mehrere Studien, dass die Messung über Sozialausgaben mit theoretisch bedeutsamen politischen Dimensionen von Sozialpolitik wie die Einkommensverteilung oder der Umfang bzw. die Zugangsvoraussetzungen von sozialen Leistungen hoch korreliert (Korpi/Palme 1998; Swank 2002), da die Ausgabenprofile in den einzelnen Ländern zumindest teilweise von der Großzügigkeit der gewährten Leistungen bestimmt werden (Hays 2009: 49). Somit lässt die Analyse der Sozialquote Aussagen über die Entwicklung der Generosität von

Wohlfahrtsstaaten als Reaktion auf Globalisierungsdruck zu, auch wenn einige Abstriche zu erwarten sind.

Drittens können die spezifischen Verzerrungen bei der empirischen Analyse von Sozialausgaben durch die Aufnahme von weiteren Kontrollvariablen teilweise umgangen werden. Dabei gewährt die explizite Modellierung des politischen Konjunkturzyklus und die Berücksichtigung des gesellschaftlichen Problemdrucks in Form der Population von Rentnern und Arbeitslosen, dass der Anteil der politisch steuerbaren Varianz der Sozialquote möglichst hoch ist und damit den politischen Ermessensspielraum bei der Bestimmung der jeweiligen Sozialstaatsstandards abbildet (Hays 2009; Jahn 2009b; Kuitto 2011).

Schließlich basiert die Verwendung der Sozialquote auch auf Erwägungen über die systematische Verfügbarkeit von länderübergreifenden Daten im Zeitverlauf. Der Großteil der programmspezifischen Indikatoren bzw. Ersatzraten sind noch nicht für die maximal verfügbare Zeitreihe von Beginn der 1960er Jahre bis 2009 verfügbar und vereinzelt fehlen hier in den Daten zu den Ersatzraten auch komplette Länder. Gerade bei der Analyse des Einflusses der internationalen Vernetzung auf die Sozialpolitik ist die größtmögliche Varianz hinsichtlich der Zeitdimension jedoch von größter Bedeutung, wie die Debatte um das Problem des *temporal selection bias* (Jensen 2011) zeigt. Demnach unterscheiden sich die Ergebnisse der Analysen gravierend, je nachdem welche Zeitabschnitte Eingang in die Analyse finden. So finden Studien, die sich auf Daten aus der Expansions- und Konstituierungsphase von Wohlfahrtsstaaten bis Anfang/Mitte der 1990er Jahre beziehen, oftmals keine Belege für eine Rücknahme der Sozialquote im Zeitverlauf oder eine signifikante Handlungsbeschränkung von Regierungen bei der Bestimmung von sozialpolitischen Ausgabenniveaus. Dieser Befund ändert sich dann teilweise mit der Hinzunahme von Beobachtungen, die über die Mitte der 1990er Jahre hinaus gehen und somit in eine Periode fallen, die durch eine rapide Zunahme der Qualität und Quantität von internationalen Handlungsverdichtungen gekennzeichnet ist (Jahn 2009b; Jensen 2011; Schmitt/Obinger 2013). Um mögliche zeitliche Selektionsverzerrungen zu vermeiden, ist es notwendig, die Datenreihe mit den neuesten Beobachtungen aktuell zu halten, um eine maximale Inferenz aus der jüngsten Globalisierungsperiode zu ermöglichen. Gleichzeitig sollte die Erweiterung der Datenreihe bis in die Konstituierungsphase der Wohlfahrtsstaaten Anfang der 1960er Jahre einen adäquaten Vergleich mit der Periode der jüngsten Globalisierungsschübe sicherstellen.

Um diesen Erfordernissen im Kontext der Sozialpolitik gerecht zu werden, wurde die Datenreihe der Sozialquote aus der SOCX-Datenbank von 1980-2010 mit den Daten aus der *Historical Series* der OECD von 1960-1980 kombiniert, um eine möglichst unterbrechungsfreie Zeitreihe der Sozialausgaben zu erlangen. Durch eine Veränderung der Erhebungsmethoden der Sozialausgaben sind die historischen Daten leider nicht mehr frei zugänglich und wurden den Autoren dieses Projekts freundlicherweise von der OECD zur Verfügung gestellt. Obwohl die zur Verfügung stehenden Daten den größtmöglichen Zeitraum der Sozialausgabenentwicklung darstellen, weist die Datenreihe auch vereinzelt Lücken auf. Die fehlenden Werte von Portugal und Spanien von 1960-1980 lassen sich hauptsächlich aus dem Kontext der autoritären Vergangenheit der Staaten in diese Zeit erklären, weshalb einige ländervergleichende Studien auf deren explizite Modellierung verzichten (Huber/Stephens 2001, Swank 2002). Jedoch er-

laubt die Aufnahme der beiden Länder die Analyse von wohlfahrtsstaatlichen Nachzüglerstaaten und deren globalisierungsbedingtes Anpassungsverhalten in jüngerer Zeit. Auf eine Datenimputation der fehlenden Werte wird hier verzichtet, da keine zuverlässigen Schätzungen im Rahmen von autoritären Regimen und hochentwickelten Wohlfahrtsstaaten möglich sind.

Anhang A7 fasst die Entwicklung der Sozialausgaben in 20 OECD Ländern in der Zeit von 1961-2010 zusammen. Um einen Eindruck über die Entwicklungsdynamik der Sozialausgaben in den einzelnen Ländern zu vermitteln, wird für jedes Land der Mittelwert für eine Dekade dargestellt. So lässt sich eine beträchtliche Variation sowohl im Zeitverlauf als auch hinsichtlich der Niveauunterschiede zwischen den einzelnen Ländern ausmachen.

In der Querschnittsdimension finden sich weit überdurchschnittliche Sozialleistungsquoten vor allem in Schweden, Dänemark, Frankreich, Österreich und Deutschland. Unterdurchschnittliche Quoten charakterisieren demgegenüber unter anderem Japan, Australien und die USA. Ausgehend von der Regimeklassifikation von Esping-Andersen (1990) stammen die Länder aus der oberen Ausgabengruppe zu gemischten Teilen aus dem sozialdemokratischen (Schweden, Dänemark) und dem konservativen (Österreich, Frankreich und Deutschland) Wohlfahrtsregime, wohingegen die Länder aus der unteren Niveaugruppe ausschließlich dem liberalen Wohlfahrtsstaatstypus zugeordnet werden können. Dieser Befund einer beträchtlichen Variation von Leistungsunterschieden zwischen den einzelnen Ländern bzw. Ländergruppen wird zudem durch Anhang A8 untermauert, welcher die durchschnittliche Sozialquote aller Länder anhand der mittleren fett gezeichneten Linie darstellt, während die beiden dünnen Linien die Sozialausgabenentwicklung der drei Länder mit den durchschnittlich höchsten (Schweden, Dänemark, Frankreich) und niedrigsten (Japan, Australien, USA) Ausgabenniveaus zusammenfasst. Dabei liegen die Ausgabenwerte für die nordisch-sozialdemokratischen und kontinental-konservativen Wohlfahrtsgruppen größtenteils zwischen 20 und 30 Prozentanteilen am Bruttoinlandsprodukt, wohingegen die liberale Ländergruppe größtenteils Niveauwerte zwischen 10 und 15 Prozentpunkten aufweist. Insofern zeigt sich anhand der Datenreihe in Anhang A8 und Anhang A9, dass sowohl das universalistische, nicht an Bedarfsprüfungen orientierte Sozialstaatssystem des sozialdemokratischen Typus als auch das weniger egalitäre, an Statusleistungen gekoppelte konservative Wohlfahrtsmodell, umfassende und weitreichende Sozialschutzstandards bereithalten. Demgegenüber weist die Ausgabenstruktur des liberalen Wohlfahrtsregimes nur eine eher lückenhafte Sozialpolitik mit einem lediglich schwach ausgeprägten Netz sozialer Sicherungen auf.

Eine ähnliche länderübergreifende Variation zeigt sich auch bei der Analyse der Sozialquote im Zeitverlauf. Betrachtet man die Gesamtentwicklung der Sozialausgaben im kompletten Untersuchungszeitraum von 1961 bis 2010, zeigt sich ein relativ konstantes Wachstum, wobei die jeweiligen länderspezifischen maximalen Durchschnittswerte nahezu durchgängig in der letzten Dekade von 2001-2010 liegen. In fast allen Ländern hat sich der Mittelwert der Sozialquote in der letzten Periode damit nahezu verdoppelt im Vergleich zur Anfangsperiode von 1961-70. Besonders rasch nahmen die Sozialleistungsquoten in den 1960er und 1970 Jahren zu, was sich anhand der steil ansteigenden Kurve der Durchschnittswerte aller Länder in Anhang A9 erkennen lässt.

Insgesamt fällt die Expansionsphase in der 1960er Jahren bis Anfang der 1970er Jahre in die Zeit der Nachkriegsprosperitätsperiode, die Wohlstand für viele schuf und die Verteilungswirkungen des Wirtschaftswachstums durch eine zunehmende Sozialpolitik auszugleichen suchte. Hierbei wuchs die Sozialleistungsquote in einem von Land zu Land unterschiedlichen Tempo, beispielsweise eher verhalten in den liberalen Wohlfahrtsstaaten mit niedrigem Ausgangsniveau wie Japan, Australien, Neuseeland und den USA. Demgegenüber nahm der Anteil der Sozialausgaben am Sozialprodukt in den 1960 und 1970er Jahren vor allem in Norwegen, den Niederlanden und Schweden sehr schnell zu. Dies ist auch am relativ flachen Anstieg der Kurve der unteren Ausgabengruppe im Vergleich zum steileren Anstieg der Topgruppe in Anhang A10 zu nachzuvollziehen. Ein starker Anstieg ist zudem für alle Länder in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre feststellbar, da die Ölkrise in den Industrieländern die Arbeitslosigkeit und Inflation in die Höhe trieb, was sich direkt in einem höheren Ausgabenniveau bemerkbar machte. Abschließend bestätigt sich der Eindruck, dass es sich bei der Periode bis 1980 um das „goldene Zeitalter“ des Wohlfahrtsstaates handelt, während dessen die Sozialleistungen in den westlichen Industrieländern umfassend ausgebaut wurde und der Kreis der Zuwendungsbedürftigen dramatisch erhöht wurde (Obinger/Kittel 2003: 364).

Im Unterschied dazu verlangsamte bzw. stagnierte der Ausbau des Sozialstaates in den 1980er Jahren und, mit Ausnahme des sprunghaften Anstiegs zum Ende des Kalten Krieges 1989/90, überwiegend auch im Verlauf der 1990er Jahre. Demzufolge entspricht diese Periode einer „Austeritätsphase“ (Flora 1986; Pierson 1996; Kittel/Obinger 2002) welche auch vereinzelt vom Rückbau von Wohlfahrtsausgaben geprägt ist. Dies lässt sich konkret am Beispiel der Niederlande, Irland und Spanien ausmachen. Das teils stagnierende, teils verlangsamte Wachstum der Sozialabgaben setzt sich auch in der Periode ab 2000 weiter fort. Auffällig ist dabei, dass insbesondere Länder mit stark ausgebauten Wohlfahrtsarrangements in den letzten beiden Untersuchungsperioden ab den 1990er Jahren stagnieren bzw. teilweise ihre Ausgabenniveaus zurückfahren, erkennbar am Beispiel von Schweden, Norwegen, Finnland, den Niederlanden und Dänemark. In abgeschwächter Form trifft dies auch auf die konservativen Regimeländer wie Belgien, Deutschland und Österreich zu. Lediglich die liberalen Länder mit niedrigem Ausgangsniveau, wie z.B. Australien, Großbritannien, die USA oder Japan sowie Nachzüglerstaaten wie Portugal weisen noch Spielraum für signifikante Ausgabensteigerungen auf. Mit Beginn der Banken- und Eurokrise in den letzten Jahren der Untersuchungsperiode scheint noch einmal ein signifikanter Anstieg der Sozialausgaben verbunden zu sein, was auf die besondere Bedeutung länderübergreifender Schocks hinweist.

In Bezug auf das Forschungsinteresse und die Forschungshypothesen über globalisierungsbedingte wohlfahrtsstaatliche Anpassungsreaktionen zeigt sich zunächst keine generelle Bestätigung für eine uniforme Angleichung der Sozialstaatspolitik im Sinne der *race to the bottom*-Konvergenzhypothese. Vielmehr unterscheidet sich die Entwicklungsdynamik wohlfahrtsstaatlicher Politik über Ländergruppen und Zeitperioden hinweg. Betrachtet man Diskontinuität der relativ kontinuierlichen Expansionsphase des Sozialstaates mit Beginn der 1980er Jahre, so lässt sich die Entwicklungsstagnation als eine erste Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen in der Weltwirtschaft deuten. Schließlich beginnt in der Dekade von 1980 bis 1990 der Prozess der zunehmenden Liberalisierung der Handels- und Kapitalmärkte durch De-

regulierung und technische Innovationen (Kurzer 1993; Jahn 2006). Spätestens aber in den beiden nachfolgenden Perioden zeigen sich wohlfahrtsstaatliche Reformprozesse in einzelnen Ländern, die man als Reaktionen auf den Prozess der internationalen Verdichtung von Handlungsspielräumen interpretieren kann. So deutet der Rückgang des Ausgabenniveaus in Ländern mit besonders stark ausgebauten Wohlfahrtsstaaten auf einen ersten Beleg der Effizienzhypothese hin, da umfassende Sozialstaatsarrangements scheinbar in Finanzierungsdruck geraten im Unterschied zu Ländern aus dem liberalen Wohlfahrtsregime, die auch in Zeiten der globalen Ökonomie noch Spielraum für Ausgabensteigerungen sehen. Betrachtet man hingegen die Zunahme der Sozialausgaben im Gesamtzeitverlauf über alle Länder, so zeigt sich ein leicht verändertes Bild, da das Ausgabenniveau in den letzten Untersuchungsperioden durchweg am höchsten ist, was einem Trend von gesteigerten staatlichen Kompensationsleistungen in Zeiten starker internationaler Interaktion entspricht. Auffällig bleibt jedoch der Trend hin zu einem durchschnittlich ausgeprägten Sozialstaatsniveau in den letzten Untersuchungsperioden, da die Länder mit einer hohen Sozialquote ihre Ausgaben ab Mitte der 1990er Jahre teilweise drastisch zurückgefahren haben, während Länder mit einer niedrigen Sozialquote ihre Leistungen auch in den 1990er Jahren und danach relativ kontinuierlich ausbauten. In diesem Zusammenhang ergibt sich also die Frage, inwieweit ein Trend hin zur Konvergenz der Sozialquote im Zeitverlauf erkennbar ist, wie er vornehmlich von den Vertretern der Effizienz- und Konvergenzhypothese erwartet wird. Zur Beantwortung dieser Frage wird in Anhang A9 der Variationsindex (Jahn 2009: S. 101) der jährlichen Sozialquote angegeben. Hier zeigt sich eine verhältnismäßig stetige Annäherung der Länder bezüglich der Sozialausgaben, die jedoch durch eine Periode relativer Konstanz Anfang der 1980er Jahre bis Mitte der 1990er Jahre unterbrochen wird. Am stärksten findet eine Angleichung der Sozialquote in der Dekade zwischen 1970 und 1980 und ab Mitte der 1990er Jahre statt. Im Ergebnis hat sich der Variationskoeffizient am Ende der Untersuchungsperiode gegenüber der Anfangsperiode mehr als halbiert. Inwieweit sich diese Entwicklungen allerdings kausal auf den Einfluss von internationalen Handlungsverdichtungen bzw. Globalisierung zurückführen lassen, kann nur im Rahmen der multivariaten Analyse geklärt werden.

Für die Umweltpolitik liegen keine verlässlichen Ausgabendaten vor. Selbst Indikatoren für die Umweltsteuern sind in den Ländern höchst unterschiedlich definiert und lassen keine vergleichenden Rückschlüsse zu. Daher kommen in der Analyse zwei Varianten der Operationalisierung vor, die im Rahmen eines weiteren Forschungsprojekts, siehe dazu Jahn (2016), herausgearbeitet und entwickelt wurden. Auf der einen Seite enthält der Analyse-Datensatz Outcome-Daten in Form der Umweltperformanz. Da diese nur mittelbar auf politische Entscheidungen zurückgeführt werden kann und zur Kontrolle eine Reihe von Variablen (Klima und wirtschaftliche Lage) in das Modell aufgenommen werden müssen, wird Umweltpolitik zum anderen über die Output-Variable der ökonomischen Institutionen gemessen.

Zur Erfassung der umweltpolitischen Performanz in hoch industrialisierten Ländern nutzt die Studie die aggregierten Daten von 1980-2010, die Jahn (2016) aus 14 Indikatoren der OECD zusammenstellt. Das Spektrum dieser Indikatoren reicht von der atomosphärischen Verschmutzung durch Schwefeloxide über Wasserverschmutzung in Seen, Flüssen und Trinkwasserreserven bis hin zum Müllaufkommen und zur Bodenverunreinigung. Zwar existieren bereits

andere Umweltindizes (Roller 2005; Scruggs 2003), welche allerdings die einzelnen Teilaspekte lediglich standardisieren, wodurch eine Vereinheitlichung und damit eine Verzerrung der Ergebnisse resultieren kann. Daher sucht Jahn (2016) mit Hilfe einer Faktorenanalyse nach der Dimensionalität der Umweltperformanz und fasst ausschließlich die Indikatoren zusammen, die zur selben Dimension gehören. Aus der Methode resultieren drei Faktoren mit einer gemeinsamen Varianzerklärung von 88 Prozent. Zur Untersuchung des Wirkungszusammenhangs zwischen Globalisierung und Umweltpolitik verwendet die Analyse den dominantesten Faktor der *allgemeinen Umweltperformanz*. Sie kombiniert die atmosphärischen Ausstöße mit Müllaufkommen und Wasserentnahme, wodurch 48 Prozent der Varianz erklärt werden. Die allgemeine Umweltperformanz ist darüber hinaus der vermutlich politischste Aspekt der Umweltperformanz, da er die zentralen Herausforderungen politischer Steuerung enthält (Jahn 2016). Als Outcome der Umweltpolitik werden zahlreiche in ihm vereinten Indikatoren immer wieder für die Erklärung des Klimawandels (atmosphärische Verschmutzung), dem Waldsterben (CO₂, SO_x, NO_x), dem Umweltaabbau durch Konsum (Müll) oder durch technologischen Fortschritt assoziiert (Kernenergie). Die Werte des Index sind zwischen 0 und 100 standardisiert und repräsentieren aufsteigend eine verschlechterte Umweltbilanz.

In den 20 Untersuchungsländern hat sich die Umweltperformanz in den letzten dreißig Jahren im Großen und Ganzen verbessert. Lag die mittlere Performanz zu Beginn der 1980er Jahre noch über 1970 näherte sie sich bis ins Jahr 2010 der 60 an (Anhang A12). Die umweltfeindlichsten Länder verschlechterten ihre Bilanz besonders zwischen den Jahren 1985 und 1995 (Anhang A11). Anschließend verbesserten auch die Länder (USA, Kanada und Australien) ihre allgemeine Performanz leidlich. Eine vergleichbare Entwicklung nahmen die saubersten Länder. Dabei ist besonders auffällig, dass in den Jahren der Finanzkrise (ab 2007) eine deutliche Verbesserung der Umweltperformanz feststellbar ist. Zu den Ländern mit der besten Umweltperformanz gehören über den Betrachtungszeitraum immer wieder Japan, Irland und Portugal (Anhang A14). Mit zunehmender Zeit konnten gerade die Schweiz, Dänemark, Deutschland, Schweden und die Niederlande ihre Bilanzen verbessern. Neuseeland, Irland und Portugal haben ihr Niveau der 1980er Jahre nicht halten können und verschlechterten bis ins Jahr 2010 ihre Umweltperformanz. Über die gesamte Zeit bleibt der Variationskoeffizient (Anhang A13) auf niedrigem Niveau stabil, so dass die bereits strake Annäherung keine weiteren Konvergenzbewegungen über den Zeitraum erlebt hat. Die Gegenüberstellung der Länder in Anhang A14 legt die Vermutung nahe, dass in der Umweltpolitik, wenn über ein Outcome operationalisiert, eher ein leichter Trend Richtung *race to the top* liegt als ein Anpassungsdruck, der zur einer Verschlechterung der Umweltperformanzen führt.

Um die Modelle in der Analyse ohne aufwendige Kontrollvariablen berechnen zu können, wurde Umweltpolitik über den Output der *ökologischen Institutionalisierung* zusätzlich gemessen. Ebenso wie die Outcome-Daten basieren die Daten der Umweltinstitutionen auf Resultaten eigener Forschung im Bereich Umwelt (Jahn 2016). Hoch industrialisierte Länder begegnen dem Umweltaabbau durch zahlreiche und unterschiedliche Politikinstrumente. Eine Einführung dieser Instrumente und der damit verbundenen Institutionalisierung der Umweltpolitik ist wesentlicher Bestandteil der Staatstätigkeit in diesem Politikfeld. Zur Messung konzentriert sich die ökologische Institutionalisierung auf fünf Dimensionen der Politikinstrumente¹³. Aus

¹³ Details zu den jeweiligen Dimensionen sind bei Jahn (2016) zu finden.

den fünf Dimensionen - (i) *nationalstaatliche Umweltgesetze*, (ii) *nationale Regierungsorganisationen*, (iii) *Strategien nachhaltiger Entwicklung*, (iv) *ökonomisch-ökologische Instrumente* und (v) *freiwillige wie informative Instrumente* - wurde ein Index der umweltpolitischen Institutionalisierung entwickelt, der die Jahre 1960 bis 2010 abdeckt und von 0 (keine Instrumente wurden implementiert) bis 5 kodiert wurde. In einer erweiterten Version, die sich für die Anwendung in TSCS-Analysen besser eignet (siehe dazu Jahn 2016), sind die Werte zwischen 0 und 1 standardisiert worden.

Die in Anhang A15 aufgezeigte Entwicklung des umweltpolitischen Institutionalismus unterstreicht den Bedeutungszuwachs ökologischer Instrumente in der Umweltpolitik. Bis ins Jahr 1967 spielten derartige Instrumente in der Regierungsplanung keine Rolle, erst ab den 1970er Jahren etablierten sich exponentiell die politischen Instrumente, so dass im Jahr 2010 der Index im Mittel einen Wert von über 0,8 angenommen hat (Anhang A16). Dabei hat die Entwicklung in den Ländern mit den niedrigsten Werten, Spanien, Neuseeland und Italien, erst 15 Jahre versetzt eingesetzt. Dafür war die Entwicklung anschließend beinahe parallel zur umweltpolitischen Ausgestaltung in den Ländern, die viele Instrumente implementierten. Dabei kann besonders die Dekade 1990 als intensive Ausbauphase beschrieben werden (Anhang A14). Im Schatten der Diskussion um die Klimaveränderung, das Reaktorunglück von Tschernobyl und dem Schrumpfen des Ozonlochs bauten die Länder ihre Umweltpolitik massiv aus, so dass ab den 2000er die drei umweltaktivsten Länder (Schweden, Niederlande, Dänemark) beinahe alle Instrumente einsetzten. Der Variationsindex (Anhang A17) verdeutlicht diese Befunde nochmals. Lag der Wert Anfangs um die 1,5, so reduzierte er sich rapide auf einen Wert von unter 0,5 und lag ab Mitte der 1990er Jahre gar bei unter 0,25. Diese Daten zeichnen ein Bild der Konvergenz im Bereich umweltpolitischer Institutionalisierung, die konträr ist zur Annahme der *race to the bottom-These*, wonach Staaten die Regulierung der Umwelt auf Kosten der eigenen Wettbewerbsfähigkeit vernachlässigen bzw. missachten. Vielmehr zeigt sich in beinahe allen Ländern - die USA sind der einzige Abweichler - eine Form der S-Kurve (Anhang A18), was ein Kennzeichen der Diffusionsforschung sein kann (Jahn 2015).

5. Arbeitsschritt

Ein nächster Arbeitsschritt in der empirischen Vorbereitung bestand in der Operationalisierung von Diffusion. Die Erfassung von Kausalmechanismen stand vor der Herausforderung, dass Diffusion ein Interaktionsprozess zwischen Untersuchungseinheiten ist und anders als in funktionalen Erklärungen nicht durch eine einheitliche unabhängige Variable wiedergegeben werden kann. Wissenschaftliche Arbeiten nutzen zur Operationalisierung Proxies oder Stellvertreterkonzepte. Obgleich die oben dargestellten Kausalmechanismen mit den Operationalisierungen von Diffusionsprozessen übereinstimmen sollten, ist dies in der empirischen Forschung nicht der Fall. Im Folgenden werden die gebräuchlichsten Operationalisierungen von Diffusion zusammengetragen und dargestellt, welche Diffusionsmechanismen ihnen zugewiesen werden können und welche das Forschungsprojekt anwendete.

Im Mittelpunkt der ersten Generation von Diffusionsstudien, deren Entwicklung in den 1960er und 1970er Jahren stattfand, standen *Nachbarschaftseffekte* (Makse/Volden 2011: 112). Der klassische Indikator bildet die Verbundenheit über die geographische Nähe und den räumlichen Kontakt zwischen politischen Einheiten ab. Hinter der Verwendung steht die Annahme,

dass mit einer geringen Entfernung ein starker Einfluss auf die Übernahme von Politiken einhergeht (Putnam 1967; Ross/Homer 1976). Um diese Wirkungsweise abzubilden, greifen Studien sowohl auf die Länge der gemeinsamen Grenze als auch auf die Distanz zwischen Hauptstädten zurück oder erfassen, ob Länder gemeinsame Grenzen besitzen (Beck et al. 2006). Der zugrundeliegende und zentrale Gedanke, der Gültigkeit für die gesamte Diffusionsforschung besitzt, stammt aus dem ersten Gesetz der Geographie: „[E]verything is related to everything else, but near things are more related than distant things“ (Tobler 1970: 236).

Für die Forschungsfrage erfasste das Projekt die Globalisierungseffekte unter dem Begriff der Ansteckung. Operationalisiert wurden dabei einmal die direkten Nachbarn (DiffNei), die Nähe gewichtet über die gemeinsame Grenzlänge (DiffBor) und eine inverse Gewichtung der Entfernung der Hauptstadtentfernung (DiffInv). Wenngleich physische Nähe ein einfacher Indikator für den Konnektor von Untersuchungseinheiten darstellt, erscheint die Zuordnung zu einem kausalen Mechanismus doch undurchsichtig und komplex. So stellen Magetti und Gilardi (2014) anhand einer Analyse von 121 Studien fest, dass die räumliche Lage, neben der Ähnlichkeit von Untersuchungseinheiten, der am häufigsten verwendete Konnektor ist (Anhang A19). Eine einheitliche Anwendung erfolgt in den untersuchten Studien nicht. In anderen Studien wiederum wird geographische Nähe als Indikator für Wettbewerb genutzt. In ihrer Arbeit zeigen Beck et al. (2006) Möglichkeiten auf, um Kausalmechanismen über den räumlichen Aspekt hinaus zu operationalisieren. Sie erweitern den Begriff der physischen Nähe um soziale und ökonomische Dimensionen. Im Forschungsprojekt übertragen auf die Mechanismen Zwang, Wettbewerb, Lernen bzw. Nachahmen.

Der Mechanismus Lernen wird demgegenüber in den meisten Fällen durch den Erfolg der jeweiligen Politik abgebildet. Länder bewerten eine Maßnahme im Verhältnis zu bisherigen Politiken. Mögliche Anreize ergeben sich aus dem Erfolg bei der Anziehung von ausländischen Investments oder aus der Performanz eines Landes bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Länder oder Bundesstaaten treten als „Laboratorien“ (Shipan/Volden 2008: 841; Volden 2006) politischen Handelns auf. Erfolgreiche und effektive Ansätze setzen Anreize, den Beispielen zu folgen. Operationalisierungen nutzen als Indikator die erfolgreichsten Fälle unter den betrachteten Ländern, die als zusätzliche Variable in eine Analyse einfließen. Die Einschätzung der Leistungsfähigkeit hängt dabei davon ab, welchen Aspekt Länder stärker gewichten. Einige legen besonderen Wert auf die politischen Auswirkungen einer Veränderung und für andere geht es um die Politik per se. Eine fundierte theoretische Begründung ist deshalb unabdingbar (Gilardi 2010).

Die populärste Methode, um Diffusionsmechanismen abzubilden, besteht in der Erfassung der strukturellen und ideologischen Ähnlichkeit. Viele Studien, die den Mechanismus des Nachahmens abbilden wollen, gehen davon aus, dass mit einer Zugehörigkeit von Ländern zu einer gemeinsamen Familie der Nationen (Castles 1993, 1998; Obinger/Wagschal 2001) und der gemeinsamen Geschichte (legacy) eine Verfestigung bzw. Anpassung ähnlicher Normen und Werte verbunden ist. Die Ausbreitung des Neoliberalismus etwa hat seinen Ausgangspunkt in den angelsächsischen Ländern, allen voran in Großbritannien und den USA, genommen, und zog erst später in anderen Ländern in die Programmatik der politischen Akteure ein (Jahn/Henn 2000). Im Bereich der Umweltpolitik gehen ähnliche Umweltregime auf diesen Einfluss zurück

und auch in der Sozialpolitik prägen Länderfamilien die verschiedenen Regime (Castles/Mitchell 1993; Esping-Andersen 1990; Jahn 2014c). Diffusion durch Nachahmung und Lernen lässt sich empirisch in Aggregatdatenanalysen nur schwer unterscheiden. Daher erfaßte das Projekt Lernen und Nachahmen ohne einen speziellen Spatial Lag der Families of Nations (DiffFoN). Vielmehr wurde den Länderfamilien¹⁴ ein Durchschnittswert, ohne das Fokusland einzuschließen, zugewiesen (Brune/Guisinger 2007).

Für den Mechanismus Wettbewerb zeigen Cao und Prakash (2010; 2012) darüber hinaus, dass strukturelle Ähnlichkeiten als Indikator angewendet werden können. Sobald Länder die gleichen Absatzmärkte über gemeinsame Produktgüter erschließen, treten sie als direkte Konkurrenten auf und beeinflussen die Anpassung nationaler Umweltpolitiken. Das Forschungsprojekt hat dafür die Methode der beiden repliziert und eine Spatial Lag für den Mechanismus Wettbewerb erzeugt (DiffStruc), der über den gesamten Untersuchungszeitraum geht und über den Antrag hinausreicht. Eine Alternativerklärung für Wettbewerb könnte eine Operationalisierung über Handelspartnerschaften ermöglichen. Sie bezieht sich auf die Interdependenz, die aus dem Handelsfluss zwischen Einheiten resultiert (Schmitt/Obinger 2013: 125). Jahn (Jahn 2006, 2009b) gewichtet die Export- und Importmengen zwischen den Staaten am Welthandel und zeigt, dass die Sozialausgaben eines Landes von den Politiken der wichtigsten Handelspartner abhängen. Auch dieses Projekt verwendete den Indikator (DiffTrade), der in empirischen Studien nicht unumstritten ist. In der Meta-Analyse von Maggetti und Gilardi (2014) verwenden jedoch nur fünf der 25 Studien, die Wettbewerb untersuchten, diesen Indikator. Ein Grund ist die Tatsache, dass geographische Nachbarn wegen kurzer Handelswege stärker in einen wirtschaftlichen Austausch geraten als Länder, die am anderen Ende der Welt liegen. Wie problematisch die Zuordnung räumlicher Verbundenheit ist, hat der Nachbarschaftseffekt bereits gezeigt.¹⁵

Die Aufnahme von Politiken besonders einflussreicher Länder dient bei der Konzeptualisierung von Zwang als ein Ansatzpunkt, um Diffusion zu erfassen. Duane Swank (2006) hat in diesem Zusammenhang etwa die Politik der USA als Konnektor für die abhängige Variable in anderen Ländern benutzt, um die Diffusion von Steuerpolitik zu untersuchen. Um die Diffusion durch Zwang zu erfassen, wurde einmal die ungewichtete und zum anderen der mit dem Handelsaustausch gewichteten Wert der abhängigen Variable der USA als unabhängige Variable in das Modell aufgenommen (DiffCoeUS / DiffCoeUSw). Ähnlich wurde mit der EU bzw. der NAFTA verfahren, wobei für die EU und NAFTA-Länder der Durchschnittswert der abhängigen Variablen ohne das Fokusland in das Modell eingeht. Auch hier wird die Variable einmal ungewichtet und zum anderen gewichtet nach Handelsbeziehungen zur EU bzw. NAFTA erfasst (DiffCoeEU / DiffCoeEUw bzw. DiffCoeNAFTA / DiffCoeNAFTAw).

¹⁴ Japan wurde bewusst keinem Ländertyp zugeordnet und erhält keine DiffFoN-Variable.

¹⁵ Während des Forschungsaufenthalts in Ann Arbor, MI bei Prof. Dr. Robert J. Franzese, Jr. wurde das Thema diskutiert, wobei der Gedanke geäußert wurde, dass letztendlich jedem Mechanismus zu einem gewissen Teil Räumlichkeit inhärent ist.

6. Arbeitsschritt

Um die erweiterte Zielsetzung des Forschungsvorhabens zu erreichen, bestand ein sechster Arbeitsschritt darin, die Untersuchungsmodelle um nationalstaatliche Faktoren und Kontrollvariablen zu erweitern. Nur dadurch ergab sich die Möglichkeit, den Einfluss der Globalisierung im Verhältnis zu anderen Erklärungsfaktoren einzuschätzen (Weiss 2003).

Tabelle 2: Zusammenfassung der unabhängigen Variablen

<i>Variable</i>	<i>Bezeichnung</i>	<i>Richtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Spezifische Variablen</i>			
Sozialpolitik	Arbeitslosigkeit	Arbeitslosenquote in %	(Armingeon et al. 2015)
	Rentneranteil	Anteil Bevölkerung >65 Jahre	
Steuerpolitik	Verschuldung	Staatsverschuldung als % am BIP	(Armingeon et al. 2015)
Umweltpolitik	Klima	Kältephasen in Monaten	(Jahn 2013)
<i>Nationalstaatliche Faktoren</i>			
Sozioökonomische Variable	Wirtschaft	BIP Wachstum in %	(Armingeon et al. 2015)
Parteiendifferenzhypothese	Parteien	Parteipositionen (+= links; -=rechts)	(Jahn et al. 2014)
	Rechts Reg.	% Rechter Parteien im Kabinett	(Armingeon et al. 2015)
	Linke Reg.	% Linker Parteien im Kabinett	(Armingeon et al. 2015)
Politische Institutionen	Vetospiele	Vetospiele Index	(Jahn et al. 2014)
	Demokratie	Effektive Parteien	(Armingeon et al. 2015)
	Korporatismus	Korporatismusgrad (+=stark korporatistisch; -= schwach=)	(Jahn 2014a)
	Gewerkschaften	% Gewerkschaftmitglieder	(Armingeon et al. 2015)
<i>Kontrollvariablen</i>			
Schocks	Länderdummies	fixed effects	
	EU	Dummy (1=EU Mitglied)	

Quelle und Erklärung: eigene Darstellung.

Ihre Auswahl orientierte sich an den üblichen Ansätzen zur Erklärung der Staatstätigkeit (Schmidt et al. 2007). Im Wesentlichen konnte ein umfangreicher Datensatz erstellt werden, der sozioökonomische Variablen (Industrialisierung, ökonomische Lage) genauso berücksichtigte, wie die Parteidifferenzhypothese (Parteien und Regierungen) und den Ansatz politischer Institutionen (Vetospiele, Demokratiemuster, Korporatismusgrad). Alle Variablen decken den gesamten Zeitraum ab. Datenlücken, wie bei der Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder, konnten durch Anwendung des Imputationsprogramms Amelia II (King et al. 2001) geschlossen werden, wodurch ein umfangreicher Datensatz von 1960 bis 2010 entstand. Hinzu kamen noch politikfeldspezifische Variablen wie Arbeitslosenanteil und Rentneranteil in der Sozialpolitik,

die Staatsverschuldung¹⁶ in der Finanzpolitik und die klimatischen Bedingungen in der Umweltpolitik. Zur Kontrolle von gemeinsamen Schocks wurden Länder- als auch Jahresdummies verwendet (fixed effects). Ein Einfluss der EU wurde durch die Aufnahme einer Dummyvariablen kontrolliert.

Das methodische Vorgehen orientierte sich an der vierten Generation der Modellierung internationaler Einflüsse, in der diffusionale Effekte von internationalen Einflüssen und ihre Wirkung auf unterschiedliche politische Institutionen und Länder in die klassischen Regressionsmodelle integriert werden (Simmons/Elkins 2004; Beck et al. 2006; Jahn 2009a). Diese Modellierung der internationalen Einflüsse rückt von einer funktionalen Betrachtung ab und erfasst internationale Interaktion als Diffusion. Durch diese Spezifizierung wird die in funktionalistischen Analysen unterstellte Prämisse der Unabhängigkeit von Fällen (Ländern) aufgegeben und eine realistische Perspektive eingenommen, die die Interaktion zwischen den Ländern in die Analyse aufnimmt. Formell stellt sich die Modellierung eines solchen Zusammenhangs wie folgt dar:

$$y_{it} = \xi_{it}\beta_1 + \eta_t\beta_2 + (\xi_{it} * \eta_t)\beta_3 + \rho \sum_{j \neq i} \omega_{ij} y_{j,t} + \varepsilon_{it} \quad (1)$$

Im Gegensatz zu anderen Gleichungen werden die Policies anderer Länder ($y_{j,t}$) zur Erklärung der abhängigen Variablen ($y_{i,t}$) eines jeden Landes ($i \neq j$) herangezogen. Dabei stellt ω_{ij} den Grad der relativen Verbindung von j zu i dar. Die Verbindung wurde in dem Projekt über die Mechanismen Zwang, Wettbewerb, Lernen/Nachahmen und Ansteckung gebildet. ρ stellt die Gesamtabhängigkeit der Policy y_{it} von allen anderen durch ω_{ij} gewichteten Policies in den räumlichen Einheiten $i \neq j$ dar. Insbesondere diese Generation der Modellierung internationaler Einflüsse berücksichtigt den Charakter von Globalisierungsprozessen, indem Globalisierung als Diffusion betrachtet und entsprechend behandelt wird (Jahn 2006, 2009b).

7. Arbeitsschritt

Im letzten Arbeitsschritt erfolgte die anschließende Untersuchung, die Aufschluss über die Wirkungsweise und Dynamik der Globalisierung in den drei Politikbereichen geben sollte. Die Modelle gleichen sich darin, dass jedes Modell einen anderen Mechanismus kontrolliert und dabei die gesamten Effekte der Globalisierungsprozesse ablesbar sind. Außerdem wurde der Zeitraum für die Politikfelder aufgeteilt (*split-Modelle* – Anhang A20), so dass die Dynamiken der Mechanismen in der Sozial-, Finanz- und Umweltpolitik messbar wurden.

In der Finanzpolitik unterscheidet die Analyse die beiden Steuerarten Kapital- und Lohnsteuer, weil ihnen theoretisch (siehe Arbeitsschritt 4) ein anderer Zusammenhang zur Globalisierung unterstellt wurde. Anhang A20.3 zeigt, dass für 19 Länder im Zeitraum von 1970-2007 die Mechanismen Wettbewerb (DiffStruc), Ansteckung (DiffBor und DiffInv), sowie Zwang (DiffCoeEU und DiffCoeNAFTA) in Anhang A20.4 einen signifikant negativen Einfluss auf die Lohnsteuer eines Landes besitzen. Die Modelle sind in Anhang A21.2 dokumen-

¹⁶ Die Staatsverschuldung wurde auch in das Modell der Sozialpolitik eingebaut, da die finanziellen Möglichkeiten einen theoretischen Einfluss auf die Ausgabenhöhe im Sozialsektor haben können.

tiert. Einen negativen Zusammenhang erklären Franzese und Hays (2008) mit dem spieltheoretischen Konzept des Trittbrettfahrers, wonach positive Externalitäten wirken, die Staaten dazu veranlassen, andersgerichtet Entscheidungen zu treffen als die mit ihnen verbundenen Nationen. Globalisierung führt in den genannten Prozessen finanzpolitisch dazu, dass Staaten Präferenzen ausbilden, anders zu agieren als ihre geografischen und ökonomischen Nachbarn. Eine mögliche Erklärung beschreibt die Theorie in Arbeitsschritt 4, wonach in der Stärkung des eigenen Standortes wesentliche Anreize zur negativen Diffusion liegen, wie die Mechanismen Wettbewerb oder Ansteckung vermuten lassen. Die Ergebnisse von Zwang (DiffCoeUS) verstärken eine derartige Kausalität, indem darüber hinaus die USA, als Wirtschaftsmacht und Vorbild, mit ihren niedrigen Steuersätzen (Anhang A6) einen positiv signifikanten Einfluss auf die Höhe der Lohnsteuer im Untersuchungszeitraum hat. Nach Franzese und Hays (2008) sowie Brueckner (2003) stehen dahinter negative Externalitäten, die Länder benachteiligen, die nicht direkt eine Anpassung an die Entscheidungen anderer treffen. Während für die Mechanismen Wettbewerb und Ansteckung ein konstanter Globalisierungseffekt messbar ist, entwickelt sich die Wirkung von DiffInv erst im Zeitraum von 1995 bis 2007. Die Wirkungsweise von Zwang (DiffCoeEU|NAFTA|US) weist über die Zeit stabile Zustände auf. Die Zusammenhänge bleiben in jeder Phase unverändert. Neben den Globalisierungsfaktoren bestimmt der Korporatismusgrad eines Landes, die Staatsverschuldung und zum Teil weitere politische Institutionen, in Form von Vetospielern, wie hoch oder niedrig die Steuerquote auf Arbeit ist.

Anders sehen die Erkenntnisse im Bereich der Kapitalsteuer aus (Anhang A20.5 und A20.6). Hier zeigt das Gesamtmodell lediglich für den Mechanismus Zwang (DiffCoeUS, DiffCoeEU und DiffCoeEUw) einen Einfluss, der positiv signifikant für die USA und heterogen für die EU ausfällt. Ein ungewichteter Wert (DiffCoeEU) der EU eröffnet die Vermutung des Trittbrettfahrens gegenüber allen EU-Ländern, während der gewichtete Wert (DiffCoeEUw) zeigt, dass auch die wichtigen EU-Partner negative Externalitäten ausüben, ebenso wie die USA. Eine Analyse der Dynamik des Politikfeldes ergibt, dass Globalisierung zunächst bis ins Jahr 2000 neben dem Mechanismus Zwang über Ansteckung (DiffBor) wirkte. Mit dem Eintritt ins neue Millennium modifizieren sich die Ergebnisse und die Mechanismen Wettbewerb (DiffTrade) und Lernen/Ansteckung (DiffFoN) zeigen Signifikanzen auf, die auf strategisches Verhalten schließen lassen (Anhang A21.2), da beide Mechanismen negativ sind. Ansteckung bleibt auch ab dem Jahr 2000 eine Erklärungsgröße, allerdings nicht mehr über die Grenzlänge, sondern über die Hauptstadtentfernung gemessen (DiffInv). Globalisierungsprozesse dominieren in der Besteuerung des nationalen Kapitals die Erklärungsvariablen. Neben den genannten Globalisierungsprozessen ist der Korporatismusgrad ein relevanter Faktor im Gesamtmodell. In split-Modellen zeigt sich darüber hinaus, dass erst nach 2000 neben Korporatismus auch die Vetospieler und linke Regierungen die Steuerquote prägen.

Die Sozialpolitik (Anhang A20.1 und Anhang A20.2) ist mit Abstand der heterogenste Politikbereich, da im Gesamtmodell (Anhang A21.1) die größte Zahl an Globalisierungsprozessen in den Jahren 1962-2010 eine signifikante Wirkung besitzt. Positiv signifikant sind die Mechanismen Wettbewerb (DiffTrade), Lernen/Nachahmen (DiffFoN), Ansteckung (DiffNei, DiffBor) und Zwang (DiffCoeUS, DiffCoeEUw). Die Mechanismen Wettbewerb (DiffStruc) und Zwang (DiffCoeUSw, DiffCoeEUw und DiffCoeNaftaw) wirken negativ auf die Sozial-

ausgaben in einem Land (Anhang A20.2). Auf nationaler Ebene spielen vor allem sozioökonomische Faktoren eine erklärende Rolle. Die Arbeitslosenzahlen bestimmen genauso sehr die Sozialpolitik wie die Wirtschaftskraft und der Rentneranteil. Auch die Gewerkschaftsstärke ist ein signifikanter Faktor. Die genauere Untersuchung der Mechanismen zeigte allerdings, dass es eine zeitliche Logik hinter dem Wirkungsgrad der Mechanismen gibt. Wie bereits in den vorherigen Politikfeldern ist Zwang ein recht stabiler Prozess. In der Zeit vor 1996 wird auch die Variable DiffCoeNafta negativ signifikant (Anhang A20.2). Die Dynamik setzt mit dem Jahr 1996 ein. Vorher sind beinahe alle Prozessvariablen signifikant, nur DiffInv nicht. Danach für den Zeitraum von 1996 bis 2010 wirkt nur noch Wettbewerb (DiffStruc) negativ und Ansteckung (DiffBor) positiv. Hier finden sich zwei klassische Argumente wieder (Arbeitsschritt 4). Länder haben aus einer ökonomischen Perspektive ein Interesse daran, Trittbrettfahrer zu sein, um in der internationalen Konkurrenz Vorteile zu erzielen. Sozialstandards diffundieren unter Grenznachbarn eher, da es immer die Gefahr der Abwanderungen gibt oder aber ähnliche Problemlagen vorherrschen. Die nationalstaatlichen Faktoren bleiben im Zeitverlauf sehr stabil und verdeutlichen den starken Effekt sozioökonomischer Variablen.

Die Umweltpolitik (Anhang A21.3), obschon als recht junges Politikfeld eingeführt, weist in der Umweltperformanz genauso Globalisierungseinflüsse auf wie die Steuer- und Sozialpolitik. Die umweltpolitische Performanz der hoch industrialisierten Länder wird über den gesamten Untersuchungszeitraum durch die Mechanismen Lernen/Nachahmen (DiffFoN) und durch Ansteckung (DiffNei , DiffBor , DiffInv) positiv beeinflusst (Anhang A20.7). Hierbei ist besonders auffällig, dass es keinen Unterschied macht, welche Gewichtungsmatrix verwendet wurde. Sowohl die direkte Nachbarschaft, wie auch die Grenzlänge und Hauptstadtentfernung zeigen positive Zusammenhänge auf die ökologische Performanz in einem Land. Neben den Diffusionsvariablen sind in einigen Modellen die nationalstaatlichen Variablen des Korporatismus und der Parteien als Determinanten der Umweltpolitik in der Outcome-Dimension aktiv (Anhang A21.3). Der Mechanismus Zwang (Anhang A20.8) rundet den internationalen Einfluss auf Entwicklung im ökologischen Politikfeld ab. Es spielt keine Rolle, ob Zwang gewichtet oder ungewichtet wird, alle (DiffCoeUS/w , DiffCoeEU/w , DiffNaftaw), bis auf das ungewichtete NAFTA spatial lag (DiffCoeNafta), beeinflussen die Performanz. Dabei weisen die Operationalisierungen große Heterogenität auf, und unterstreichen nochmals die Infragestellung der Sinnhaftigkeit diese Art der Messung. Die Analyse der Dynamik zeigt, dass Umweltpolitik, anders als erwartet, einem recht konstanten Einfluss der Mechanismen ausgesetzt ist. Lediglich für den Zeitraum um die Finanzkrise erweitert der Mechanismus Wettbewerb (DiffTrade) die signifikanten Globalisierungsprozesse. Ab 2006 wird die umweltpolitische Performanz auch positiv durch den Wettbewerb beeinflusst. Der letzte Zwangmechanismus (DiffCoeNafta) ändert in dieser Periode seine Bedeutung und wird negativ signifikant. Die Ergebnisse zeigen, wie entscheidend zum einen die soziale Komponente der Umweltpolitik ist, aber auch, dass es starke räumliche Faktoren gibt.

Mit der Veränderung der Operationalisierung der Umweltpolitik, verändern sich auch die Einflussfaktoren und deren Wirkungsdynamiken (Anhang A21.3). Über den Zeitraum von 1961 bis 2010 wird die ökonomische Institutionalisierung positiv durch die Mechanismen Wettbewerb (DiffTrade) und Ansteckung (DiffBor , DiffInv) beeinflusst (Anhang 20.9). Auch

Zwang (Anhang 20.10) spielt eine erklärende Rolle (DiffCoeUSw, DiffCoeEU/w, DiffCoeN-aftaw), wobei hierbei datentechnische Schwierigkeiten entstehen. Der Output-Index enthält eine Trendfunktion, die vom Statistikprogramm STATA wahrgenommen wird, und, um die Analyse zu berechnen, Variablen herauslässt, die systematischen Einfluss ausüben. Daher berechnet das Programm den Mechanismus DiffCoeUS nicht. Neben den Diffusionsvariablen ist vor allem die EU eine Determinante des ökologischen Institutionalismus. Eine Betrachtung der Dynamik zeigt, dass das Politikfeld und mit ihm die Output-Seite, besonders bis in die 1980er Jahre hinein, internationalen Einflüssen unterlag. Im Zeitraum 1961 bis 1988 ist neben den bereits oben erwähnten Mechanismen auch der Wettbewerb ein Grund für den Ausbau der Umweltpolitik. Der Mechanismus Zwang bleibt über die beiden Zeitperioden ohne Einfluss. Kritisch anzumerken ist hierbei die trendverlaufende Datenstruktur. Die Ergebnisse lassen vermuten, dass die Erfassung der ökologischen Instrumente in der Form zu Datenartefakten führen und die Untersuchungsergebnisse zur Outcome-Dimension robuster sind (Anhang 21.3).

Gegenüber dem Projektantrag fanden einige Erweiterungen und Anpassungen mit der Verlängerung des Projektes statt. Abweichend vom ursprünglichen Plan hat sich gezeigt, dass sich der Mechanismus Wettbewerb elaborierter über die Operationalisierung nach Cao (2010) erfassen lässt. Die geplante Umsetzung des Mechanismus Aushöhlung wurde theoretisch nicht gestützt, da Arbeiten wie die von Maggetti und Gilardi (2014) oder Graham mit Kollegen (2013) zeigen, dass dies kein theoretisch unterfütterter Globalisierungsprozess ist. Die Hoffnung auf eine Messung der Diffusion höherer Ordnung konnte leider nicht erfüllt werden, da Franzese und Hays keine Analyseroutine veröffentlichten. Zwar haben sich in dem Forschungsaufenthalt interessante Einblicke geboten, denen aber keinerlei Robustheitstest folgten, wodurch auf die Anwendung verzichtet werden musste. Das Projekt lies für die eigene Entwicklung einer Routine im Statistikprogramm STATA keine Kapazitäten und bleibt ein spannendes Forschungsprojekt für die Zukunft, da gerade in der Multiplikation der Globalisierungsprozesse auf nicht direkt benachbarter Länder großes Potential steckt, siehe dazu Jahn und Stephan (2015). Dennoch wollen wir uns für die Möglichkeit bei Robert J. Franzese bedanken, dass er uns bei der Analyse und der theoretischen Ausgestaltung wertvolle Impulse gab und Einblick in seine Methoden gewährte. Zu den in Gliederungspunkt 1.6 sollen noch weitere Papiere in referierten Fachzeitschriften eingereicht werden. Inhaltlich betrifft dies vor allem die Anwendung der Mechanismen in ein Y-zentriertes Forschungsdesign. So arbeitet Herr Stephan in seiner Promotion an der Bedeutung der Globalisierungsprozesse für die Transformation nationaler Energiesysteme.

2.3 Darstellung der erreichten Ergebnisse und Diskussionen

Nach Abschluss des Projekts liegen für die Staatstätigkeitsforschung umfangreiche Daten vor, um die Wirkungsweise und Dynamik der Globalisierung in drei Politikbereichen zu analysieren. Dabei konnten die in der Literatur für wesentlich gehaltenen Kausalmechanismen der Diffusionsforschung gemessen werden und im Hinblick auf ihre Bedeutung in der Sozial-, Finanz- und Umweltpolitik untersucht werden. Theoretisch erzeugte das Projekt einen ganzheitlichen Ansatz, der verdeutlicht, dass Politikentscheidungen schon immer als Konsequenz der wechselseitigen Abhängigkeiten unter Ländern fungierten. Die Resultat stützen die Vermutung, dass

die Mechanismen weder eine gleiche Wirkung in den Politikbereichen noch über die Zeit haben. Das heterogenste Bild liefert dabei die Sozialpolitik, die im Zeitraum von 1962-2010 durch ganz unterschiedliche Globalisierungsprozesse geprägt wurde, die von der Operationalisierung abhängig sind. So werfen die Ergebnisse die Frage in den Raum, ob es theoretisch sinnvoll ist, Kausalmechanismen allgemein zu erfassen oder ob nicht mit jedem Politikfeld auch eine spezifische Verbindung zu anderen Ländern unterstellt werden sollte. Pauschale Hypothesen sind über das Konzept der Kausalmechanismen nur schwer zu testen. Der internationale Steuerwettbewerb führte erst spät in der Besteuerung des Kapitals zu internationalen Effekten, die auf ein strategisches Verhalten schließen lassen, während die Lohnsteuer weitgehend konstant durch Globalisierung gestaltet wird. Die Umweltpolitik hängt dabei von der Operationalisierung ab. Weist die umweltpolitische Performanz einen recht stabilen internationalen Einfluss auf, der sich durch die Finanzkrise noch einmal zu verschärfen scheint, wurden der ökologische Institutionalismus bis Anfang der 1990er Jahre durch Globalisierungsprozesse beeinflusst und folgte von da an anderen Wirkungsfaktoren. Die Zielsetzung, den Grad und die Wirkungsweise internationaler Einflüsse im Zeitverlauf zu erfassen, zeigt, dass Globalisierungsprozesse eine wesentliche Erklärungsgröße politischer Entscheidungen sind. In der Finanzpolitik entfaltet sich diese Bedeutung für die Kapitalsteuer zwar erst zum Ende des Untersuchungszeitraums, dafür dann aber recht intensiv. Dennoch werfen die empirischen Erkenntnisse des 7. Arbeitsschritts vor allem theoretische Fragen für die Diffusionsforschung auf.

Diffusion zwischen Untersuchungseinheiten stellt einen relativ neuen Forschungszweig in der vergleichenden Policy-Forschung dar, der die Ontologie funktionaler Erklärungsmodelle durch eine relational-diffusionale Perspektive erweitert. Dieses Projekt hat die innovativen Analyseverfahren der quantitativ-vergleichende Politikforschung umgesetzt, um die Interdependenz von Untersuchungseinheiten zu erfassen. Was der Untersuchung fehlt, sind qualitative Untersuchungsdesigns, die wesentliche Aspekte von Diffusionsprozessen weiter ausleuchten können, welche allerdings in diesem Zusammenhang keine methodologischen Innovationen hervorgebracht haben, die nicht auch in anderen Bereichen der fallspezifischen Analyse angewendet werden (Jahn 2015). Wenngleich Diffusionsprozesse in der Literatur hinreichend modelliert wurden, ist die operative Umsetzung für empirische Studien noch verbesserungswürdig, da vor allem die konkrete Messung von Diffusion noch keine einheitliche Form aufweist. Vielmehr zeigt ein Überblick über angewandte Studien (Maggetti/Gilardi 2014), dass gleiche Operationalisierung für konzeptuell divergente Mechanismen verwendet werden. Etwas konsistenter ist die Indikatorenwahl für die kausalen Mechanismen Lernen und Wettbewerb. Während Studien zum Mechanismus Lernen oft den Erfolg einer Maßnahme bzw. Politik betrachten, ist der Zusammenhang zwischen Wettbewerb und den Ähnlichkeiten von Untersuchungseinheiten besonders stark (siehe auch Graham et al. 2013: 684; Maggetti/Gilardi 2014). Der Indikator Nachbarschaft ist ambivalent, da benachbarte Staaten sowohl im Wettbewerb zueinander stehen, voneinander lernen, als auch einander nachahmen können. Um dieses Problem zu lösen, sollte sich die Forschung stärker auf Indikatoren für bestimmte Kausalmechanismen einigen und für andere neue Konzepte entwickeln. Wie die Ergebnisse des Projekts belegen, zeigt auch die Operationalisierung von Zwang noch Verbesserungspotential, da auch hier weitere Forschung nötig ist, um innovative Lösungen zu finden.

Des Weiteren fehlen Studien, die die Stufen der Diffusion erfassen. Wenig wissen wir darüber, was Diffusionsprozesse auslöst. Zwar konnte das Forschungsvorhaben die Dynamiken offenlegen, ohne jedoch einen Initialimpuls messen zu können. Dieser Initialimpuls bedarf einer erhöhten Aufmerksamkeit in zukünftigen Untersuchungen. Im nächsten Schritt sollte genauer untersucht werden, wie Politiken in ein politisches System einsickern. Wer sind im konkreten Fall die Akteure, die als Gatekeeper, Promoter bzw. Vetospieler und firewalls fungieren? Zwar existieren Studien, die sich dieser Problematik annehmen (Börzel/Risse 2003; Jahn/Stephan 2015; Neumayer/Plümper 2012), aber Weg zu einem Stufenmodell der Diffusion ist noch weit. Auch muss die Zeitverzögerung von Diffusion genauer erfasst werden. Die hier angewandte t-1 Praxis der quantitativen Forschung ist oftmals nicht angebracht. Diffusionsprozesse sind langwierig und abhängig von regionalen und globalen Kontexten. In diesen Zusammenhang gehört auch der Aspekt, dass der Diffusionsprozess nicht immer horizontal verläuft (über gleiche Untersuchungseinheiten wie etwa Länder), sondern auch vertikal (etwa von der nationalstaatlichen Ebene auf die regionale Ebene und dann eventuell wieder auf die zentrale Ebene). Prinzipiell müssten in einem Phasenmodell der Diffusion mehrere Beobachtungen für die Kausalkette erfasst werden. In diesem Bereich ist die qualitative Forschung besonders gefordert.

Der letzte Punkt, den die empirischen Erkenntnisse angestoßen haben, ist vor allem wichtig, wenn Diffusionsprozesse nicht in allen Untersuchungseinheiten dem gleichen Kausalitätsmechanismus unterliegen. So kann eine Reform in eine Reihe von Ländern durch Wettbewerb diffundieren, in andere Länder dagegen durch Nachahmung. In diesem Fall wäre ein kontextualisierter Vergleich angebracht, wie er in anderen Forschungsbereichen vorgeschlagen wurde (Locke/Thelen 1995). Ein spezifischer Fokus ist auch dann notwendig, wenn man davon ausgehen kann, dass Diffusionsmechanismen miteinander verbunden sind (Cao 2010). Etwa kann ein Land lernen, wie es unter konkurrierenden Ländern Wettbewerbsvorteile erlangt (Ward/John 2013). Die sequenzielle oder synchrone Verflochtenheit von Diffusionsmechanismen ist bei weitem noch nicht hinreichend untersucht worden.

Wie in anderen Bereichen der Policy-Forschung ergänzen sich quantitative und qualitative Forschung im Bereich der Diffusionsforschung. Mit dem quantitativen Forschungsprojekt konnte die Existenz, Relevanz und grobe Ausrichtung der Kausalmechanismen von Diffusionsprozessen in der Sozial-, Finanz- und Umweltpolitik erfasst werden. Es zeigte sich ein uneinheitliches Wirkungsbild, dass von Dynamiken in der Kapital- und Wohlfahrtspolitik geprägt war. Des Weiteren hat die Arbeit das Argument der *Denationalisierung* entkräftet, obwohl es nicht das Ziel war, die abhängigen Variablen gänzlich zu erklären, spielen für das Verständnis der Staatstätigkeit immer noch nationalstaatliche Faktoren eine wichtige Rolle, wodurch der Nationalstaat nicht an Bedeutung verloren, vielmehr die vergleichende Analyse an Komplexität gewonnen hat.

2.4 Stellungnahme zur wissenschaftlichen Verwertbarkeit

Die im Forschungsprojekt betriebene Grundlagenforschung bietet inner- und außerhalb der Wissenschaft vielfältige Anwendungsbereiche. Bereits während der Forschungsarbeiten gingen mehrfach Anfragen von Politikwissenschaftlern ein, die auf eine Nutzung von Datenbeständen und fachlicher Expertise abzielten. Für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

konnten die erhobenen Daten in zahlreichen Abschlussarbeiten verwendet werden und stehen für die weitere Auswertung zur Verfügung.

2.5 Projektmitarbeiter und Kooperationspartner

Im gesamten Projekt wurden vier Mitarbeiter und zwei Hilfskräfte beschäftigt. Kontinuierlich arbeitete Sebastian Stephan im Forschungsprojekt. Er war auch im Jahr 2012 zum Forschungsaufenthalt am Center for Political Studies in Ann Arbor, Michigan USA, wo er die Gelegenheit hatte, mit Prof. Robert J. Franzese zusammenzuarbeiten und das Projekt einem internationalen Publikum vorzustellen. Für diese kollegiale Kooperation danken wir Prof. Franzese sehr. Frau List war ebenso wie die Hilfskräfte Konrad Rux und Tillmann Görig an der Datenerhebung beteiligt. Larissa List arbeitet nun in der freien Wirtschaft in Berlin und die beiden Studenten wollen aus dem Projekt heraus ihren Master an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald erlangen. Weiter wurden in der Zeit Thomas Behm, jetzt in der Politik, und Stefanie Korte beschäftigt, die das Projekt konzeptuell bereichert haben.

3. Zusammenfassung

Das Forschungsprojekt zur Wirkungsweise und Dynamik der Globalisierung zielte auf die Modellierung von Diffusionsprozessen in hoch entwickelten Industriegesellschaften und sollte weniger feststellen, ob Nationalstaaten oder Globalisierungseinflüsse dominieren, sondern vielmehr den Grad und die Wirkungsweisen internationaler Einflüsse im Zeitverlauf erfassen und dadurch differenzierte Aussagen ermöglichen. Dafür wurden drei Politikfelder, denen in der klassischen Globalisierungsdebatte unterschiedliche Beeinflussungen durch internationale Faktoren unterstellt werden, herangezogen. Für die Sozialpolitik lagen Daten von 1960 bis 2010 vor, für die Steuerpolitik auf Grund schwieriger Datenlagen von 1970 bis 2007 und die Umweltpolitik wurde auf zwei Ebenen untersucht, deren Datengrundlage auf Outcome-Seite von 1980 bis 2010 und auf Output-Seite von 1960 bis 2010 reichten. Die angewendete Methode entsprach den Verfahren der modernen Aggregatanalyse mit gepoolten Datensätzen. Die Herausforderung, wie es sich im Verlauf der Studie herausstellte, lag in der richtigen Operationalisierung der Diffusionsprozesse, da das Forschungsprojekt in eine Zeit zahlreicher neuer Erkenntnisse im Bereich der Diffusionsforschung fiel und diese neuen Strömungen eingebaut wurden, wie etwa die strukturelle Äquivalenz als Proxy des Wettbewerbs zeigt. Theoretisch leistet dieses Forschungsvorhaben wichtige Erkenntnisse, die in den jeweiligen Publikationen der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wurden.

Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass die Politikfelder, gegen die ursprüngliche Erwartung, schon immer in einem engen Zusammenhang zu internationalen Faktoren standen. Besonders die Sozialpolitik wurde über den gesamten Untersuchungszeitraum durch ganz unterschiedliche Mechanismen determiniert und wurde nicht weniger intensiv beeinflusst als die Steuer- oder Umweltpolitik. Die beiden letztgenannten Politikfelder zeigen vielmehr, dass gerade in der letzten Dekade des Untersuchungszeitraums eine Intensivierung der Globalisierungsprozesse in der Kapitalsteuer und umweltpolitischen Performanz stattgefunden hat. Lediglich die Ergebnisse zum Mechanismus Zwang konnten die Hoffnungen einer adäquaten Messung nicht erfüllen. Hier scheint noch viel Forschungspotential zu liegen, da die Ergebnisse oft sehr heterogen und theoretisch wenig gestützt waren. Besonders die Abweichung zwischen der Operationalisierung des EU-Zwangs in gewichtet und ungewichtet lässt die Robustheit dieser Erkenntnisse mit einem Fragezeichen zurück.

Das Projekt konnte seine gesetzten Ziele dahingehend erreichen, dass zum einen ein starkes theoretisches Argument für die Inklusion der Interdependenz in die Erforschung nationaler Staatstätigkeit gegeben wurde. Die Datenanalyse unterstrich, dass die Ausgestaltung der nationalstaatlichen Kompetenz immer auch auf eine wechselseitige Abhängigkeit zu anderen Akteuren zurückgeführt werden muss. Auf der anderen Seite zeigen die Ergebnisse noch viel Forschungspotential auf, welches in neueren Studien zu untersuchen ist. Besonders das Zusammenspiel der einzelnen Mechanismen verlangt nach einer starken theoretischen Fundierung und einer Anwendung in der quantitativen Forschung. Das vorliegende Projekt liefert für derartige Vorhaben gute Ausgangspunkte, da es zeigt, dass die Wirkungsweisen und der Grad der internationalen Faktoren nicht nur sehr vom Politikfeld abhängen, sondern, und das ist eine wesent-

liche Erkenntnis, scheinen die unterschiedlichen Politikbereiche ganz unterschiedlichen Mechanismen zu unterschiedlichen Zeiten zu folgen, wie sich in den jeweiligen Gewichtungsmatrizen zeigte.

Literatur

- Adams, James, Andrea B. Haupt und Heather Stoll. 2009. What Moves Parties? The Role of Public Opinion and Global Economic Conditions in Western Europe. *Comparative Political Studies* 42: 611-639.
- Allan, James und Lyle Scruggs. 2004. Political Partisanship and Welfare State Reform in Advanced Industrial Societies. *American Journal of Political Science* 48: 496-512.
- Andonova, Liliana B., Edward D. Mansfield und Helen V. Milner. 2007. International Trade and Environmental Policy in the Postcommunist World. *Comparative Political Studies* 40: 782-807.
- Andrews, David M. 1994. Capital Mobility and State Autonomy: Towards a Structural Theory of International Monetary Relations. *International Studies Quarterly* 38: 193-218.
- Anselin, Luc. 2002. Under the Hood Issues in the Specification and Interpretation of Spatial Regression Models. *Agricultural Economics* 27: 247-267.
- Armingeon, Klaus, Christian Isler, Laura Knöpfel, David Weisstanner und Sarah Engler. 2015. *Comparative Political Data Set 1960-2013*. Bern: Institute of Political Science, University of Berne.
- Basinger, Scott J. und Mark Hallerberg. 2004. Remodeling the Competition for Capital: How Domestic Politics Erases the Race to the Bottom. *American Political Science Review* 98: 261-276.
- Bearce, David H. und Stacy Bondanella. 2007. Intergovernmental Organizations, Socialization, and Member-State Interest Convergence. *International Organization* 61.
- Bechtel, Michael M. und Jale Tosun. 2009. Changing Economic Openness for Environmental Policy Convergence: When Can Bilateral Trade Agreements Induce Convergence of Environmental Regulation? *International Studies Quarterly* 53: 931-953.
- Beck, Nathaniel, Kristian S. Gleditsch und Kyle Beardsley. 2006. Space Is More than Geography: Using Spatial Econometrics in the Study of Political Economy. *International Studies Quarterly* 50: 27-44.
- Biesenbender, Sophie und Jale Tosun. 2014. Domestic Politics and the Diffusion of International Policy Innovations: How Does Accommodation Happen? *Global Environmental Change* 29: 424-433.
- Boix, Carles. 1998. *Political Parties, Growth and Equality. Conservative and Social Democratic Economic Strategies in the World Economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Börzel, Tanja A. und Thomas Risse. *The Transformative Power of Europe. The European Union and the Diffusion of Ideas*. Free University, Berlin.
- Börzel, Tanja A. und Thomas Risse. 2003. Conceptualizing the Domestic Impact of Europe. In: Kevin Featherstone und Claudio M. Radaelli (Hrsg.), *The Politics of Europeanization*. Oxford: Oxford University Press, 57-81.
- Braun, Dietmar und Fabrizio Gilardi. 2006. Taking 'Galton's Problem' Seriously. Towards a Theory of Policy Diffusion. *Journal of Theoretical Politics* 18: 298-322.
- Braun, Dietmar, Fabrizio Gilardi, Katharina Füglistner und Stéphane Luyet. 2007. Ex Pluribus Unum: Integrating the Different Strands of Policy Diffusion. In: Katharina Holzinger

- (Hrsg.), *Transfer, Diffusion und Konvergenz von Politiken*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 39-55.
- Brooks, Sarah M. 2005. Interdependent and Domestic Foundations of Policy Change: The Diffusion of Pension Privatization around the World. *International Studies Quarterly* 49: 273-294.
- Brooks, Sarah M. 2007. When Does Diffusion Matter? Explaining the Spread of Structural Pension Reforms Across Nations. *The Journal of Politics* 69: 701-715.
- Brueckner, Jan K. 2003. Strategic Interaction Among Governments: An Overview of Empirical Studies. *International Regional Science Review* 26: 175-188.
- Brune, Nancy E. und Alexandra Guisinger. 2007. *Myth or Reality? The Diffusion of Financial Liberalization in Developing Countries*. Mimeo. University of Pennsylvania, Pennsylvania.
- Burgoon, Brian. 2001. Globalization and Welfare Compensation: Disentangling the Ties that Bind. *International Organization* 55: 509-551.
- Busch, Andreas. 1999. Die Globalisierungsdebatte. Ein einführender Überblick über Ansätze und Daten. In: Andreas Busch und Thomas Plümper (Hrsg.), *Nationaler Staat und internationale Wirtschaft. Anmerkungen zum Thema Globalisierung*. Baden-Baden: Nomos, 13-40.
- Cao, Xun. 2010. Networks as Channels of Policy Diffusion: Explaining Worldwide Changes in Capital Taxation, 1998-2006. *International Studies Quarterly* 54: 823-854.
- Cao, Xun und Aseem Prakash. 2010. Trade Competition and Domestic Pollution: A Panel Study, 1980–2003. *International Organization* 64: 481-503.
- Cao, Xun und Aseem Prakash. 2012. Trade Competition and Environmental Regulations: Domestic Political Constraints and Issue Visibility. *The Journal of Politics* 74: 66-82.
- Castles, Francis G. (Hrsg.). 1993. *Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies*. Aldershot: Ashgate.
- Castles, Francis G. 1998. *Comparative Public Policy. Patterns of Post-war Transformation*. Cheltenham: Elgar.
- Castles, Francis G. 2004. *The Future of the Welfare State. Crisis Myths and Crisis Realities*. Oxford: Oxford University Press.
- Castles, Francis G. und Deborah Mitchell. 1993. Worlds of Welfare and Families of Nations. In: Francis G. Castles (Hrsg.), *Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies*. Aldershot: Ashgate, 93-128.
- Checkel, Jeffrey T. 2006. Tracing Causal Mechanisms. *International Studies Review* 8: 362-370.
- Clasen, Jochen und Nico A. Siegel. 2007. Comparative welfare state analysis and the 'dependent variable problem'. In: Jochen Clasen und Nico A. Siegel (Hrsg.), *Investigating Welfare State Change. The 'Dependent Variable Problem' in Comparative Analysis*. Cheltenham: Edward Elgar, 3-12.
- Copeland, Brian R. und M. Scott Taylor. 2004. Trade, Growth, and the Environment. *Journal of Economic Literature* 42: 7-71.
- DeDeken, Johan und Bernhard Kittel. 2007. Social expenditure under scrutiny: the problems of using aggregate spending data for assessing welfare state dynamics. In: Jochen Clasen

- und Nico A. Siegel (Hrsg.), *Investigating Welfare State Change. The 'Dependent Variable Problem' in Comparative Analysis*. Cheltenham: Edward Elgar, 72-105.
- DiMaggio, Paul J. und Walter W. Powell. 1991. The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields. In: Walter W. Powell und Paul J. DiMaggio (Hrsg.), *The New Institutionalism in Organizational Analysis*. Chicago, IL: University of Chicago Press, 63-82.
- Drezner, Daniel W. 2005. Globalization, Harmonization, and Competition: the Different Pathways to Policy Convergence. *Journal of European Public Policy* 12: 841-859.
- Engel, Kirsten H. 1997. State Environmental Standard-Setting: Is There a 'Race' and Is It 'To the Bottom'. *Hastings Law Journal* 48: 271-398.
- Esping-Andersen, Gøsta. 1990. *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton: Princeton University Press.
- Fernandez, Juan J. und Mark Lutter. 2013. Supranational Cultural Norms, Domestic Value Orientation and the Diffusion of Same-Sex Union Rights in Europe, 1988-2009. *International Sociology* 28: 102-120.
- Finnemore, Marthy und Kathryn Sikkink. 1998. International Norm Dynamics and Political Change. *International Organization* 52: 889-917.
- Flora, Peter (Hrsg.). 1986. *Growth to Limits. The Western European Welfare States Since World War II*. Berlin: Walter de Gruyter.
- Franzese, Robert J. und Jude C. Hays. 2006. Strategic Interaction among EU Governments in Active Labor Market Policy-Making: Subsidiarity and Policy Coordination under the European Employment Strategy. *European Union Politics* 7: 167-189.
- Franzese, Robert J. und Jude C. Hays. 2008. Interdependence in Comparative Politics: Substance, Theory, Empirics, Substance. *Comparative Political Studies* 41: 742-780.
- Fredriksson, Per G. 1999. *Trade, Global Policy, and the Environment*. Washington: World Bank.
- Frenkel, Jacob A., Asaf Razin und Efrayim Tsadkah. 1991. *International taxation in an integrated world*. Cambridge Mass. u.a: MIT Press.
- Garrett, Geoffrey. 1995. Capital mobility, trade, and the domestic politics of economic policy. *International Organization* 49: 657-687.
- Garrett, Geoffrey. 1998. *Partisan Politics in the Global Economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Garrett, Geoffrey und Deborah Mitchell. 2001. Globalization, Government Spending and Taxation in the OECD. *European Journal of Political Research* 39: 145-177.
- Genschel, Philipp. 2002. *Steuerharmonisierung und Steuerwettbewerb in der Europäischen Union*. Univ., Habil.-Schr.--Konstanz, 2002. Frankfurt/Main: Campus.
- Genschel, Philipp. 2004. Globalization and the Welfare State: A Retrospective. *Journal of European Public Policy* 11: 613-636.
- Gilardi, Fabrizio. 2010. Who Learns from What in Policy Diffusion Processes? *American Journal of Political Science* 54: 650-666.
- Gilardi, Fabrizio. 2013a. Interdependence. In: Martino Maggetti (Hrsg.), *Designing Research in the Social Sciences*. London: Sage, 138-160.

- Gilardi, Fabrizio. 2013b. Transnational Diffusion: Norms, Ideas, and Policies. In: Walter Carlsnaes (Hrsg.), *Handbook of International Relations*. London: Sage, 453-477.
- Gilardi, Fabrizio, Katharina Füglistler und Stéphane Luyet. 2009. Learning From Others: The Diffusion of Hospital Financing Reforms in OECD Countries. *Comparative Political Studies* 42: 549-573.
- Graham, Erin R., Charles R. Shipan und Craig Volden. 2013. The Diffusion of Policy Diffusion Research in Political Science. *British Journal of Political Science* 43: 673-701.
- Greenhill, Brian. 2010. The Company You Keep: International Socialization and the Diffusion of Human Rights Norms. *International Quarterly* 54: 127-145.
- Greenhill, Brian, Layna Mosley und Aseem Prakash. 2009. Trade-based Diffusion of Labor Rights: A Panel Study, 1986–2002. *American Political Science Review* 103: 669-690.
- Green-Pedersen, Christoffer. 2004. The Dependent Variable Problem within the Study of Welfare State Retrenchment: Defining the Problem and Looking for Solutions. *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice* 6: 3-14.
- Guillén, Mauro F. 2001. Is Globalization Civilizing, Destructive or Feeble? A Critique of Five Key Debates in the Social Science Literature. *Annual Review of Sociology* 27: 235-260.
- Haas, Peter. 1992. Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination. *International Organization* 46: 1-35.
- Haufler, Andreas. 2008. *Taxation in a global economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Haupt, Andrea B. 2010. Parties' Responses to Economic Globalization. What is Left for Left and Right for Right? *Party Politics* 16: 5-27.
- Hays, Jude C. 2003. Globalization and Capital Taxation in Consensus and Majoritarian Democracies. *World Politics* 56: 79-113.
- Hays, Jude C. 2009. *Globalization and the New Politics of Embedded Liberalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Hedström, Peter und Richard Swedberg (Hrsg.). 1998. *Social Mechanisms: An Analytical Approach to Social Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Held, David und Anthony McGrew (Hrsg.). 2000. *The Global Transformations Reader: An Introduction to the Globalization Debate*. Cambridge: Polity Press.
- Held, David und Anthony McGrew (Hrsg.). 2002. *Governing Globalization: Power, Authority and Global Governance*. Cambridge: Polity Press.
- Hicks, Alexander M. und Lane Kenworthy. 2003. Varieties of Welfare Capitalism. *Socio-Economic Review* 1: 27-61.
- Hicks, Alexander M. und Christopher Zorn. 2005. Economic Globalization, the Macro Economy, and Reversals of Welfare: Expansion in Affluent Democracies, 1978-94. *International Organization* 59: 631-662.
- Hohaus, Bolko. 1996. *Steuerwettbewerb in Europa. Eine Analyse der Folgen unbeschränkter Güter- und Faktormobilität im Europäischen Binnenmarkt*. Frankfurt am Main, New York: P. Lang.
- Holzinger, Katharina (Hrsg.). 2008. *Environmental Policy Convergence in Europe. The Impact of International Institutions and Trade*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Holzinger, Katharina und Christoph Knill. 2005. Causes and Conditions of Cross-National Policy Convergence. *Journal of European Public Policy* 12: 775-796.
- Holzinger, Katharina und Christoph Knill. 2007. Ursachen und Bedingungen internationaler Politikkonvergenz. In: Katharina Holzinger (Hrsg.), *Transfer, Diffusion und Konvergenz von Politiken*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 85-106.
- Huber, Evelyne und John D. Stephens. 2001a. *Development and Crisis of the Welfare State. Parties and Policies in Global Markets*. Chicago: University of Chicago Press.
- Huber, Evelyne und John D. Stephens. 2001b. Welfare State and Production Regimes in the Era of Retrenchment. In: Paul Pierson (Hrsg.), *The New Politics of the Welfare State*. Oxford: Oxford University Press, 107-145.
- Iversen, Torben und Thomas R. Cusack. 2000. The Causes of Welfare State Expansion: Deindustrialization or Globalization? *World Politics* 52: 313-349.
- Jahn, Detlef. 2006. Globalization as 'Galton's Problem': The Missing Link in the Analysis of Diffusion Patterns in Welfare State Development. *International Organization* 60: 401-431.
- Jahn, Detlef. 2009a. Die Aggregatdatenanalyse in der vergleichenden Politikwissenschaft. In: Susanne Pickel (Hrsg.), *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 173-196.
- Jahn, Detlef. 2009b. Globalisierung als Galtonproblem: Regionale und temporale Diffusionschübe. In: Susanne Pickel (Hrsg.), *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 87-112.
- Jahn, Detlef. 2013. The Impact of Climate on Atmospheric Emissions. Constructing an Index of Heating Degrees for 21 OECD Countries from 1960-2005. *Weather, Climate, and Society* 5: 97-111.
- Jahn, Detlef. 2014a. Changing of the Guard: Trends in Corporatist Arrangements in 42 Highly Industrialized Societies From 1960 to 2010. *Socio-Economic Review* Published online 26 August, 2014.
- Jahn, Detlef. 2014b. The Diffusion of Party Positions: Policy Positions Moving from the Nordic to the Baltic States. In: Nicholas Aylott (Hrsg.), *Models of Democracy in Nordic and Baltic Europe: Political Institutions and Discourse*. London: Ashgate, 153-179.
- Jahn, Detlef. 2014c. The Three Worlds of Environmental Politics. In: Andreas Duit (Hrsg.), *State and Environment. The Comparative Study of Environmental Governance*. Cambridge: MIT Press, 81-109.
- Jahn, Detlef. 2015. Diffusion. In: Georg Wenzelburger und Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.), *Handbuch Policy-Forschung*. Wiesbaden: Springer VS, 247-276.
- Jahn, Detlef. 2016. *Environmental Performance and Politics in Highly Globalized and Industrialized Democracies: The Agenda Setting Power Approach in Comparative Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jahn, Detlef, Thomas Behm, Christoph Oberst und Nils Düpont. 2014. *PIP – Parties, Institutions & Preferences*. <http://pip.uni-greifswald.de>.

- Jahn, Detlef und Matt Henn. 2000. The "New" Rhetoric of New Labour in Comparative Perspective: A Three-Country Discourse Analysis. *West European Politics* 23: 26-46.
- Jahn, Detlef und Sebastian Stephan. 2015. The Problem of Interdependence. In: Dietmar Braun und Martino Maggetti (Hrsg.), *Comparative Politics: Theoretical and Methodological Challenges*. Cheltenham: Edward Elgar, in press.
- Jensen, Carsten. 2011. Catching up by transition: globalization as a generator of convergence in social spending. *Journal of European Public Policy* 18: 106-121.
- Kayser, Mark A. 2007. How Domestic Is Domestic Politics? Globalization and Elections. *Annual Review of Political Science* 10: 341-362.
- Kayser, Mark A. 2008. *Partisan Waves: International Sources of Electoral Choice*. University of Rochester, Rochester.
- Kim, HeeMin und Richard C. Fording. 2001. Voter Ideology, the Economy, and the International Environment in Western Democracies. *Political Behavior* 23: 53-73.
- King, Gary, James Honaker, Anne Joseph und Kenneth Scheve. 2001. Analyzing Incomplete Political Science Data: An Alternative Algorithm for Multiple Imputation. *American Political Science Review* 95: 49-69.
- Kittel, Bernhard und Herbert Obinger. 2002. *Political Parties, Institutions and Welfare State Dynamics in Times of Austerity*. Köln.
- Kittel, Bernhard und Hannes Winner. 2005. How Reliable is Pooled Analysis in Political Economy? The Globalization-Welfare State Nexus Revisited. *European Journal of Political Research* 44: 269-293.
- Knill, Christoph. 2005. Introduction: Cross-national policy convergence: concepts, approaches and explanatory factors. *Journal of European Public Policy* 12: 764-774.
- Konisky, David M. 2007. Regulatory Competition and Environmental Enforcement: Is There a Race to the Bottom? *American Journal of Political Science* 51: 853-872.
- Korpi, Walter und Joakim Palme. 1998. The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality, and Poverty in the Western Countries. *American Sociological Review* 63: 661-687.
- Korpi, Walter und Joakim Palme. 2003. New Politics and Class Politics in the Context of Austerity and Globalization: Welfare State Regress in 18 Countries, 1975-95. *American Political Science Review* 97: 425-446.
- Krasner, Stephen D. 1983. *International Regimes*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Kuitto, Kati. 2011. More than just money: Patterns of disaggregated welfare expenditure in the enlarged Europe. *Journal of European Social Policy* 21: 348-364.
- Kurzer, Paulette. 1993. *Business and Banking: Political Change and Economic Integration in Western Europe*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Lechner, Frank J. und John Boli (Hrsg.). 2000. *The Globalization Reader*. Malden, MA: Blackwell Publishing.
- Locke, Richard M. und Kathleen Thelen. 1995. Apples and Oranges Revisited: Contextualized Comparison and the Study of Comparative Labor Politics. *Politics & Society* 23: 337-367.
- Lowry, William R. 1992. *The Dimensions of Federalism. State Governments and Pollution Control Policies*. Durham: Duke University Press.

- Maddison, Angus. 2003. *The World Economy: Historical Statistics*. Paris: OECD Publishing.
- Maggetti, Martino und Fabrizio Gilardi. 2014. *How Policies Spread: A Meta-Analysis of Diffusion Mechanisms*. Mimeo. University of Zurich.
- Makse, Todd und Craig Volden. 2011. The Role of Policy Attributes in the Diffusion of Innovations. *The Journal of Politics* 73: 108-124.
- Mannheim, Karl. 1929. *Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiet des Geistigen. Verhandlungen des Sechsten Deutschen Soziologentages vom 17. bis 19. September 1928 in Zürich*. Tübingen: Mohr.
- McDaniel, Cara. 2007. *Average tax rates on consumption, investment, labor and capital in the OECD 1950-2003*. Mimeo. Arizona State University.
- Mendoza, Enrique G., Assaf Razin und Linda L. Tesar. 1994. Effective Tax Rates in Macroeconomics. Cross-country estimates of tax rates on factor incomes and consumption. *Journal of Monetary Economics* 34.
- Meseguer, Covadonga. 2004. What Role for Learning? The Diffusion of Privatization in OECD and Latin American Countries. *Journal of Public Policy* 24.
- Meseguer, Covadonga. 2005. Policy Learning, Policy Diffusion, and the Making of a New Order. *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 598: 67-82.
- Meyer, John W., John Boli, George M. Thomas und Francisco Ramirez. 1997. World Society and the Nation State. *American Journal of Sociology* 103: 144-181.
- Migdal, Joel S. 2001. *State in Society: Studying How States and Societies Transform and Constitute One Another*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Milner, Helen V. und Robert O. Keohane. 1996. Internationalization and Domestic Politics: An Introduction. In: Robert O. Keohane und Helen V. Milner (Hrsg.), *Internationalization and Domestic Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, 3-24.
- Muno, Wolfgang. 2010. Umweltpolitik. In: Hans-Joachim Lauth (Hrsg.), *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 349-372.
- Naroll, Raoul. 1961. Two Solutions to Galton's Problem. *Philosophy of Science* 28: 16-39.
- Neumayer, Eric und Thomas Plümpner. 2012. Conditional Spatial Policy Dependence: Theory and Model Specification. *Comparative Political Studies* 45: 819-849.
- Oates, Wallace E. und Robert M. Schwab. 1988. Economic Competition Among Jurisdictions: Efficiency Enhancing or Distortion Inducing? *Journal of Public Economics* 35: 333-354.
- Obinger, Herbert und Bernhard Kittel. 2003. Parteien, Institutionen und Wohlfahrtsstaat: Politisch-institutionelle Determinanten der Sozialpolitik in OECD-Ländern. In: Herbert Obinger (Hrsg.), *Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit*. Opladen: Leske + Budrich, 355-384.
- Obinger, Herbert, Carina Schmitt und Peter Starke. 2013. Policy Diffusion and Policy Transfer in Comparative Welfare State Research. *Social Policy and Administration* 47: 111-129.
- Obinger, Herbert und Uwe Wagschal. 2001. Families of Nations and Public Policy. *West European Politics* 24: 99-114.

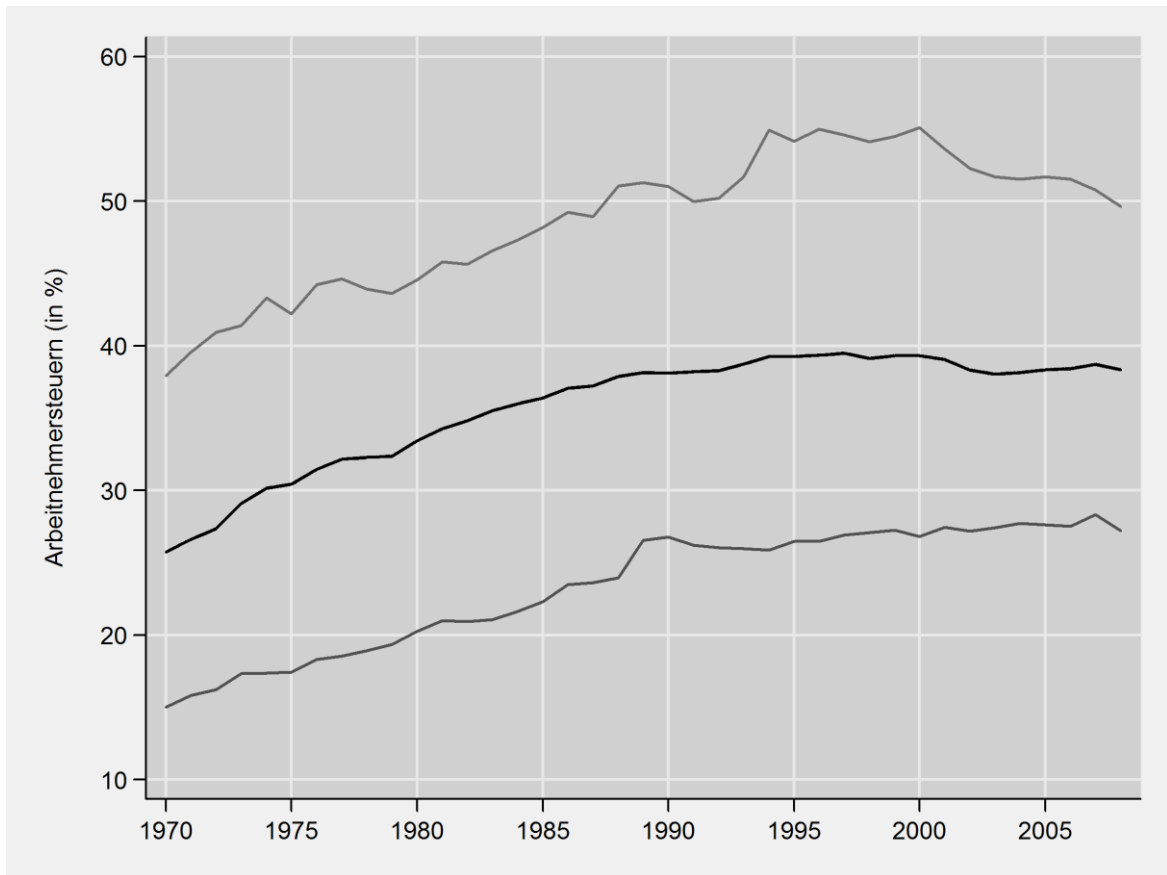
- Ostheim, Tobias. 2007. Die Internationale Hypothese. In: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), *Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 75-84.
- Pierson, Paul. 1996. The New Politics of the Welfare State. *World Politics* 48: 143-179.
- Plümper, Thomas, Vera E. Troeger und Hannes Winner. 2009. Why is There No Race to the Bottom in Capital Taxation? *International Studies Quarterly* 53: 761-786.
- Potoski, Matthew. 2001. Clean Air Federalism: Do States Race to the Bottom? *Public Administration Review* 61: 335-342.
- Prakash, Aseem und Matthew Potoski. 2006. Racing to the Bottom? Trade, Environmental Governance, and ISO 14001. *American Journal of Political Science* 50: 350-364.
- Przeworski, Adam. 1987. Methods of Cross-National Research, 1970-83. An Overview. In: Meinolf Dierkes und Hans N. Weiler (Hrsg.), *Comparative Policy Research: Learning from Experience*. Aldershot: Gower, 31-49.
- Putnam, Robert D. 1967. Towards Explaining Military Intervention in Latin American Politics. *World Politics* 20: 83-110.
- Quinn, Dennis. 1997. The Correlates of Change in International Financial Regulation. *American Political Science Review* 91: 531-551.
- Quinn, Dennis und Maria A. Toyoda. 2007. Ideology and Voter Preferences as Determinants of Financial Globalization. *American Journal of Political Science* 51: 344-363.
- Rodrik, Dani. 1997. *Has Globalization Gone Too Far?* Washington: Institute of International Economics.
- Roller, Edeltraud. 2005. *The Performance of Democracies. Political Institutions and Public Policies*. Oxford: Oxford University Press.
- Ross, Marc H. 1997. Culture and Identity in Comparative Political Analysis. In: Mark I. Lichbach und Alan S. Zuckerman (Hrsg.), *Comparative Politics: Rationality, Culture, and Structure*. Cambridge: Cambridge University Press, 42-80.
- Ross, Marc H. und Elizabeth L. Homer. 1976. Galton's Problem in Cross National Research. *World Politics* 29: 1-28.
- Scharpf, Fritz W. 1997. *Games Real Actors Play. Actor-centered Institutionalism in Policy Research*. Boulder: Westview Press.
- Scharpf, Fritz W. und Vivien A. Schmidt (Hrsg.). 2000. *Welfare and Work in the Open Economy. Volume II: Diverse Responses to Common Challenges*. Oxford: Oxford University Press.
- Schimmelfennig, Frank und Ulrich Sedelmeier (Hrsg.). 2005. *The Europeanization of Central and Eastern Europe*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Schmidt, Manfred G. (Hrsg.). 2007. *Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, Manfred G. und Tobias Ostheim. 2007. Einführung. In: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), *Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 21-28.
- Schmitt, Carina und Herbert Obinger. 2013. Spatial Interdependencies and Welfare State Generosity in Western Democracies, 1960-2000. *Journal of European Social Policy* 23: 119-133.

- Schulze, Günther G. und Heinrich W. Ursprung. 1999. Globalisierung contra Nationalstaat? Ein Überblick über die empirische Evidenz. In: Andreas Busch und Thomas Plümper (Hrsg.), *Nationaler Staat und internationale Wirtschaft. Anmerkungen zum Thema Globalisierung*. Baden-Baden: Nomos, 41-89.
- Scruggs, Lyle. 2003. *Sustaining Abundance. Environmental Performance in Industrial Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Scruggs, Lyle. 2007. Welfare state generosity across space and time. In: Jochen Clasen und Nico A. Siegel (Hrsg.), *Investigating Welfare State Change. The 'Dependent Variable Problem' in Comparative Analysis*. Cheltenham: Edward Elgar, 133-165.
- Sharman, Jason C. 2010. Dysfunctional Policy Transfer in National Tax Blacklists. *Governance* 23: 623-639.
- Shipan, Charles R. und Craig Volden. 2008. The Mechanisms of Policy Diffusion. *American Journal of Political Science* 52: 840-857.
- Simmons, Beth A., Frank Dobbin und Geoffrey Garrett. 2006. Introduction: The International Diffusion of Liberalism. *International Organization* 60: 781-810.
- Simmons, Beth A. und Zachary Elkins. 2004. The Globalization of Liberalization: Policy Diffusion in the International Political Economy. *American Political Science Review* 98: 171-189.
- Soule, Sarah. 1999. The Diffusion of an Unsuccessful Innovation. *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 566: 120-131.
- Stern, David I., Michael S. Common und Edward B. Barbier. 1996. Economic Growth and Environmental Degradation: The Environmental Kuznets Curve and Sustainable Development. *World Development* 24: 1151-1160.
- Strange, Susan. 1995. The Limits of Politics. *Government and Opposition* 30: 291-311.
- Streeck, Wolfgang und Lane Kenworthy. 2005. Theories and Practices of Neocorporatism. In: Thomas Janoski (Hrsg.), *The Handbook of Political Sociology. States, Civil Societies, and Globalization*. New York: Cambridge University Press, 441-460.
- Swank, Duane H. 2002. *Global Capital, Political Institutions, and Policy Change in Developed Welfare States*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Swank, Duane H. 2006. Tax Policy in an Era of Internationalization: Explaining the Spread of Neoliberalism. *International Organization* 60: 847-882.
- Tews, Kerstin, Per-Olof Busch und Helge Jörgens. 2003. The Diffusion of New Environmental Policy Instruments. *European Journal of Political Research* 42: 569-600.
- Tobler, Waldo R. 1970. A Computer Movie Simulating Urban Growth in the Detroit Region. *Economic Geography* 46: 234-240.
- Tolbert, Pamela S. und Lynne G. Zucker. 1983. Institutional Sources of Change in the Formal Structure of Organizations: The Diffusion of Civil Service Reform, 1880-1935. *Administrative Science Quarterly* 28: 22-39.
- Tosun, Jale. 2015. Umweltpolitik. In: Georg Wenzelburger und Reimut Zohlhörer (Hrsg.), *Handbuch Policy-Forschung*. Wiesbaden: Springer VS, 641-662.
- Tylor, Edward E. 1889. On a Method for Investigating the Development of Institutions Applied to the Laws of Marriage and Descent. *Journal of the Royal Anthropological Institute* 18: 245-272.

- van Vliet, Olaf und Koen Caminada. 2012. *Unemployment Replacement Rates Dataset Among 34 Welfare States 1971-2009*. Leiden.
- Vogel, David. 1995. *Trading Up. Consumer and Environmental Regulation in a Global Economy*. Cambridge: Harvard University Press.
- Vogel, David. 1997. Trading Up and Governing Across: Transnational Governance and Environmental Protection. *Journal of European Public Policy* 4: 556-571.
- Volden, Craig. 2006. States as Policy Laboratories: Emulating Success in Children's Health Insurance Program 50: 294-312.
- Volkerink, Björn und Jakob de Haan. 2001. *Tax Ratios: A Critical Survey*: OECD Publishing.
- Wagschal, Uwe. 2003. Die politische Ökonomie der Besteuerung. In: Herbert Obinger (Hrsg.), *Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit*. Opladen: Leske + Budrich, 259-288.
- Ward, Hugh und Peter John. 2013. Competitive Learning in Yardstick Competition: Testing Models of Policy Diffusion With Performance Data. *Political Science Research and Methods* 1: 3-25.
- Weiss, Linda. 2003. *States in the Global Economy. Bringing Domestic Institutions Back In*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Weyland, Kurt. 2005. Theories of Policy Diffusion: Lessons from Latin American Pension Reform. *World Politics* 57: 262-295.
- Weyland, Kurt. 2007. *Bounded Rationality and Policy Diffusion: Social Sector Reform in Latin America*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Weyland, Kurt. 2009. The Diffusion of Revolution: '1848' in Europe and Latin America. *International Organization* 63: 391-423.
- Wilson, Douglas J. 1996. Capital Mobility and Environmental Standards: Is There a Theoretical Basis for a Race to the Bottom? In: Jagdish N. Bhagwati (Hrsg.), *Fair Trade and Harmonization. Prerequisites for Free Trade?* Cambridge: MIT Press, 393-427.
- Woods, Neal D. 2006. Interstate Competition and Environmental Regulation: A Test of the Race-to-the-Bottom Thesis. *Social Science Quarterly* 87: 174-189.
- Zürn, Michael. 1998. *Regieren jenseits des Nationalstaates: Globalisierung und Denationalisierung als Chance*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Zürn, Michael. 2001. Sovereignty and Law in a Denationalised World. In: Richard P. Appelbaum (Hrsg.), *Rules and Networks. The Legal Culture of Global Business Transactions*. Oxford: Hart, 39-71.
- Zürn, Michael. 2002. From Interdependence to Globalization. In: Walter Carlsnaes (Hrsg.), *Handbook of International Relations*. London: Sage, 235-254.

Anhang

A1 Entwicklung der Lohnsteuern



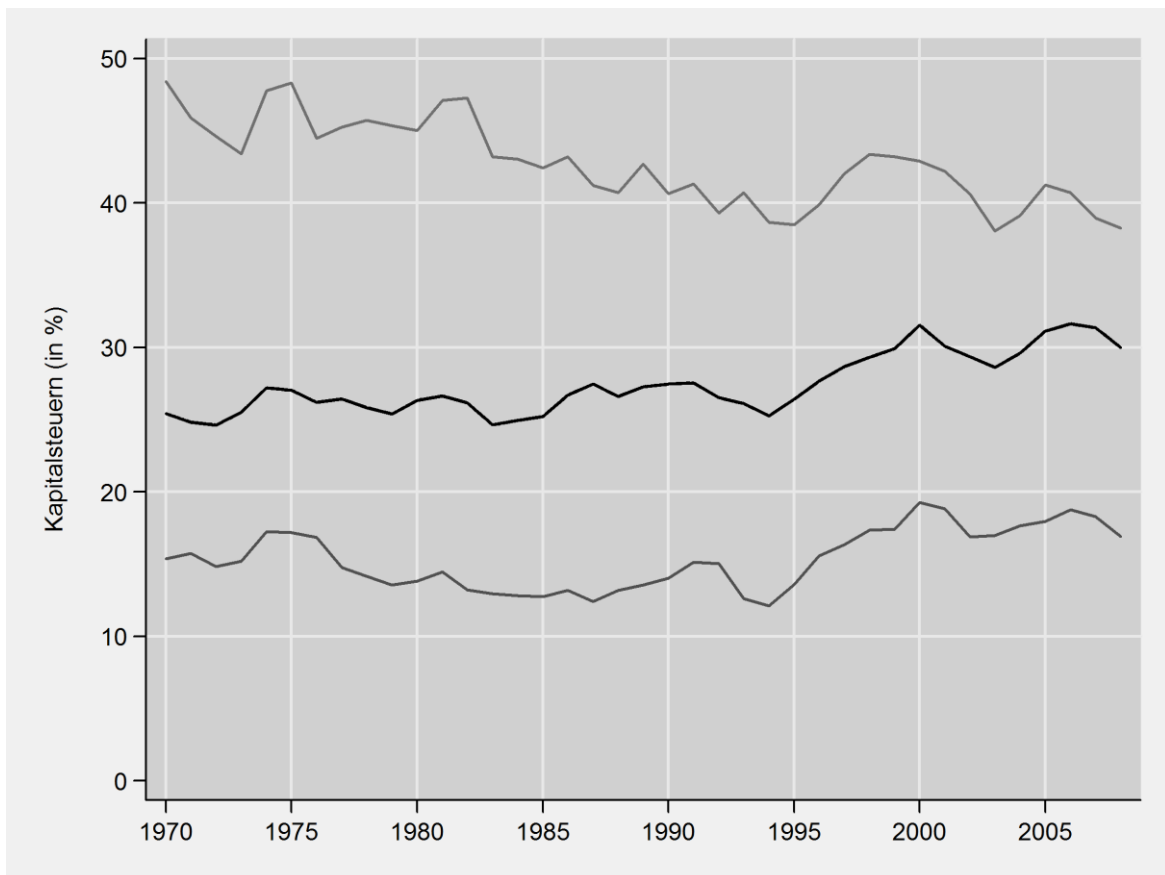
Quelle und Erklärung: Plümpert et al. (2009) und Volkerink/de Haan (2001). Eigene Berechnungen. Die mittlere Linie stellt den Mittelwert dar; die beiden anderen Linien die Steuerquoten der drei Länder mit der höchsten bzw. niedrigsten Arbeitnehmersteuerquote. In 20 OECD-Ländern, 1970-2008.

A2 Dekadenmittelwerte der Arbeitnehmersteuern

	1970- 1979	1980- 1989	1990- 1999	2000- 2008	1970- 2008
Australien	20,64	26,57	26,58	26,40	25,02
Belgien	35,72	45,64	46,84	45,83	43,55
Dänemark	41,33	45,85	50,26	49,41	46,66
Deutschland	35,16	37,24	42,34	42,34	39,38
Finnland	38,06	41,66	51,72	51,23	45,59
Frankreich	32,73	40,51	43,88	44,78	40,46
Großbritannien	29,07	29,48	28,69	30,54	29,45
Irland	20,97	31,81	33,00	29,42	28,55
Italien	22,38	42,40	52,08	54,05	42,56
Japan	20,69	26,39	26,51	26,64	25,05
Kanada	25,12	30,68	36,55	34,88	31,63
Neuseeland	30,48	38,78	37,46	34,68	35,09
Niederlande	41,16	45,12	42,02	35,15	40,73
Norwegen	40,45	41,74	42,11	43,34	41,96
Österreich	35,58	40,96	44,40	47,85	42,08
Portugal	10,98	14,48	26,44	29,38	20,52
Schweden	47,12	56,04	57,03	55,27	53,74
Schweiz	23,10	26,22	26,90	26,89	25,81
Spanien	21,70	33,60	35,36	35,02	31,28
USA	22,94	26,35	28,10	27,37	26,06

Quelle und Erklärung: Plümper et al. (2009) und Volkerink/de Haan (2001). Eigene Berechnungen. Für Japan, Norwegen und der Schweiz wurden die fehlenden Werte des Jahres 2008 anhand des Imputierungsprogramms AMELIA II aufgefüllt (King et al. 2001; Honaker/King 2006). In 20 Ländern, 1970-2008

A3 Entwicklung der Kapitalsteuern



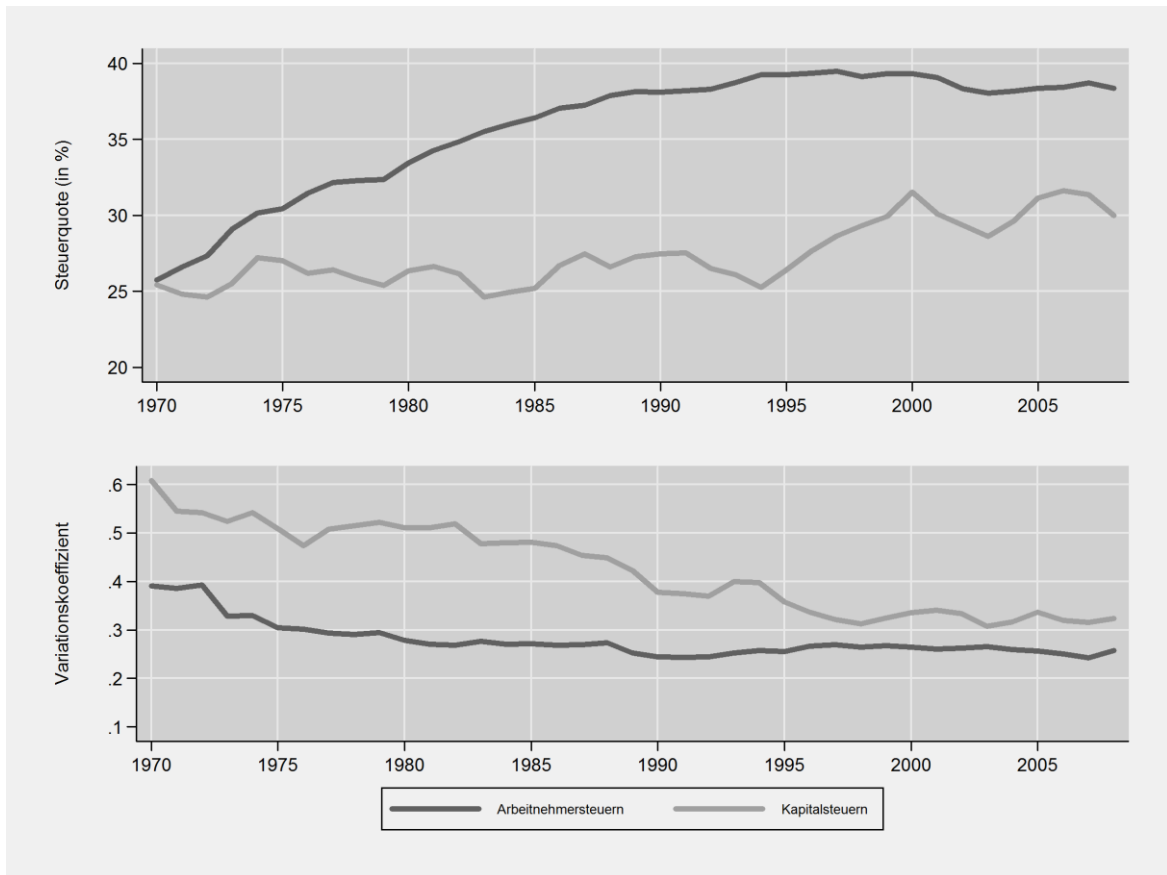
Quelle und Erklärung: Plümper et al. (2009) und Volkerink/de Haan (2001). Eigene Berechnungen. Die mittlere Linie stellt den Mittelwert dar; die beiden anderen Linien die Steuerquoten der drei Länder mit der höchsten bzw. niedrigsten Kapitalsteuerquote. In 20 OECD-Ländern, 1970-2008.

A4 Dekadenmittelwerte der Kapitalsteuern

	1970- 1979	1980- 1989	1990- 1999	2000- 2008	1970- 2008
Australien	38,19	32,17	38,2	40,03	37,07
Belgien	45,81	41,94	40,29	45,74	43,39
Dänemark	21,62	24,93	21,4	26,54	23,79
Deutschland	35,14	32,35	23,04	10,96	25,74
Finnland	11,67	12,08	15,24	20,3	14,71
Frankreich	21,2	31,68	30,7	38,5	30,46
Großbritannien	45,43	49,82	35,15	43,16	43,27
Irland	16,22	12,59	14,65	18,49	15,35
Italien	10,71	15,05	21,22	29,05	19,1
Japan	29,7	40,46	36,16	30,42	34,38
Kanada	46,52	38,98	46,84	31,8	41,27
Neuseeland	23,93	20,85	26,08	33	25,78
Niederlande	26,34	25,24	24,21	21,99	24,29
Norwegen	23,35	32,52	24,02	32,69	29,12
Österreich	18,57	15,04	14,88	15,06	15,84
Portugal	3,81	3,54	25,26	36,35	16,75
Schweden	19,55	25,64	29,69	39,01	28,73
Schweiz	15,77	19,69	21,36	25,62	20,35
Spanien	12,65	14,51	21,11	31,91	19,74
USA	47,99	34,94	40,3	36,23	39,96

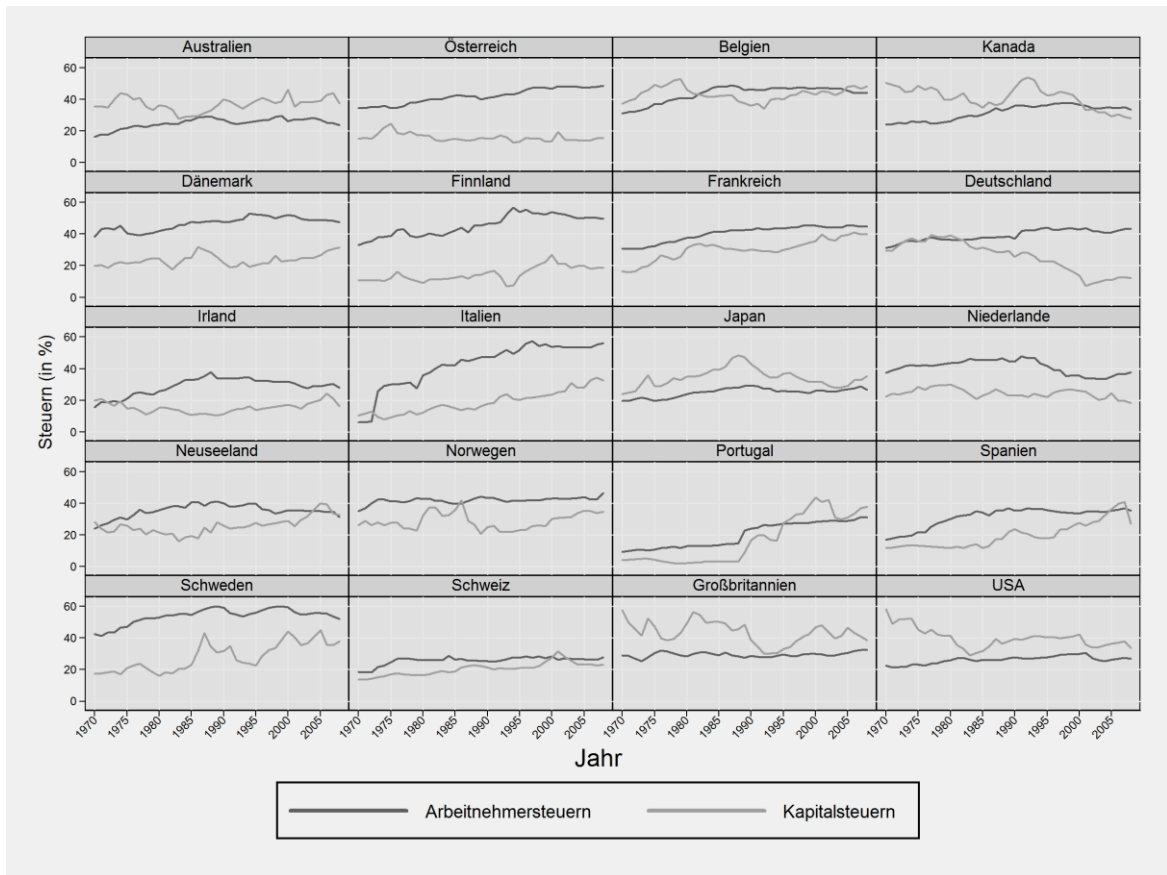
Quelle und Erklärung: Plümper et al. (2009) und Volkerink/de Haan (2001). Eigene Berechnungen. Für Japan (2008), Norwegen (1970-79/2008) und der Schweiz (2008) wurden die fehlenden Werte anhand des Imputierungsprogramms AMELIA II aufgefüllt (King et al. 2001; Honaker/King 2006). In 20 OECD-Ländern, 1970-2008.

A5 Vergleich der Steuerquoten



Quelle und Erklärung: Plümper et al. (2009) und Volkerink/de Haan (2001). Eigene Berechnungen. Die obere Abbildung stellt die durchschnittliche Steuerquote auf die Faktoren Arbeit und Kapital vergleichend dar. Die untere Abbildung beschreibt den Variationsindex beider Steuerquoten. In 20 OECD-Ländern, 1970-2008.

A6 Steuerentwicklung je Land



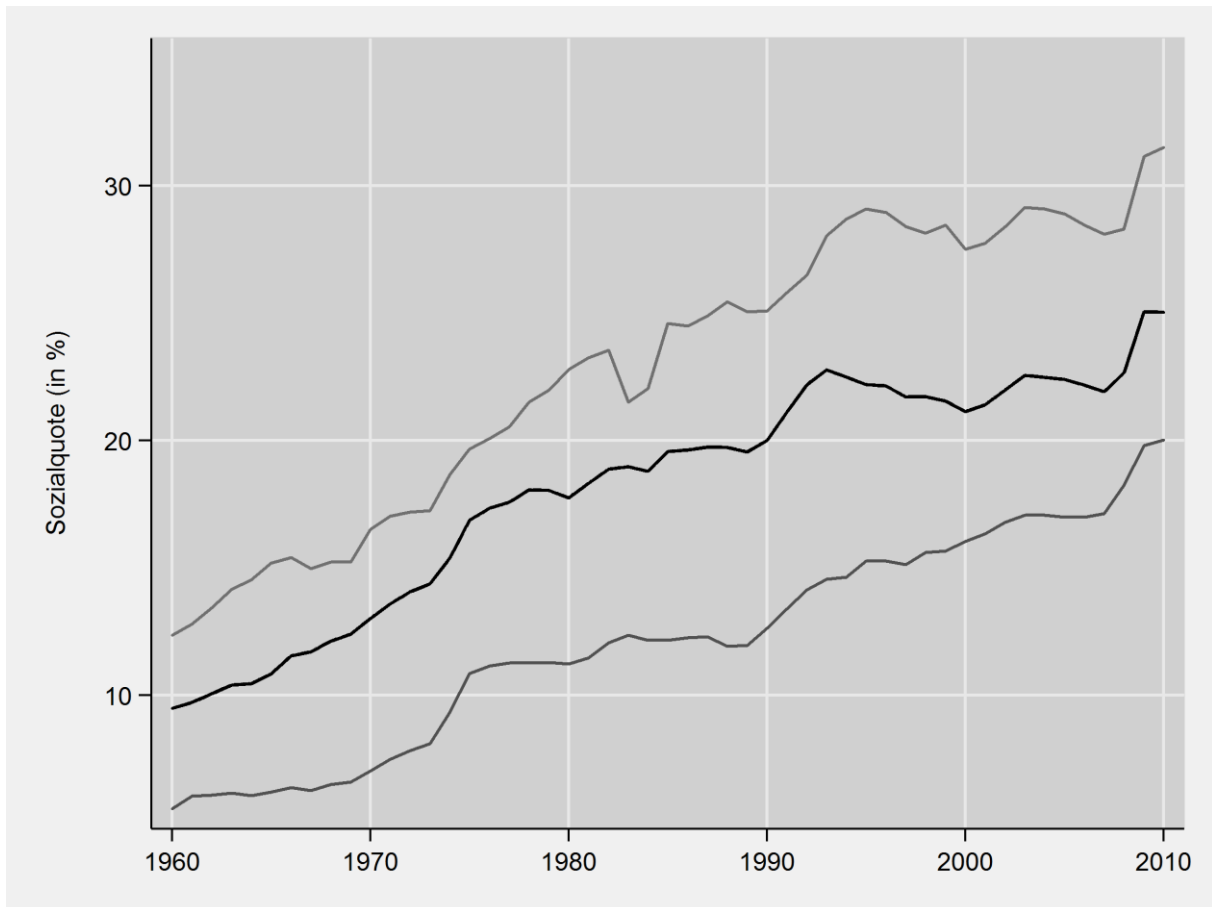
Quelle und Erklärung: Plümper et al. (2009) und Volkerink/de Haan (2001). Eigene Berechnungen. In 20 OECD-Ländern, 1970-2008.

A7 Dekadenmittelwerte der Sozialquote

	1960- 1969	1970- 1979	1980- 1989	1990- 1999	2000- 2010	1970- 2010
Australien	6,03	8,74	11,51	15,54	17,04	11,77
Belgien	12,63	19,15	25,29	26,01	26,56	21,93
Dänemark	,	20,73	23,67	27,3	27,54	24,81
Deutschland	16,25	20,43	22,54	25,71	26,71	22,33
Finnland	10,42	15,77	21,19	29,41	25,68	20,49
Frankreich	14,33	17,35	23,86	28,14	29,82	22,7
Großbritannien	11,65	15,04	18,37	19,1	20,45	16,92
Irland	8,33	12,81	18,42	17,23	16,71	14,7
Italien	12,82	16,81	20,46	21,28	24,74	19,22
Japan	4,43	7,33	11,08	13,41	18,46	10,94
Kanada	8,76	12,89	16,11	18,88	17,21	14,77
Neuseeland	11,18	13,13	18,14	19,98	18,81	16,25
Niederlande	14,58	22,76	25,23	23,8	21,01	21,48
Norwegen	8,19	15,59	18,54	23,33	22,06	17,54
Österreich	16,77	19,82	23,32	25,88	27,16	22,59
Portugal	,	,	10,43	15,64	22,04	16,34
Schweden	13,9	22,07	28,64	32,06	28,8	25,09
Schweiz	,	,	14,53	17	19,1	16,93
Spanien	,	,	17,22	21,19	21,4	19,94
USA	8,09	12,62	13,39	14,94	16,24	13,06

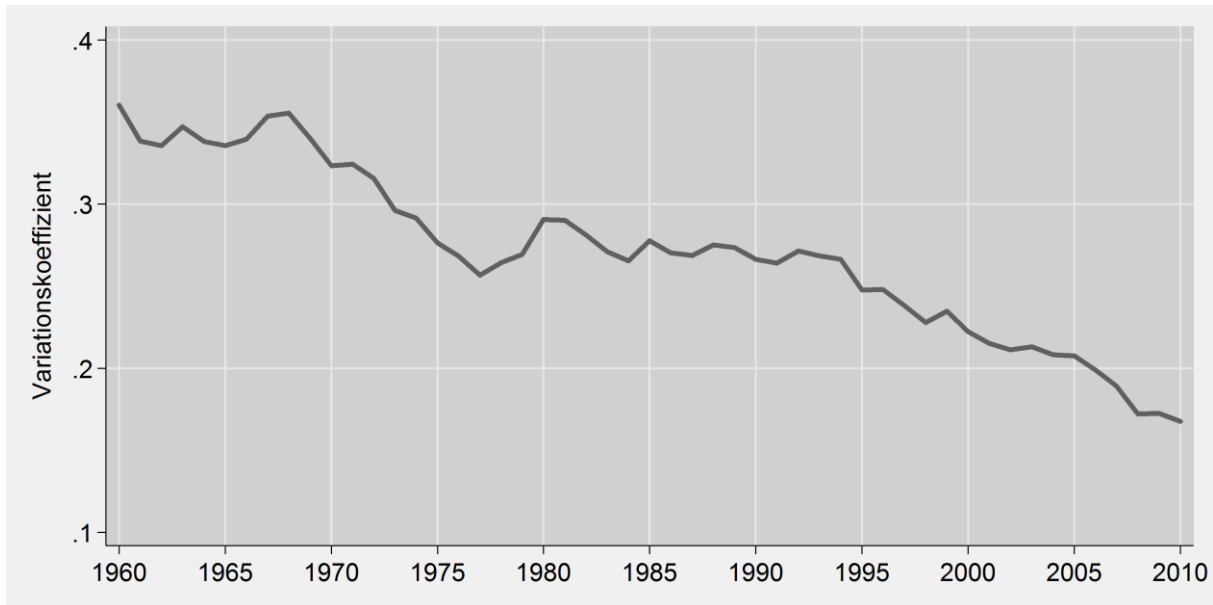
Quelle und Erklärung: OECD Social Expenditure Database (2013) für die Daten von 1980-2010 & Historical Database (2012) für die Daten von 1961-1980. In 20 OECD-Ländern, 1960-2010.

A8 Entwicklung Sozialquote



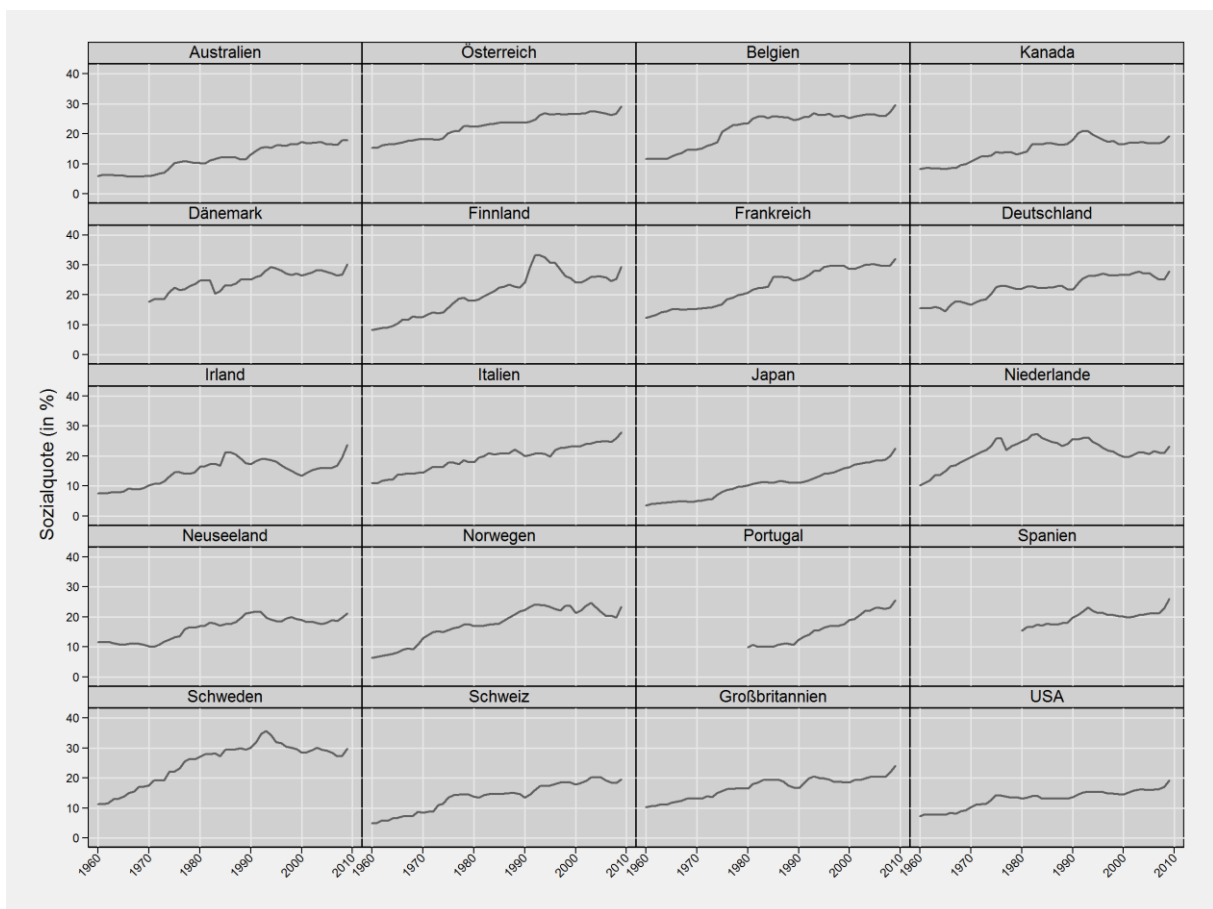
Quelle und Erklärung: OECD Social Expenditure Database (2013) für die Daten von 1980-2010 & Historical Database (2012) für die Daten von 1961-1980. In 20 OECD-Ländern, 1960-2010.

A9 Entwicklung des Variationsindex



Quelle und Erklärung: OECD Social Expenditure Database (2013) für die Daten von 1980-2010 & Historical Database (2012) für die Daten von 1961-1980. In 20 OECD-Ländern, 1960-2010.

A10 Entwicklung der Sozialquote je Land



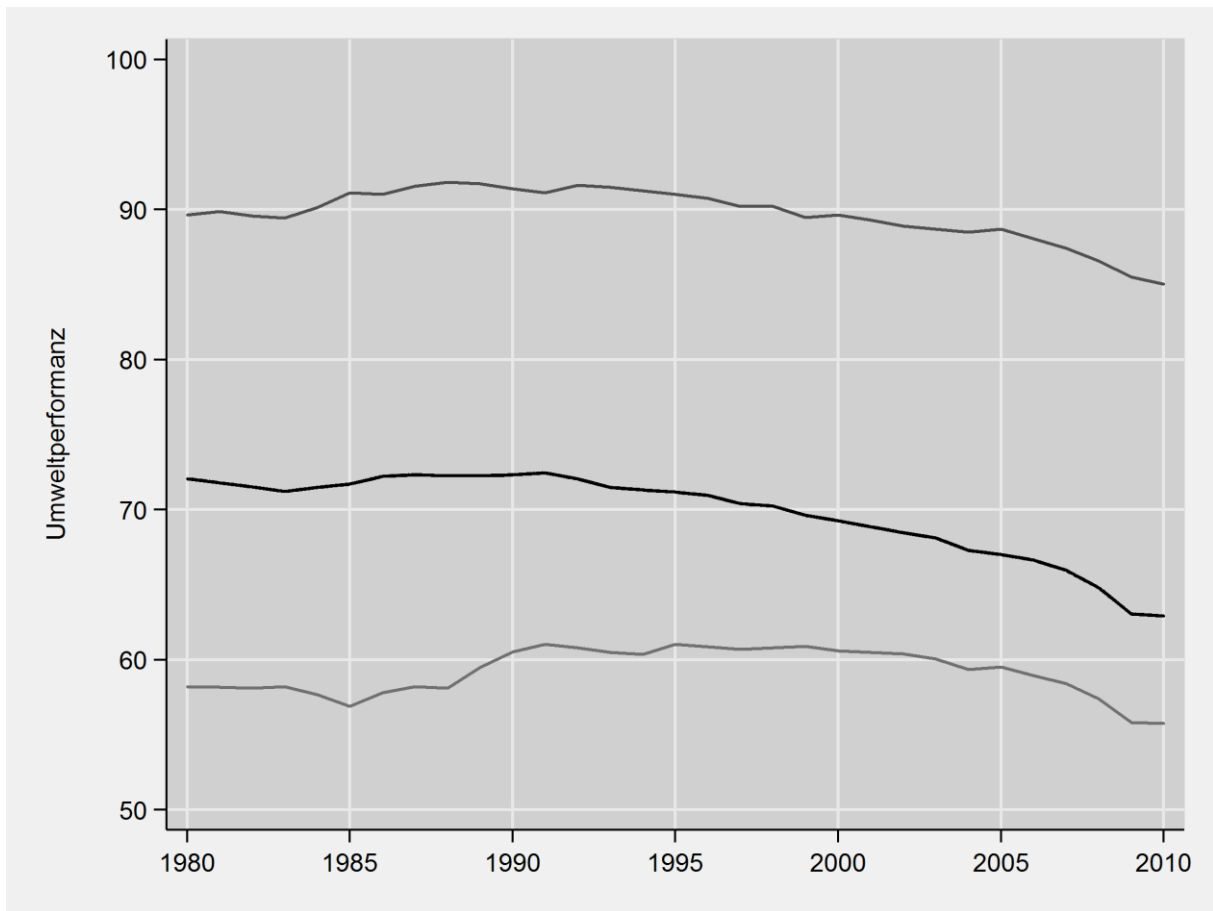
Quelle und Erklärung: OECD Social Expenditure Database (2013) für die Daten von 1980-2010 & Historical Database (2012) für die Daten von 1961-1980. In 20 OECD-Ländern, 1960-2010.

A11 Dekadenmittelwerte der Umweltperformanz

	1980- 1989	1990- 1999	2000- 2010	1970- 2010
Australien	82,3	83,56	82,03	82,61
Belgien	73,49	72,04	66,91	70,69
Dänemark	70,02	67,46	59,75	65,55
Deutschland	74,76	70,75	62,06	68,96
Finnland	80,26	75,39	71,56	75,6
Frankreich	72,9	72,57	66,02	70,35
Großbritannien	77,3	75,14	64,59	72,09
Irland	61,7	65,84	61,96	63,13
Italien	64,96	64,87	59,59	63,03
Japan	58,62	59,85	57,96	58,79
Kanada	97,49	98,12	95,48	96,98
Neuseeland	68,17	71,65	71,54	70,49
Niederlande	68,93	64,04	58,55	63,67
Norwegen	68,7	67,92	62,48	66,24
Österreich	64,54	60,64	59,11	61,36
Portugal	51,11	61,75	59,31	57,46
Schweden	74,14	68,75	62,75	68,36
Schweiz	69,12	63,6	56,94	63,02
Spanien	67,25	69,28	67,07	67,84
USA	91,95	90,86	86,03	89,5

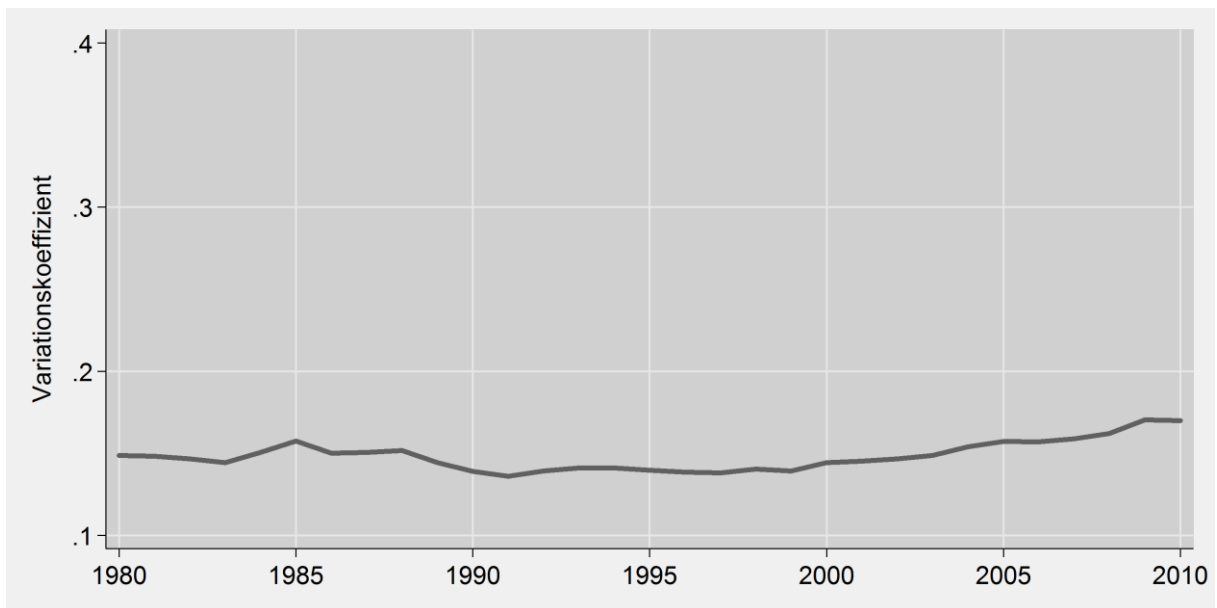
Quelle und Erklärung: eigene Berechnung (Jahn 2016). In 20 OECD-Ländern, 1980-2010.

A12 Entwicklung Umweltperformanz



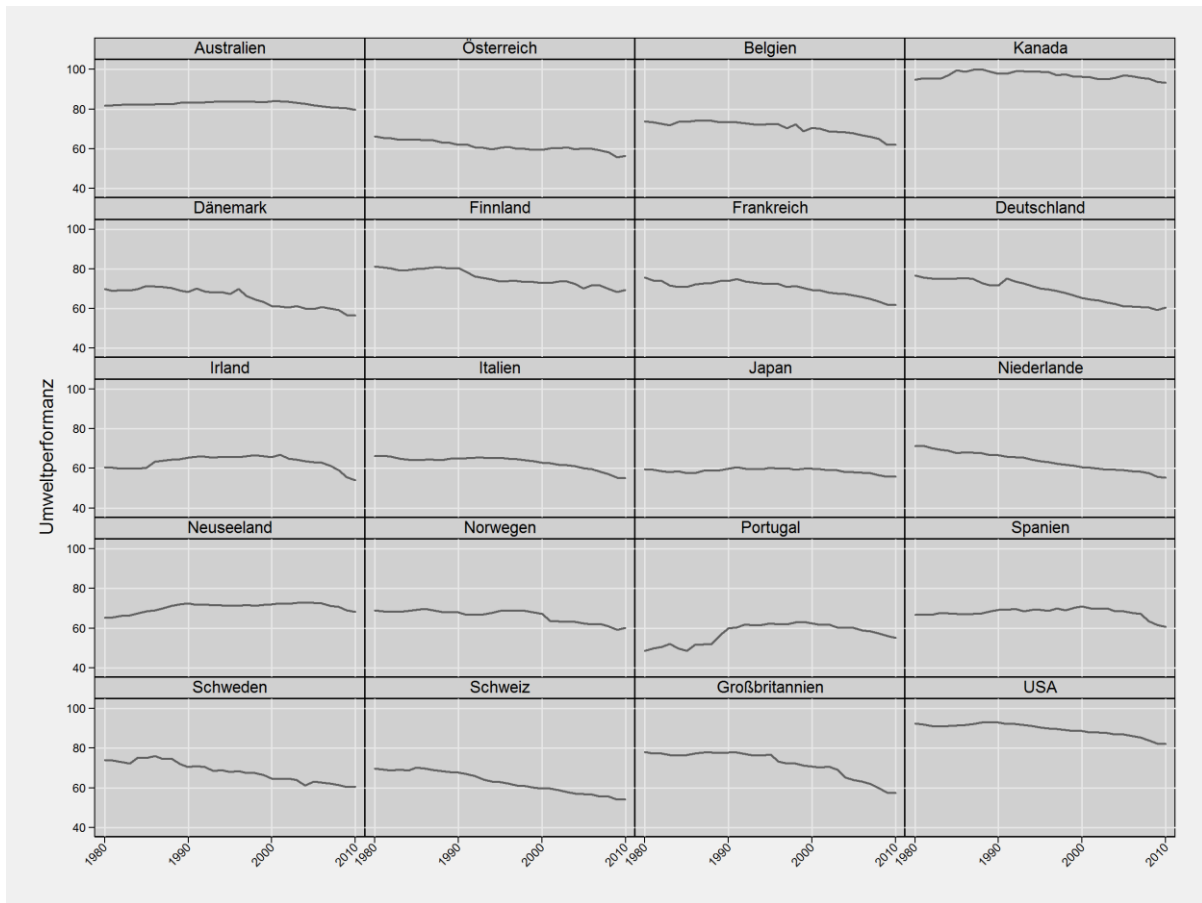
Quelle und Erklärung: eigene Berechnung (Jahn 2016). In 20 OECD-Ländern, 1980-2010.

A13 Entwicklung des Variationsindex



Quelle und Erklärung: eigene Berechnung (Jahn 2016). In 20 OECD-Ländern, 1980-2010.

A14 Entwicklung der Umweltperformanz je Land



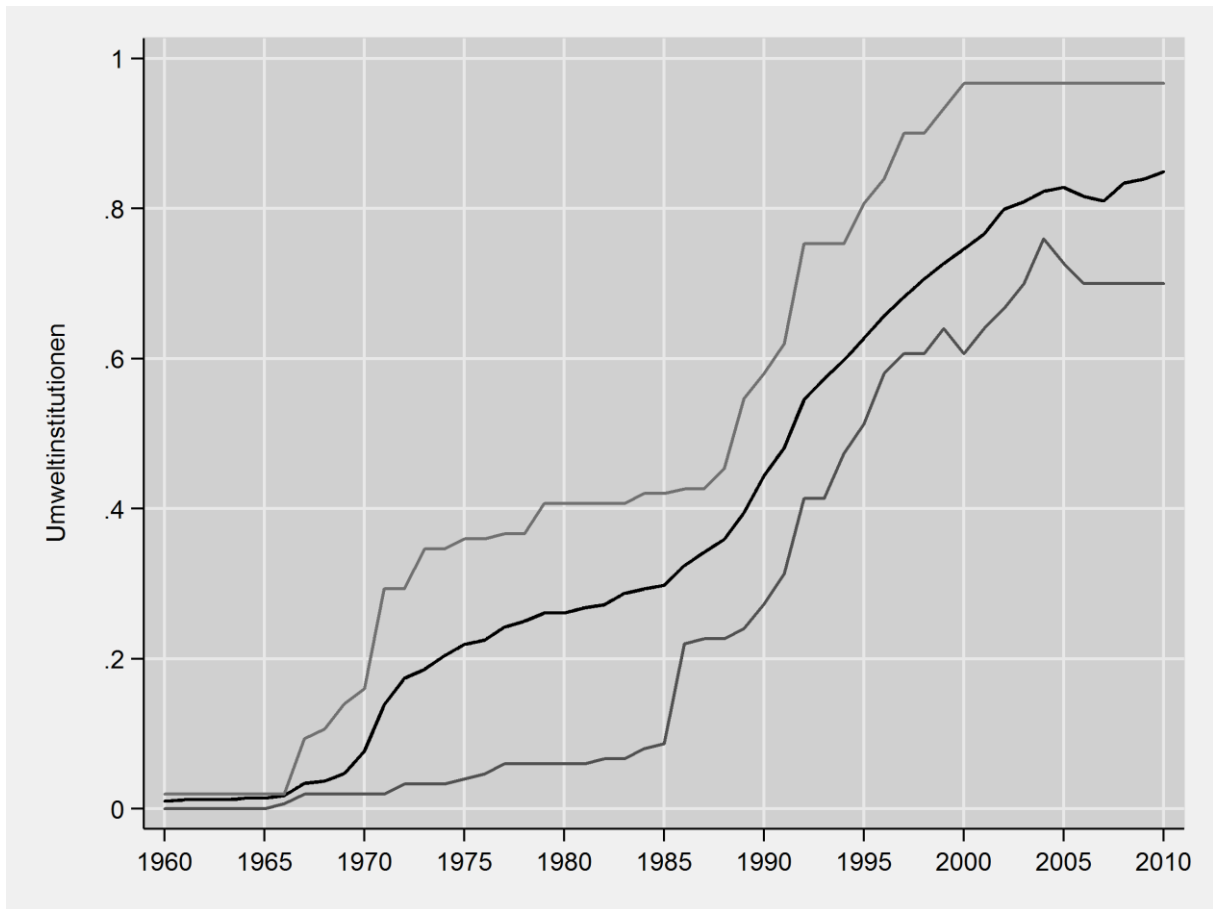
Quelle und Erklärung: eigene Berechnung (Jahn 2016). In 20 OECD-Ländern, 1980-2010.

A15 Dekadenmittelwerte der Umweltinstitutionen

	1960- 1969	1970- 1979	1980- 1989	1990- 1999	2000- 2010	1970- 2010
Australien	0	0,23	0,33	0,56	0,81	0,39
Belgien	0,01	0,16	0,3	0,53	0,78	0,37
Dänemark	0	0,32	0,42	0,79	0,92	0,5
Deutschland	0,02	0,2	0,4	0,56	0,89	0,42
Finnland	0,06	0,09	0,29	0,69	0,82	0,4
Frankreich	0,03	0,25	0,36	0,66	0,82	0,43
Großbritannien	0,02	0,25	0,32	0,61	0,93	0,44
Irland	0	0,07	0,27	0,49	0,75	0,33
Italien	0,01	0,03	0,16	0,55	0,71	0,3
Japan	0,03	0,38	0,41	0,58	0,87	0,46
Kanada	0	0,22	0,32	0,61	0,66	0,37
Neuseeland	0,01	0,06	0,15	0,54	0,69	0,3
Niederlande	0,01	0,28	0,45	0,84	1	0,53
Norwegen	0	0,24	0,42	0,63	0,8	0,42
Österreich	0,02	0,21	0,28	0,61	0,88	0,41
Portugal	0	0	0,13	0,66	0,83	0,33
Schweden	0,13	0,38	0,43	0,72	0,98	0,54
Schweiz	0,03	0,22	0,3	0,55	0,8	0,39
Spanien	0	0,04	0,09	0,36	0,67	0,24
USA	0,04	0,35	0,39	0,54	0,53	0,38

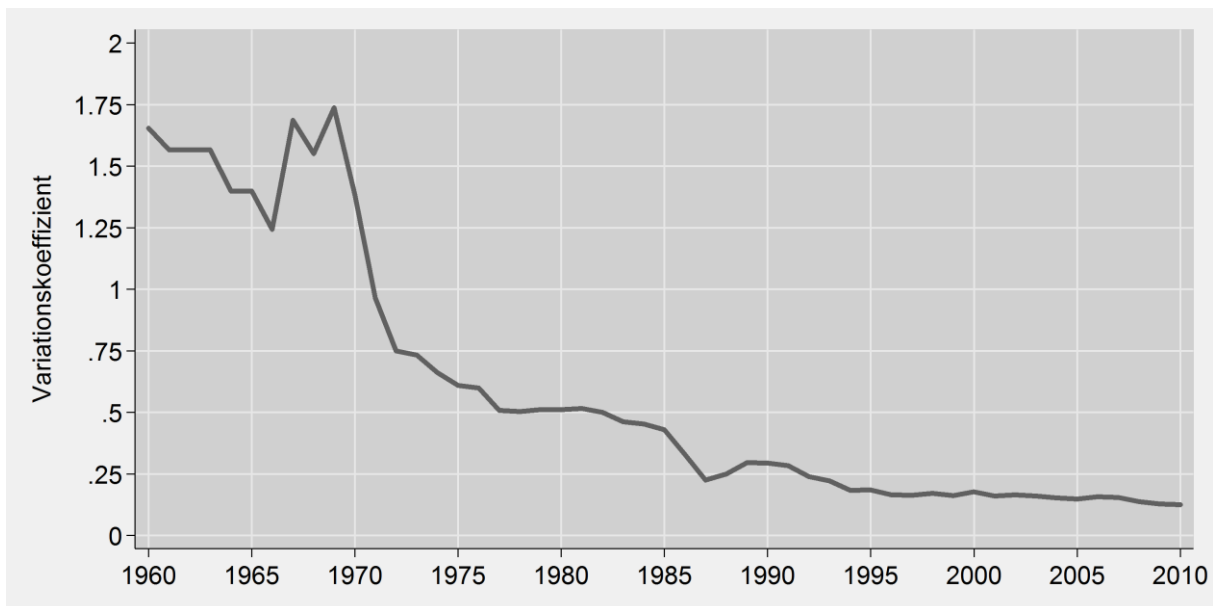
Quelle und Erklärung: eigene Berechnung (Jahn 2016). In 20 OECD-Ländern, 1960-2010.

A16 Entwicklung Umweltinstitutionen



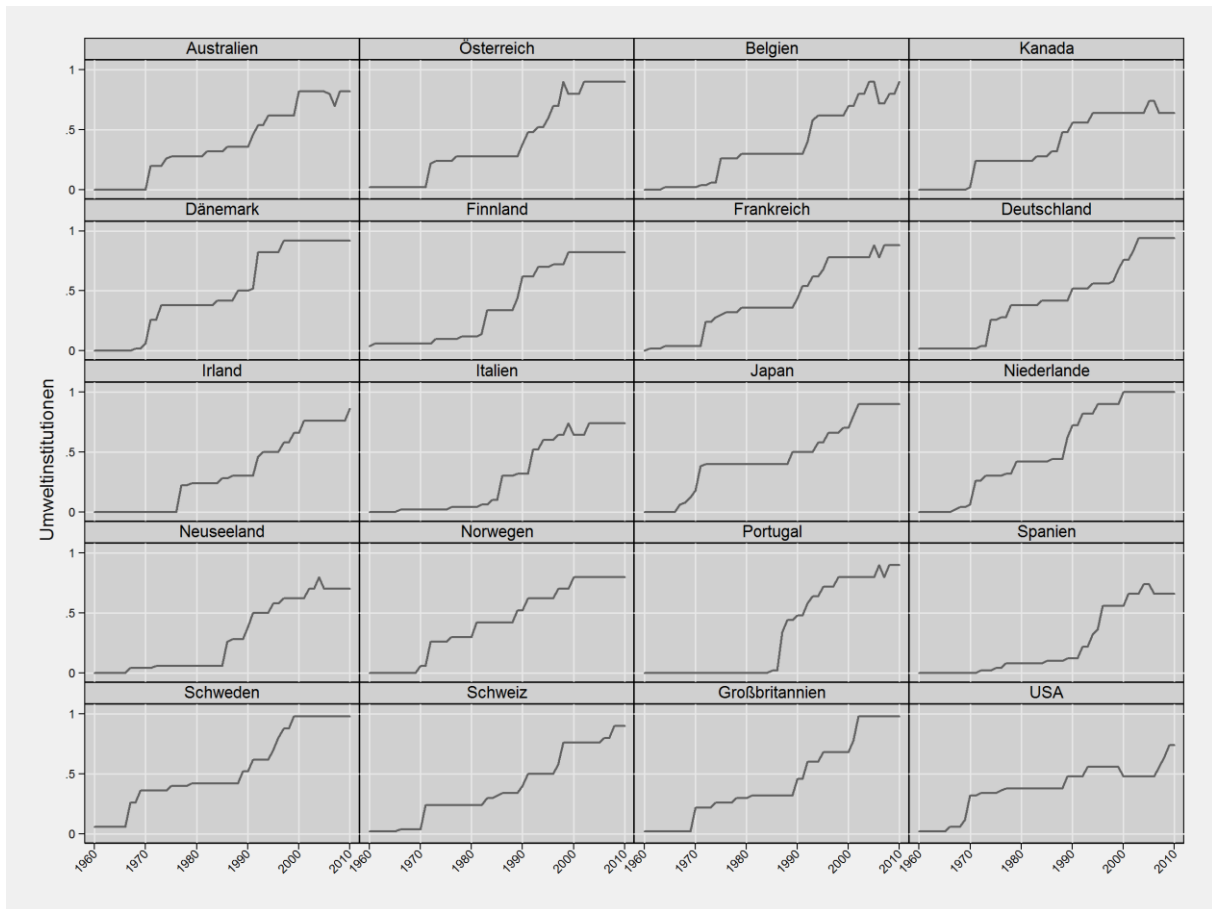
Quelle und Erklärung: eigene Berechnung (Jahn 2016). In 20 OECD-Ländern, 1960-2010.

A17 Entwicklung des Variationsindex



Quelle und Erklärung: eigene Berechnung (Jahn 2016). In 20 OECD-Ländern, 1960-2010.

A18 Entwicklung der Umweltinstitutionen je Land



Quelle und Erklärung: eigene Berechnung (Jahn 2016). In 20 OECD-Ländern, 1960-2010.

A 19 Die Operationalisierung von Diffusionsmechanismen

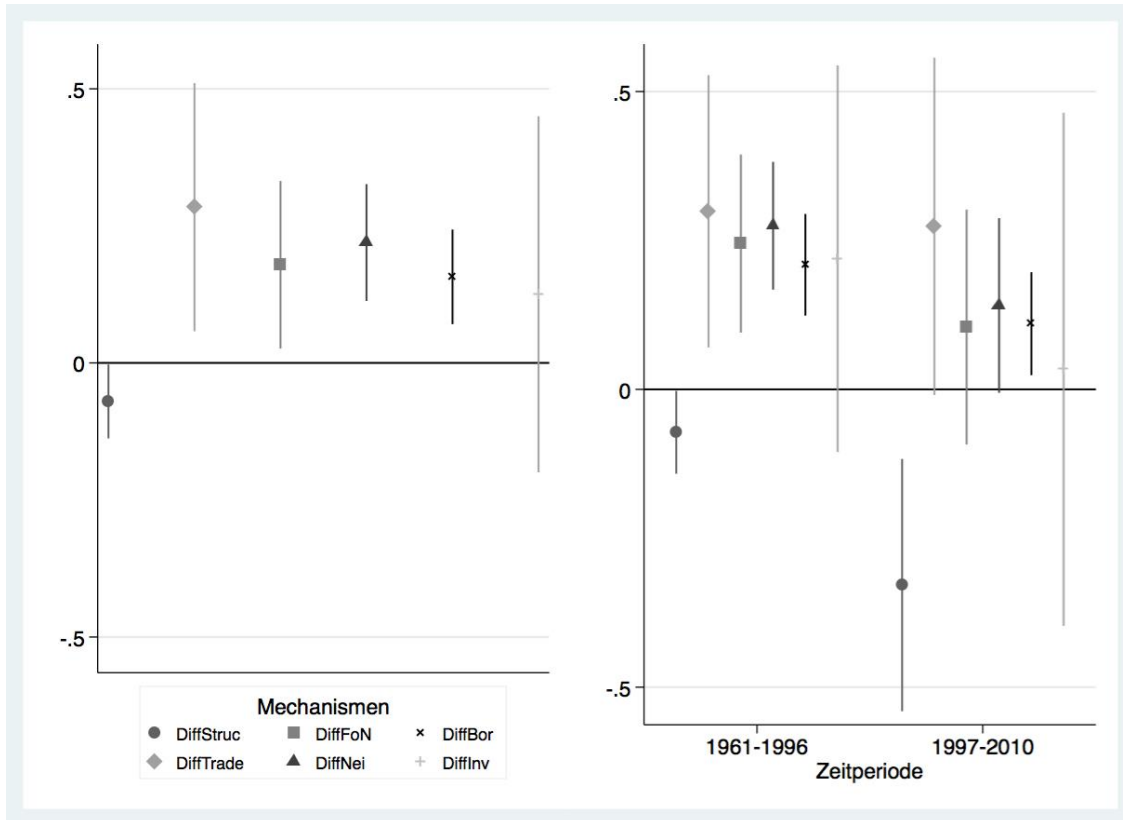
	Lernen	Nachahmen	Wettbewerb	Total
Nachbarschaft	10	<i>11</i>	3	24
Kontakt	7	14	1	22
Erfolg	18	3	0	21
Ähnlichkeit	6	12	13	31
Kritische Masse	4	7	1	12
Handel	2	4	5	11
Total	47	51	23	121

Quelle: In Anlehnung an (Maggetti/Gilardi 2014: 11). Fettdruck: häufigste Nennung hinsichtlich der Operationalisierung und der Kausalmechanismen. Kursiv: Häufigster Gebrauch der Operationalisierung für einen Kausalmechanismus (nur zeilenweise am häufigsten).

A20 Split-Darstellungen¹⁷ der marginalen Effekte

a) Sozialpolitik (1961-2010)

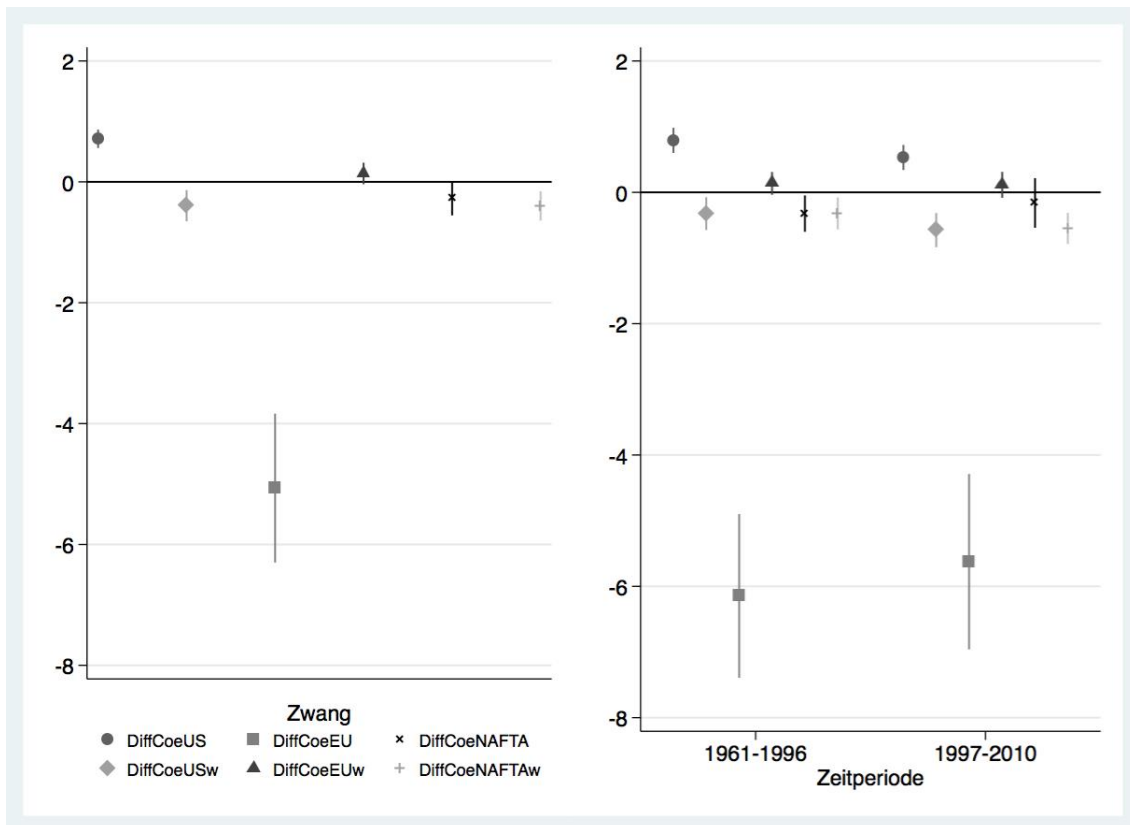
A20.1 Effekt der Mechanismen Wettbewerb, Lernen/Nachahmung, Nähe (Sozialpolitik)



Quelle: eigene Berechnung. Marginalen Effekte in der Sozialpolitik für die Mechanismen Wettbewerb, Lernen/Ansteckung, Nähe mit den jeweiligen Gewichtungsmatrizen. Auslösungszeitpunkt: 1996. 17 OECD-Länder von 1961-2010.

¹⁷ Die marginalen Effekte der Regressionskoeffizienten werden in den Grafiken anhand von zwei Feldern dargestellt. Im linken Teil stehen die Regressionskoeffizienten der Diffusionsvariablen (Symbole) für die gesamte Untersuchungszeit. Die Linien geben die Konfidenzintervalle wieder. Sobald eine Linie die Nulllinie durchkreuzt ist der Mechanismus nicht signifikant. Der rechte Teil einer Grafik spiegelt die Dynamiken der Globalisierungsprozesse, wodurch Auslösungspunkte sowie Wirkungsgrad sichtbar werden. Dabei sind die Mechanismen nach Zeitperiode untergliedert, die je nach Politikfeld variieren.

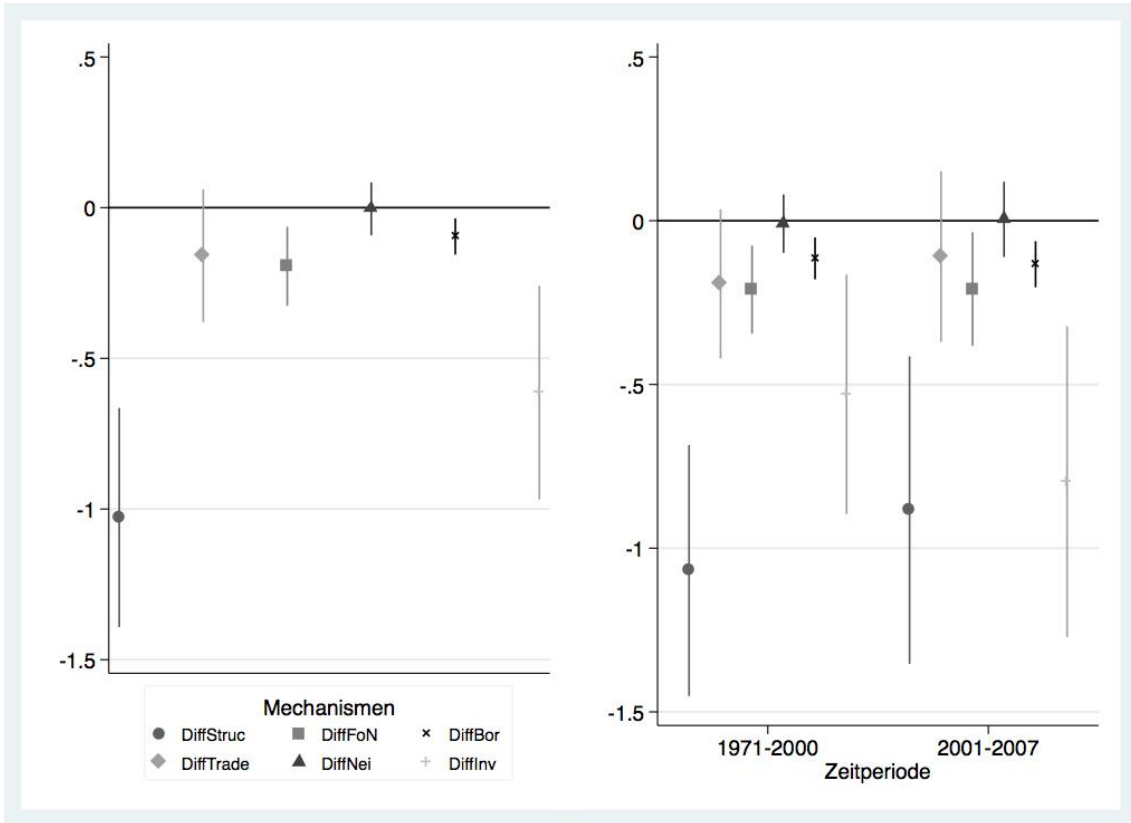
A20.2 Effekt des Mechanismus Zwang (Sozialpolitik)



Quelle: eigene Berechnung. Marginalen Effekte in der Sozialpolitik für den Mechanismus Zwang mit den jeweiligen Gewichtungsmatrizen. Auslösungszeitpunkt: 1996. 17 OECD-Länder von 1961-2010.

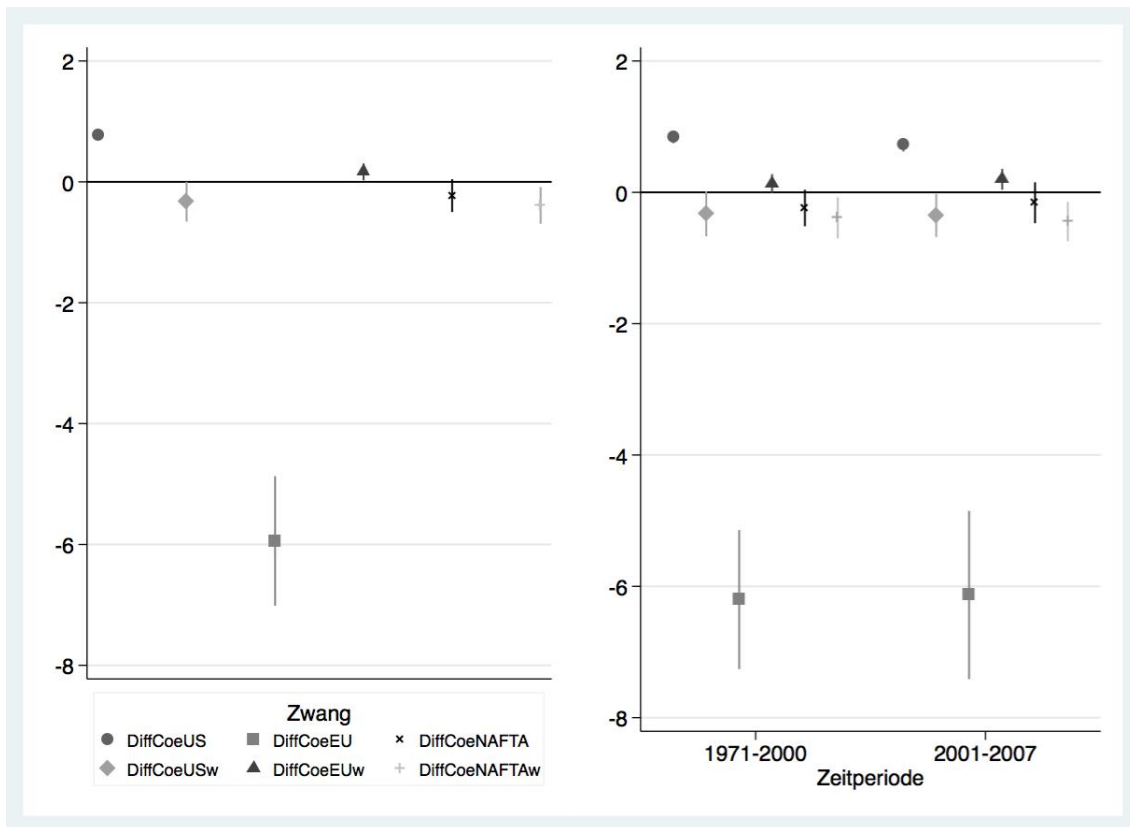
b) Lohnsteuer

A20.3 Effekt der Mechanismen Wettbewerb, Lernen/Nachahmung, Nähe (Lohnsteuer)



Quelle: eigene Berechnung. Marginalen Effekte in der Finanzpolitik für die Mechanismen Wettbewerb, Lernen/Ansteckung, Nähe mit den jeweiligen Gewichtungsmatrizen. Auslösungszeitpunkt: 2000. 19 OECD-Länder von 1971-2007.

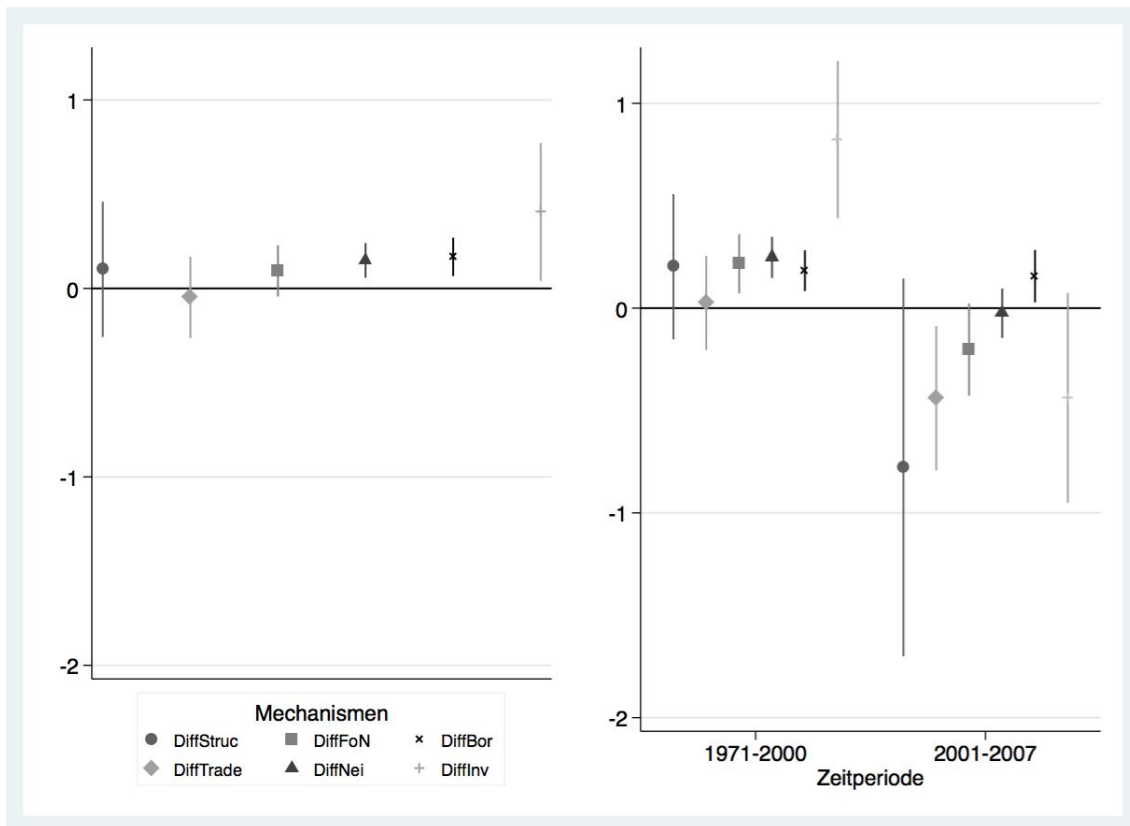
A20.4 Effekt des Mechanismus Zwang (Lohnsteuer)



Quelle: eigene Berechnung. Marginalen Effekte in der Finanzpolitik für den Mechanismus Zwang mit den jeweiligen Gewichtungsmatrizen. Auslösungszeitpunkt: 2000. 19 OECD-Länder von 1971-2007.

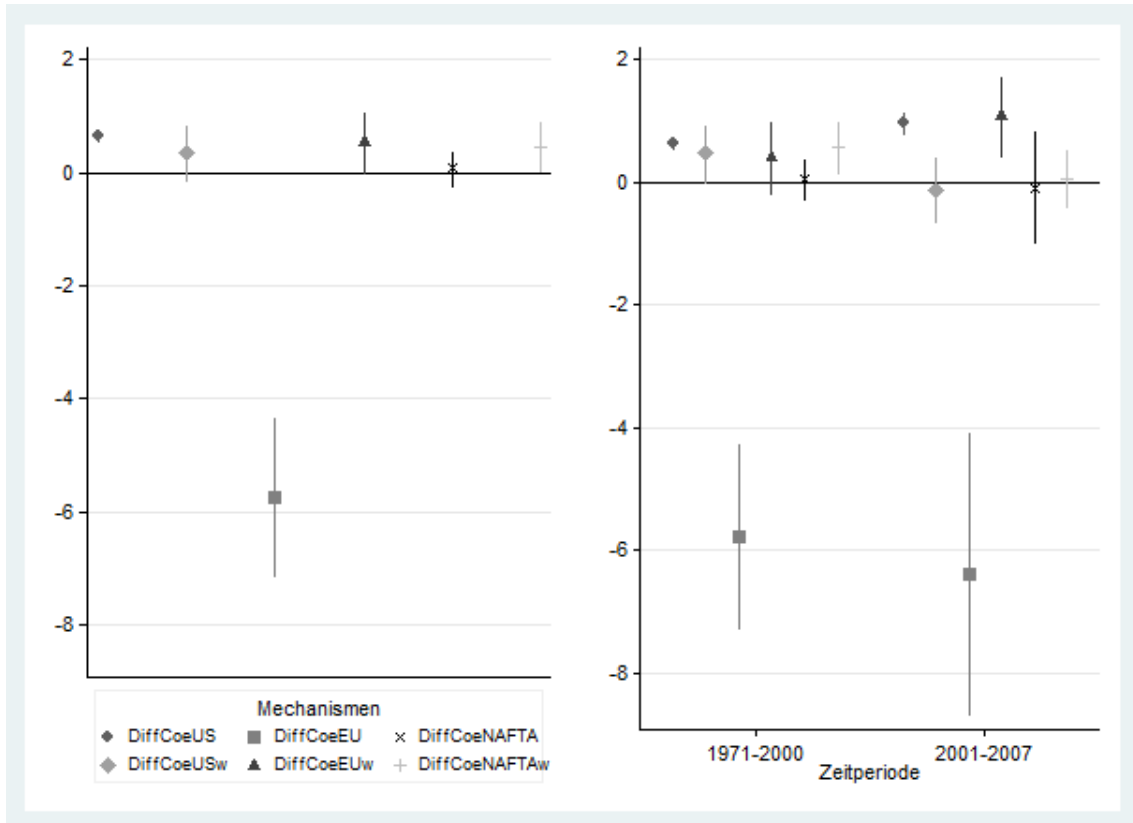
c) Kapitalsteuer

A20.5 Effekt der Mechanismen Wettbewerb, Lernen/Nachahmung, Nähe (Kapitalsteuer)



Quelle: eigene Berechnung. Marginalen Effekte in der Finanzpolitik für die Mechanismen Wettbewerb, Lernen/Ansteckung, Nähe mit den jeweiligen Gewichtungsmatrizen. Auslösungszeitpunkt: 2000. 19 OECD-Länder von 1971-2007.

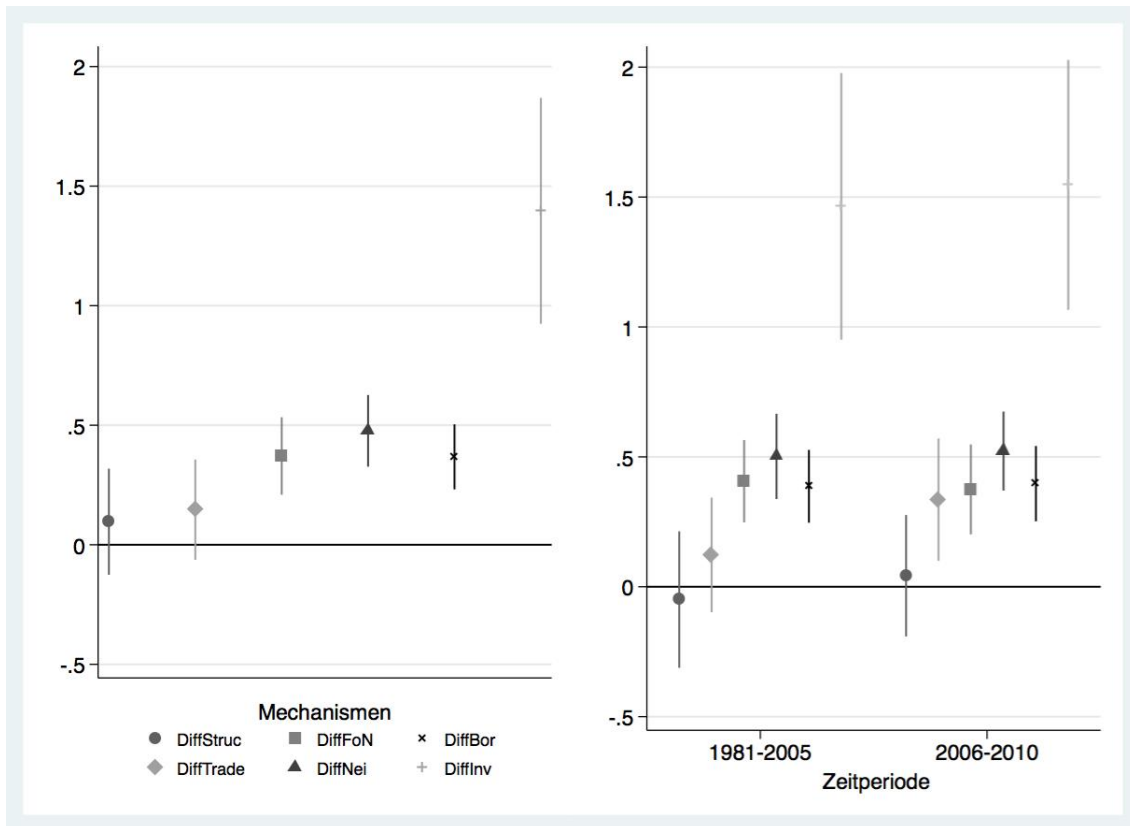
A20.6 Effekt des Mechanismus Zwang (Kapitalsteuer)



Quelle: eigene Berechnung. Marginalen Effekte in der Finanzpolitik für den Mechanismus Zwang mit den jeweiligen Gewichtungsmatrizen. Auslösungszeitpunkt: 2000. 19 OECD-Länder von 1971-2007.

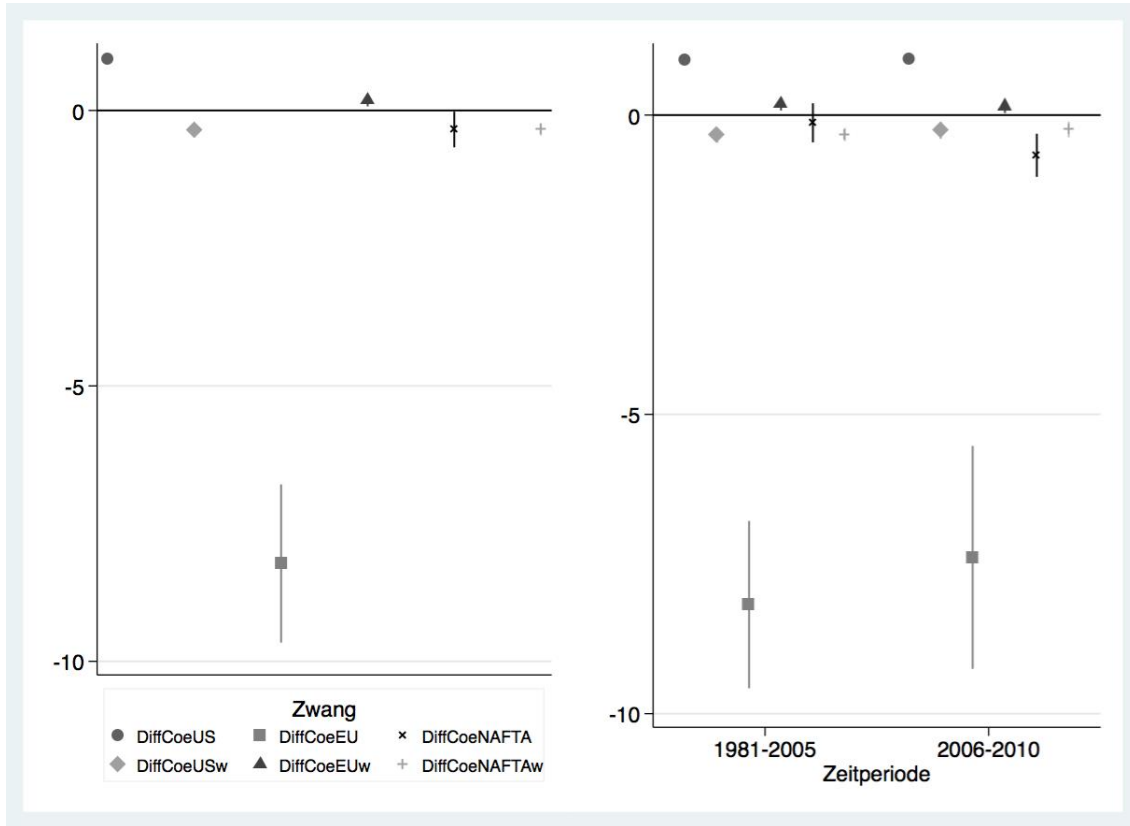
d) Umweltperformanz

A20.7 Effekt der Mechanismen Wettbewerb, Lernen/Nachahmung, Nähe (Umweltperformanz)



Quelle: eigene Berechnung. Marginalen Effekte in der Umweltpolitik für die Mechanismen Wettbewerb, Lernen/Ansteckung, Nähe mit den jeweiligen Gewichtungsmatrizen. Auslösungszeitpunkt: 2005. 20 OECD-Länder von 1981-2010.

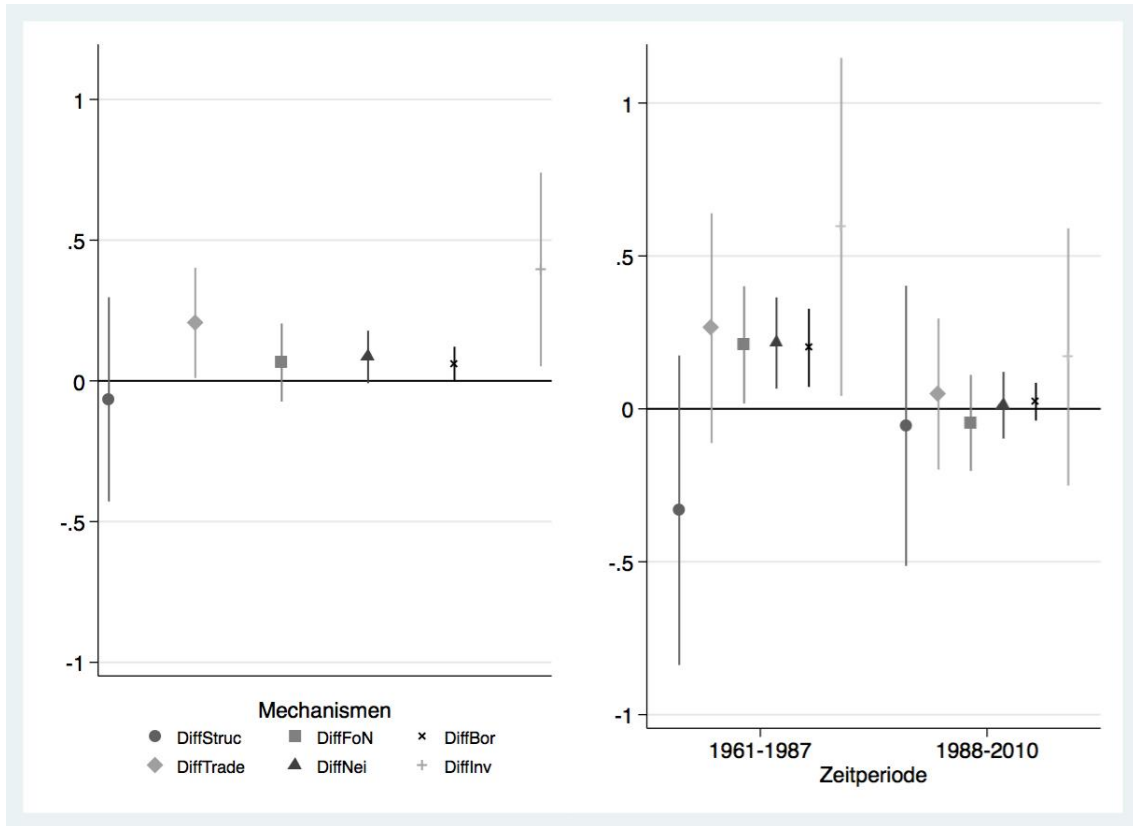
A20.8 Effekt des Mechanismus Zwang (Umweltperformanz)



Quelle: eigene Berechnung. Marginalen Effekte in der Umweltpolitik für den Mechanismus Zwang mit den jeweiligen Gewichtungsmatrizen. Auslösungszeitpunkt: 2005. 20 OECD-Länder von 1981-2010.

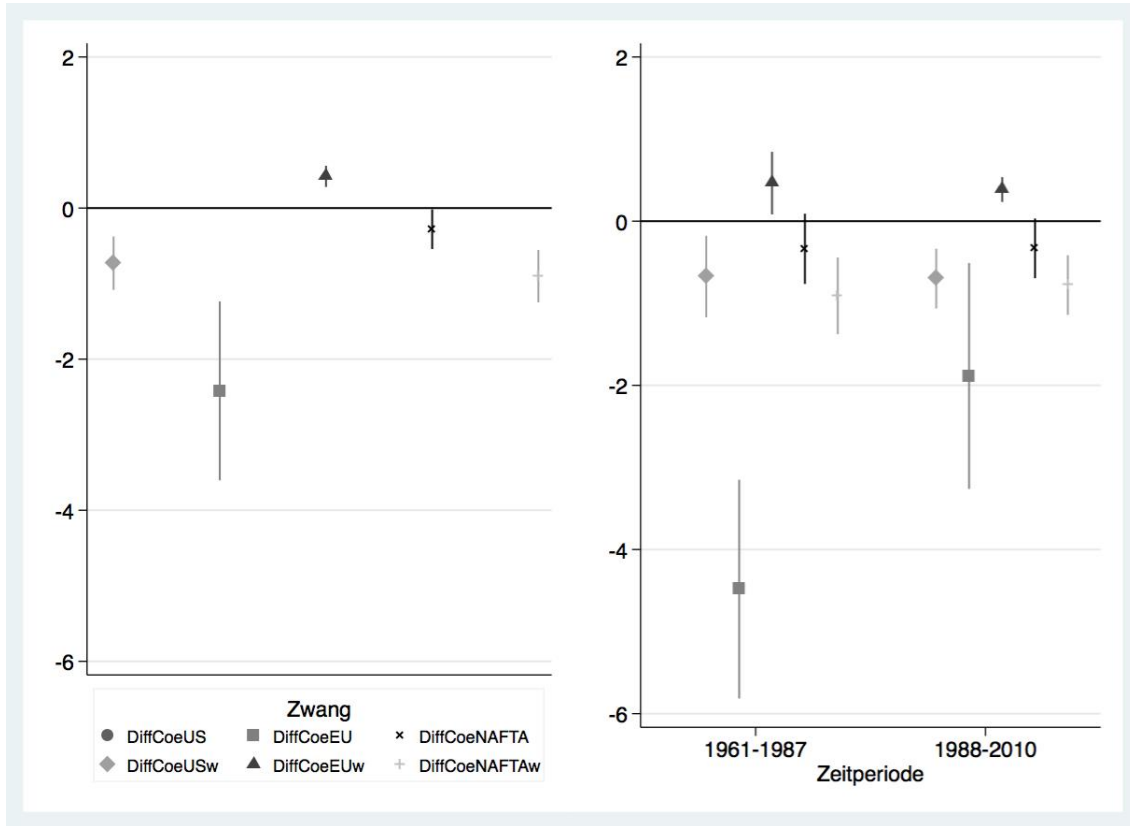
e) Ökologische Institutionalisierung

A20.9 Effekt der Mechanismen Wettbewerb, Lernen/Nachahmung, Nähe (Umweltinstitutionen)



Quelle: eigene Berechnung. Marginalen Effekte in der Umweltpolitik für die Mechanismen Wettbewerb, Lernen/Ansteckung, Nähe mit den jeweiligen Gewichtungsmatrizen. Auslösungszeitpunkt: 1987. 20 OECD-Länder von 1961-2010.

A20.10 Effekt des Mechanismus Zwang (Umweltinstitutionen)



Quelle: eigene Berechnung. Marginalen Effekte in der Umweltpolitik für den Mechanismus Zwang mit den jeweiligen Gewichtungsmatrizen. Auslösungszeitpunkt: 1987. 20 OECD-Länder von 1961-2010.

A21 Regressionstabellen

A21.1 Regressionsmodelle Sozialpolitik

Mechanismen: Wettbewerb, Lernen/Nachahmen, Nähe (Sozialpolitik)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1961-2010	1961-2010	1961-2010	1961-2010	1961-2010	1961-2010
DiffStruc	-0.070* (0.034)					
DiffTrade		0.284* (0.115)				
DiffFoN			0.179* (0.078)			
DiffNei				0.220*** (0.054)		
DiffBor					0.157*** (0.044)	
DiffInv						0.125 (0.166)
Arbeitslosigkeit	0.114** (0.042)	0.108** (0.042)	0.120** (0.042)	0.103* (0.041)	0.116** (0.042)	0.112** (0.042)
Wirtschaft	-0.046*** (0.013)	-0.042** (0.013)	-0.044** (0.014)	-0.041** (0.013)	-0.044*** (0.013)	-0.044*** (0.013)
Rechte Reg.	-0.001 (0.002)	-0.001 (0.002)	-0.001 (0.002)	-0.001 (0.002)	-0.001 (0.002)	-0.001 (0.002)
Linke Reg.	-0.002 (0.002)	-0.002 (0.002)	-0.002 (0.002)	-0.003 (0.002)	-0.002 (0.002)	-0.002 (0.002)
EU	-0.354 (0.370)	-0.437 (0.368)	-0.353 (0.354)	-0.373 (0.349)	-0.368 (0.360)	-0.394 (0.371)
Korporatismus	-0.391 (0.254)	-0.416 (0.255)	-0.448 (0.249)	-0.386 (0.243)	-0.330 (0.252)	-0.421 (0.256)
Verschuldung	0.008 (0.005)	0.009 (0.005)	0.010* (0.005)	0.011* (0.005)	0.010* (0.005)	0.008 (0.005)
Rentneranteil	0.272** (0.086)	0.246** (0.085)	0.241** (0.081)	0.200* (0.080)	0.262** (0.083)	0.256** (0.086)
Gewerkschaften	0.062*** (0.018)	0.060*** (0.018)	0.054** (0.017)	0.056*** (0.017)	0.042* (0.018)	0.061*** (0.018)
Parteien	0.003 (0.011)	0.001 (0.011)	0.003 (0.011)	0.003 (0.011)	0.003 (0.011)	0.003 (0.011)
Vetospierer	0.011 (0.009)	0.013 (0.009)	0.012 (0.009)	0.013 (0.010)	0.015 (0.009)	0.012 (0.009)
Demokratie	-0.097 (0.077)	-0.097 (0.078)	-0.087 (0.078)	-0.090 (0.078)	-0.093 (0.077)	-0.094 (0.077)
R2	0.967	0.966	0.972	0.973	0.969	0.967
N	832	832	832	832	832	832

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Wettbewerb, Lernen/Nachahmen, Nähe (Sozialpolitik)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1961-1996	1961-1996	1961-1996	1961-1996	1961-1996	1961-1996
DiffStruc	-0.072* (0.035)					
DiffTrade		0.299* (0.117)				
DiffFoN			0.245** (0.076)			
DiffNei				0.275*** (0.055)		
DiffBor					0.209*** (0.044)	
DiffInv						0.219 (0.166)
Arbeitslosigkeit	0.093* (0.046)	0.084 (0.046)	0.087 (0.046)	0.063 (0.046)	0.093* (0.046)	0.082 (0.046)
Wirtschaft	-0.044** (0.014)	-0.040** (0.014)	-0.041** (0.015)	-0.040** (0.014)	-0.044** (0.015)	-0.041** (0.014)
Rechte Reg.	-0.002 (0.002)	-0.002 (0.002)	-0.003 (0.002)	-0.002 (0.002)	-0.002 (0.002)	-0.002 (0.002)
Linke Reg.	-0.004 (0.002)	-0.003 (0.002)	-0.003 (0.002)	-0.003 (0.002)	-0.002 (0.002)	-0.004 (0.002)
EU	-0.268 (0.366)	-0.364 (0.367)	-0.309 (0.352)	-0.384 (0.348)	-0.347 (0.350)	-0.354 (0.369)
Korporatismus	-0.274 (0.246)	-0.390 (0.246)	-0.449 (0.243)	-0.338 (0.239)	-0.288 (0.232)	-0.391 (0.253)
Verschuldung	0.006 (0.005)	0.006 (0.005)	0.008 (0.005)	0.010 (0.005)	0.010* (0.005)	0.006 (0.005)
Rentneranteil	0.093 (0.103)	0.096 (0.107)	0.020 (0.105)	-0.045 (0.106)	-0.060 (0.109)	0.088 (0.106)
Gewerkschaften	0.073*** (0.017)	0.066*** (0.017)	0.060*** (0.017)	0.061*** (0.016)	0.058*** (0.017)	0.067*** (0.018)
Parteien	-0.002 (0.013)	-0.004 (0.013)	0.001 (0.013)	0.003 (0.013)	0.006 (0.013)	-0.002 (0.014)
Vetospierer	0.003 (0.014)	0.006 (0.014)	0.007 (0.014)	0.006 (0.014)	0.010 (0.014)	0.004 (0.014)
Demokratie	-0.101 (0.084)	-0.094 (0.087)	-0.099 (0.086)	-0.102 (0.085)	-0.102 (0.083)	-0.097 (0.085)
R2	0.978	0.975	0.978	0.979	0.981	0.974
Adj. R2	0.975	0.972	0.976	0.976	0.979	0.971
N	832	832	832	832	832	832

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Wettbewerb, Lernen/Nachahmen, Nähe (Sozialpolitik)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1997-2010	1997-2010	1997-2010	1997-2010	1997-2010	1997-2010
DiffStruc	-0.329** (0.108)					
DiffTrade		0.274 (0.144)				
DiffFoN			0.105 (0.101)			
DiffNei				0.141 (0.075)		
DiffBor					0.110* (0.044)	
DiffInv						0.034 (0.220)
Arbeitslosigkeit	0.196** (0.062)	0.208*** (0.062)	0.248*** (0.063)	0.220*** (0.062)	0.252*** (0.061)	0.203** (0.062)
Wirtschaft	-0.091* (0.043)	-0.078 (0.043)	-0.086* (0.044)	-0.073 (0.044)	-0.099* (0.044)	-0.083 (0.043)
Rechte Reg.	0.002 (0.003)	0.003 (0.003)	0.003 (0.003)	0.003 (0.003)	0.001 (0.003)	0.002 (0.003)
Linke Reg.	-0.001 (0.003)	-0.001 (0.003)	-0.000 (0.003)	-0.001 (0.003)	-0.002 (0.003)	-0.000 (0.003)
EU	16.576*** (2.996)	3.217 (3.617)	5.425* (2.323)	0.000 (.)	0.000 (.)	0.000 (.)
Korporatismus	-0.182 (0.262)	-0.287 (0.268)	-0.043 (0.290)	-0.073 (0.259)	-0.081 (0.249)	-0.256 (0.270)
Verschuldung	0.007 (0.007)	0.007 (0.007)	0.004 (0.007)	0.004 (0.007)	0.004 (0.007)	0.005 (0.007)
Rentneranteil	0.366*** (0.098)	0.332*** (0.101)	0.415*** (0.104)	0.351*** (0.101)	0.415*** (0.094)	0.367*** (0.105)
Gewerkschaften	0.057** (0.019)	0.050** (0.019)	0.045* (0.018)	0.050** (0.018)	0.046** (0.017)	0.053** (0.020)
Parteien	0.007 (0.017)	0.007 (0.018)	0.009 (0.017)	-0.002 (0.018)	-0.006 (0.018)	0.008 (0.017)
Vetospierer	0.018 (0.012)	0.017 (0.012)	0.014 (0.012)	0.018 (0.012)	0.018 (0.012)	0.018 (0.012)
Demokratie	-0.064 (0.099)	-0.061 (0.101)	-0.012 (0.106)	-0.035 (0.102)	-0.049 (0.098)	-0.053 (0.099)
R2	0.978	0.975	0.978	0.979	0.981	0.974
Adj. R2	0.975	0.972	0.976	0.976	0.979	0.971
N	832	832	832	832	832	832

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Zwang (Sozialpolitik)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1961-2010	1961-2010	1961-2010	1961-2010	1961-2010	1961-2010
DiffCoeUS	0.712*** (0.077)					
DiffCoeUSw		-0.394** (0.131)				
DiffCoeEU			-5.067*** (0.628)			
DiffCoeEUw				0.139 (0.091)		
DiffCoeNAFTA					-0.272 (0.145)	
DiffCoeNAFTAw						-0.399** (0.124)
Arbeitslosigkeit	0.104* (0.045)	0.109* (0.044)	0.059 (0.038)	0.113** (0.042)	0.113** (0.042)	0.118** (0.042)
Wirtschaft	-0.044** (0.014)	-0.044** (0.014)	-0.067*** (0.015)	-0.044*** (0.013)	-0.045*** (0.013)	-0.044*** (0.013)
Rechte Reg.	-0.001 (0.002)	-0.001 (0.002)	-0.001 (0.002)	-0.001 (0.002)	-0.001 (0.002)	-0.001 (0.002)
Linke Reg.	-0.002 (0.002)	-0.003 (0.002)	-0.003 (0.002)	-0.002 (0.002)	-0.002 (0.002)	-0.002 (0.002)
EU	-0.390 (0.368)	-0.437 (0.367)	-0.331 (0.319)	-0.434 (0.373)	-0.370 (0.369)	-0.431 (0.369)
Korporatismus	-0.440 (0.259)	-0.448 (0.255)	-0.200 (0.208)	-0.415 (0.257)	-0.406 (0.255)	-0.417 (0.253)
Verschuldung	0.007 (0.005)	0.008 (0.005)	0.004 (0.004)	0.007 (0.005)	0.008 (0.005)	0.008 (0.005)
Rentneranteil	0.266** (0.091)	0.230** (0.088)	0.265*** (0.069)	0.279** (0.087)	0.268** (0.086)	0.226** (0.083)
Gewerkschaften	0.059** (0.019)	0.063*** (0.018)	0.034* (0.015)	0.058** (0.018)	0.060*** (0.018)	0.065*** (0.018)
Parteien	0.004 (0.011)	0.002 (0.011)	-0.001 (0.011)	0.003 (0.011)	0.004 (0.011)	0.000 (0.011)
Vetospierer	0.012 (0.009)	0.012 (0.009)	0.015 (0.010)	0.012 (0.009)	0.012 (0.009)	0.012 (0.009)
Demokratie	-0.100 (0.078)	-0.100 (0.079)	-0.086 (0.075)	-0.104 (0.078)	-0.096 (0.077)	-0.098 (0.078)
R2	0.965	0.969	0.986	0.966	0.967	0.970
N	783	783	832	832	832	832

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Zwang (Sozialpolitik)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1961-1996	1961-1996	1961-1996	1961-1996	1961-1996	1961-1996
DiffCoeUS	0.791*** (0.098)					
DiffCoeUSw		-0.325* (0.127)				
DiffCoeEU			-6.146*** (0.636)			
DiffCoeEUw				0.136 (0.089)		
DiffCoeNAFTA					-0.324* (0.141)	
DiffCoeNAFTAw						-0.321** (0.124)
Arbeitslosigkeit	0.070 (0.049)	0.072 (0.049)	0.009 (0.042)	0.092* (0.046)	0.084 (0.047)	0.086 (0.046)
Wirtschaft	-0.040** (0.015)	-0.040** (0.015)	-0.068*** (0.016)	-0.041** (0.014)	-0.042** (0.014)	-0.041** (0.014)
Rechte Reg.	-0.004 (0.003)	-0.003 (0.003)	-0.004* (0.002)	-0.003 (0.002)	-0.002 (0.002)	-0.002 (0.002)
Linke Reg.	-0.005 (0.003)	-0.004 (0.003)	-0.005* (0.002)	-0.004 (0.002)	-0.004 (0.002)	-0.003 (0.002)
EU	-0.301 (0.364)	-0.279 (0.363)	-0.076 (0.324)	-0.352 (0.373)	-0.280 (0.367)	-0.296 (0.368)
Korporatismus	-0.441 (0.250)	-0.365 (0.245)	-0.153 (0.219)	-0.384 (0.248)	-0.389 (0.248)	-0.342 (0.248)
Verschuldung	0.004 (0.005)	0.004 (0.005)	-0.001 (0.005)	0.005 (0.005)	0.005 (0.005)	0.004 (0.005)
Rentneranteil	0.121 (0.109)	0.084 (0.105)	0.094 (0.082)	0.146 (0.105)	0.139 (0.104)	0.127 (0.101)
Gewerkschaften	0.068*** (0.018)	0.077*** (0.017)	0.036* (0.015)	0.064*** (0.018)	0.066*** (0.018)	0.073*** (0.017)
Parteien	0.001 (0.014)	-0.002 (0.014)	-0.011 (0.014)	-0.002 (0.014)	0.000 (0.014)	-0.005 (0.013)
Vetospierer	0.005 (0.014)	0.004 (0.014)	0.007 (0.014)	0.005 (0.014)	0.006 (0.014)	0.006 (0.014)
Demokratie	-0.092 (0.085)	-0.059 (0.087)	-0.066 (0.078)	-0.101 (0.086)	-0.093 (0.084)	-0.074 (0.085)
R2	0.974	0.979	0.989	0.975	0.974	0.976
Adj. R2	0.970	0.976	0.988	0.972	0.971	0.973
N	783	783	832	832	832	832

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Zwang (Sozialpolitik)

	(1) 1997-2010	(2) 1997-2010	(3) 1997-2010	(4) 1997-2010	(5) 1997-2010	(6) 1997-2010
DiffCoeUS	0.530*** (0.098)					
DiffCoeUSw		-0.576*** (0.133)				
DiffCoeEU			-5.625*** (0.682)			
DiffCoeEUw				0.114 (0.101)		
DiffCoeNAFTA					-0.162 (0.193)	
DiffCoeNAFTAw						-0.550*** (0.121)
Arbeitslosigkeit	0.206** (0.064)	0.229*** (0.063)	0.136* (0.056)	0.214*** (0.062)	0.211*** (0.061)	0.221*** (0.061)
Wirtschaft	-0.088* (0.043)	-0.107* (0.043)	-0.119** (0.046)	-0.084 (0.043)	-0.087* (0.043)	-0.103* (0.042)
Rechte Reg.	0.004 (0.004)	0.002 (0.004)	0.005 (0.003)	0.003 (0.003)	0.002 (0.003)	0.001 (0.003)
Linke Reg.	0.001 (0.004)	-0.001 (0.004)	0.000 (0.003)	-0.000 (0.003)	-0.000 (0.003)	-0.001 (0.003)
EU	0.000 (.)	0.000 (.)	-1.284* (0.553)	8.688*** (1.739)	10.214** (3.632)	0.000 (.)
Korporatismus	-0.294 (0.270)	-0.475 (0.270)	0.083 (0.224)	-0.272 (0.271)	-0.295 (0.268)	-0.446 (0.269)
Verschuldung	0.007 (0.007)	0.013 (0.008)	0.001 (0.006)	0.005 (0.007)	0.006 (0.007)	0.010 (0.007)
Rentneranteil	0.342** (0.107)	0.203 (0.112)	0.379*** (0.085)	0.350*** (0.100)	0.343*** (0.102)	0.236* (0.102)
Gewerkschaften	0.049* (0.019)	0.063*** (0.018)	0.019 (0.015)	0.049* (0.019)	0.050** (0.019)	0.062*** (0.019)
Parteien	0.011 (0.018)	0.010 (0.017)	0.010 (0.017)	0.010 (0.018)	0.011 (0.017)	0.012 (0.017)
Vetospiele	0.015 (0.012)	0.015 (0.012)	0.016 (0.012)	0.016 (0.012)	0.016 (0.012)	0.016 (0.012)
Demokratie	-0.075 (0.103)	-0.130 (0.105)	-0.061 (0.093)	-0.068 (0.101)	-0.055 (0.100)	-0.078 (0.099)
R2	0.974	0.979	0.989	0.975	0.974	0.976
Adj. R2	0.970	0.976	0.988	0.972	0.971	0.973
N	783	783	832	832	832	832

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

A21.2 Regressionsmodelle Steuerpolitik

Mechanismen: Wettbewerb, Lernen/Nachahmen, Nähe (Lohnsteuer)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1971-2007	1971-2007	1971-2007	1971-2007	1971-2007	1971-2007
DiffStruc	-0.787*** (0.152)					
DiffTrade		0.056 (0.081)				
DiffFoN			-0.027 (0.045)			
DiffNei				0.011 (0.031)		
DiffBor					-0.043** (0.016)	
DiffInv						-0.272* (0.113)
Wirtschaft	0.003 (0.029)	0.003 (0.026)	0.003 (0.026)	0.005 (0.026)	0.002 (0.027)	-0.002 (0.027)
Rechte Reg.	-0.000 (0.004)	-0.001 (0.004)	-0.001 (0.004)	-0.001 (0.004)	-0.000 (0.004)	-0.000 (0.004)
Linke Reg.	0.004 (0.004)	0.004 (0.004)	0.003 (0.004)	0.003 (0.004)	0.004 (0.004)	0.004 (0.004)
EU	-0.280 (0.483)	-0.762 (0.470)	-0.740 (0.476)	-0.854 (0.468)	-0.614 (0.472)	-0.412 (0.485)
Korporatismus	1.715*** (0.413)	1.410** (0.430)	1.411** (0.434)	1.384** (0.443)	1.347** (0.432)	1.514*** (0.410)
Verschuldung	0.080*** (0.008)	0.075*** (0.008)	0.075*** (0.008)	0.074*** (0.009)	0.074*** (0.008)	0.076*** (0.008)
Gewerkschaften	0.030 (0.022)	0.017 (0.022)	0.021 (0.023)	0.018 (0.023)	0.026 (0.022)	0.021 (0.021)
Parteien	-0.025 (0.020)	-0.022 (0.020)	-0.020 (0.020)	-0.020 (0.020)	-0.021 (0.019)	-0.018 (0.020)
Vetospierer	-0.053* (0.024)	-0.045 (0.023)	-0.043 (0.023)	-0.040 (0.023)	-0.047* (0.024)	-0.050* (0.024)
Demokratie	0.325 (0.170)	0.301 (0.167)	0.294 (0.166)	0.280 (0.164)	0.311 (0.167)	0.335* (0.171)
R2	0.982	0.976	0.975	0.974	0.977	0.980
N	704	704	704	704	704	704

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Wettbewerb, Lernen/Nachahmen, Nähe (Lohnsteuer)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1971-2000	1971-2000	1971-2000	1971-2000	1971-2000	1971-2000
DiffStruc	-0.742*** (0.159)					
DiffTrade		0.058 (0.084)				
DiffFoN			-0.047 (0.046)			
DiffNei				0.006 (0.033)		
DiffBor					-0.052** (0.017)	
DiffInv						-0.218 (0.120)
Wirtschaft	-0.007 (0.031)	-0.007 (0.029)	-0.010 (0.029)	-0.006 (0.028)	-0.010 (0.029)	-0.011 (0.029)
Rechte Reg.	0.005 (0.004)	0.004 (0.004)	0.003 (0.004)	0.003 (0.004)	0.005 (0.004)	0.005 (0.004)
Linke Reg.	0.005 (0.005)	0.005 (0.005)	0.005 (0.005)	0.005 (0.005)	0.007 (0.005)	0.006 (0.005)
EU	-0.749 (0.518)	-1.179* (0.504)	-1.159* (0.509)	-1.191* (0.511)	-0.951 (0.523)	-0.964 (0.510)
Korporatismus	1.810*** (0.431)	1.369** (0.431)	1.400** (0.434)	1.350** (0.446)	1.277** (0.432)	1.472*** (0.420)
Verschuldung	0.084*** (0.010)	0.080*** (0.010)	0.078*** (0.011)	0.078*** (0.011)	0.079*** (0.010)	0.089*** (0.011)
Gewerkschaften	0.018 (0.024)	0.002 (0.024)	0.006 (0.024)	0.006 (0.024)	0.014 (0.024)	0.006 (0.024)
Parteien	-0.037 (0.025)	-0.029 (0.025)	-0.031 (0.025)	-0.028 (0.025)	-0.026 (0.025)	-0.022 (0.025)
Vetospiele	-0.064* (0.031)	-0.057 (0.030)	-0.053 (0.030)	-0.049 (0.029)	-0.060* (0.030)	-0.070* (0.031)
Demokratie	0.342 (0.176)	0.327 (0.178)	0.349* (0.175)	0.320 (0.173)	0.356* (0.175)	0.348* (0.176)
R2	0.983	0.978	0.977	0.975	0.980	0.980
Adj. R2	0.980	0.975	0.975	0.972	0.977	0.978
N	704	704	704	704	704	704

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Wettbewerb, Lernen/Nachahmen, Nähe (Lohnsteuer)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	2001-2007	2001-2007	2001-2007	2001-2007	2001-2007	2001-2007
DiffStruc	-1.055*** (0.204)					
DiffTrade		-0.064 (0.113)				
DiffFoN			-0.055 (0.064)			
DiffNei				-0.025 (0.047)		
DiffBor					-0.079*** (0.023)	
DiffInv						-0.717*** (0.185)
Wirtschaft	-0.039 (0.089)	-0.025 (0.082)	-0.015 (0.083)	-0.014 (0.081)	-0.043 (0.085)	-0.063 (0.086)
Rechte Reg.	-0.013* (0.006)	-0.011 (0.006)	-0.011 (0.006)	-0.011 (0.006)	-0.014* (0.006)	-0.013* (0.006)
Linke Reg.	-0.002 (0.006)	-0.002 (0.006)	-0.001 (0.006)	-0.002 (0.006)	-0.003 (0.006)	-0.005 (0.006)
EU	0.000 (.)	0.000 (.)	0.000 (.)	0.000 (.)	0.000 (.)	0.000 (.)
Korporatismus	1.101* (0.473)	0.832 (0.482)	0.845 (0.484)	0.836 (0.494)	0.452 (0.506)	0.997* (0.467)
Verschuldung	0.081*** (0.010)	0.072*** (0.010)	0.074*** (0.010)	0.072*** (0.010)	0.070*** (0.010)	0.070*** (0.010)
Gewerkschaften	0.044 (0.024)	0.033 (0.025)	0.040 (0.027)	0.039 (0.026)	0.053* (0.026)	0.060* (0.025)
Parteien	0.027 (0.036)	0.014 (0.036)	0.015 (0.036)	0.013 (0.036)	0.008 (0.036)	0.037 (0.037)
Vetospieler	-0.027 (0.029)	-0.023 (0.030)	-0.026 (0.030)	-0.022 (0.029)	-0.026 (0.029)	-0.000 (0.031)
Demokratie	0.252 (0.218)	0.293 (0.216)	0.269 (0.224)	0.260 (0.216)	0.285 (0.216)	0.250 (0.217)
R2	0.983	0.978	0.977	0.975	0.980	0.980
Adj. R2	0.980	0.975	0.975	0.972	0.977	0.978
N	704	704	704	704	704	704

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Zwang (Lohnsteuer)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1971-2007	1971-2007	1971-2007	1971-2007	1971-2007	1971-2007
DiffCoeUS	0.774*** (0.039)					
DiffCoeUSw		-0.328 (0.168)				
DiffCoeEU			-5.955*** (0.549)			
DiffCoeEUw				0.117* (0.055)		
DiffCoeNAFTA					-0.193 (0.142)	
DiffCoeNAFTAw						-0.331** (0.119)
Wirtschaft	0.025 (0.028)	0.023 (0.027)	0.018 (0.028)	0.026 (0.026)	0.006 (0.026)	0.004 (0.025)
Rechte Reg.	0.003 (0.004)	0.002 (0.004)	-0.002 (0.003)	-0.001 (0.004)	-0.001 (0.004)	-0.002 (0.003)
Linke Reg.	0.005 (0.004)	0.004 (0.004)	-0.002 (0.004)	0.003 (0.004)	0.003 (0.004)	0.002 (0.004)
EU	-0.571 (0.483)	-0.706 (0.478)	-0.095 (0.430)	-0.804 (0.474)	-0.846 (0.469)	-1.072* (0.464)
Korporatismus	1.171** (0.428)	1.178** (0.434)	0.958** (0.348)	1.179** (0.436)	1.364** (0.436)	1.288** (0.449)
Verschuldung	0.079*** (0.008)	0.077*** (0.009)	0.043*** (0.007)	0.071*** (0.009)	0.074*** (0.008)	0.073*** (0.009)
Gewerkschaften	-0.005 (0.022)	-0.001 (0.022)	0.024 (0.018)	-0.004 (0.023)	0.016 (0.022)	0.018 (0.023)
Parteien	-0.036 (0.020)	-0.042* (0.020)	-0.031 (0.018)	-0.038 (0.020)	-0.017 (0.020)	-0.022 (0.020)
Vetospieler	-0.056* (0.024)	-0.055* (0.024)	-0.051* (0.022)	-0.048* (0.023)	-0.043 (0.023)	-0.039 (0.022)
Demokratie	0.298 (0.170)	0.303 (0.168)	0.241 (0.148)	0.283 (0.165)	0.276 (0.165)	0.250 (0.161)
R2	0.980	0.979	0.990	0.977	0.975	0.971
N	634	634	682	682	700	700

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Zwang (Lohnsteuer)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1971-2000	1971-2000	1971-2000	1971-2000	1971-2000	1971-2000
DiffCoeUS	0.927*** (0.054)					
DiffCoeUSw		-0.351 (0.195)				
DiffCoeEU			-6.278*** (0.547)			
DiffCoeEUw				0.145* (0.058)		
DiffCoeNAFTA					-0.155 (0.148)	
DiffCoeNAFTAw						-0.326* (0.128)
Wirtschaft	0.012 (0.031)	0.010 (0.031)	0.001 (0.030)	0.018 (0.029)	-0.006 (0.029)	-0.007 (0.028)
Rechte Reg.	0.008 (0.005)	0.008 (0.005)	0.003 (0.004)	0.004 (0.004)	0.003 (0.004)	0.002 (0.004)
Linke Reg.	0.006 (0.006)	0.006 (0.006)	0.000 (0.005)	0.004 (0.005)	0.005 (0.005)	0.005 (0.005)
EU	-0.945 (0.527)	-1.036* (0.521)	-0.671 (0.472)	-1.223* (0.501)	-1.226* (0.506)	-1.367** (0.499)
Korporatismus	1.199** (0.432)	1.248** (0.450)	0.855* (0.350)	1.231** (0.434)	1.379** (0.434)	1.389** (0.445)
Verschuldung	0.082*** (0.011)	0.080*** (0.011)	0.049*** (0.008)	0.073*** (0.011)	0.077*** (0.010)	0.075*** (0.011)
Gewerkschaften	-0.028 (0.025)	-0.022 (0.025)	0.004 (0.020)	-0.024 (0.024)	-0.000 (0.024)	0.003 (0.024)
Parteien	-0.054* (0.025)	-0.059* (0.025)	-0.033 (0.024)	-0.058* (0.025)	-0.026 (0.025)	-0.032 (0.025)
Vetospiele	-0.072* (0.032)	-0.073* (0.032)	-0.055 (0.028)	-0.067* (0.031)	-0.052 (0.030)	-0.049 (0.029)
Demokratie	0.371* (0.178)	0.392* (0.183)	0.283 (0.151)	0.342 (0.176)	0.337 (0.174)	0.340 (0.174)
R2	0.983	0.982	0.992	0.980	0.977	0.976
Adj. R2	0.980	0.980	0.991	0.978	0.975	0.973
N	634	634	682	682	700	700

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Zwang (Lohnsteuer)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	2001-2007	2001-2007	2001-2007	2001-2007	2001-2007	2001-2007
DiffCoeUS	0.778*** (0.052)					
DiffCoeUSw		-0.345* (0.173)				
DiffCoeEU			-6.370*** (0.618)			
DiffCoeEUw				0.083 (0.066)		
DiffCoeNAFTA					-0.168 (0.154)	
DiffCoeNAFTAw						-0.367** (0.125)
Wirtschaft	-0.005 (0.084)	-0.013 (0.083)	-0.001 (0.082)	-0.020 (0.080)	-0.009 (0.081)	-0.019 (0.080)
Rechte Reg.	-0.007 (0.007)	-0.008 (0.007)	-0.015** (0.005)	-0.010 (0.006)	-0.011 (0.006)	-0.012 (0.006)
Linke Reg.	0.002 (0.006)	0.000 (0.006)	-0.009 (0.005)	-0.001 (0.006)	-0.001 (0.006)	-0.003 (0.006)
EU	0.000 (.)	25.701*** (1.877)	0.000 (.)	0.000 (.)	29.294*** (5.490)	25.419*** (1.830)
Korporatismus	0.461 (0.472)	0.474 (0.473)	0.220 (0.401)	0.668 (0.494)	0.797 (0.481)	0.736 (0.486)
Verschuldung	0.079*** (0.010)	0.077*** (0.010)	0.037*** (0.008)	0.069*** (0.010)	0.074*** (0.010)	0.073*** (0.010)
Gewerkschaften	0.009 (0.025)	0.017 (0.026)	0.026 (0.021)	0.013 (0.025)	0.030 (0.025)	0.037 (0.026)
Parteien	0.004 (0.035)	-0.006 (0.036)	-0.015 (0.031)	0.005 (0.035)	0.012 (0.036)	0.002 (0.036)
Vetospieler	-0.036 (0.028)	-0.035 (0.028)	-0.025 (0.026)	-0.024 (0.030)	-0.029 (0.029)	-0.028 (0.029)
Demokratie	0.272 (0.217)	0.273 (0.213)	0.104 (0.178)	0.277 (0.211)	0.241 (0.218)	0.223 (0.211)
R2	0.983	0.982	0.992	0.980	0.977	0.976
Adj. R2	0.980	0.980	0.991	0.978	0.975	0.973
N	634	634	682	682	700	700

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Wettbewerb, Lernen/Nachahmen, Nähe (Kapitalsteuer)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1971-2007	1971-2007	1971-2007	1971-2007	1971-2007	1971-2007
DiffStruc	0.014 (0.158)					
DiffTrade		-0.034 (0.064)				
DiffFoN			-0.023 (0.051)			
DiffNei				0.051 (0.036)		
DiffBor					0.046 (0.031)	
DiffInv						0.059 (0.155)
Wirtschaft	0.064 (0.056)	0.065 (0.055)	0.060 (0.057)	0.065 (0.058)	0.063 (0.057)	0.060 (0.058)
Rechte Reg.	0.005 (0.008)	0.004 (0.008)	0.005 (0.008)	0.007 (0.008)	0.005 (0.008)	0.006 (0.008)
Linke Reg.	0.011 (0.009)	0.010 (0.009)	0.011 (0.009)	0.012 (0.009)	0.011 (0.009)	0.012 (0.009)
EU	-0.159 (1.212)	-0.255 (1.214)	0.084 (1.226)	0.243 (1.203)	0.062 (1.202)	0.196 (1.220)
Korporatismus	1.636 (0.882)	1.628 (0.889)	1.694* (0.850)	1.794* (0.817)	1.740* (0.841)	1.716* (0.831)
Verschuldung	0.002 (0.022)	0.001 (0.022)	0.003 (0.021)	0.004 (0.020)	0.003 (0.021)	0.004 (0.021)
Gewerkschaften	-0.066 (0.055)	-0.066 (0.055)	-0.065 (0.054)	-0.059 (0.052)	-0.066 (0.053)	-0.063 (0.053)
Parteien	0.027 (0.051)	0.027 (0.051)	0.029 (0.051)	0.029 (0.051)	0.025 (0.051)	0.031 (0.051)
Vetospieler	-0.011 (0.044)	-0.010 (0.043)	-0.013 (0.044)	-0.013 (0.045)	-0.011 (0.044)	-0.014 (0.045)
Demokratie	-0.352 (0.278)	-0.349 (0.278)	-0.371 (0.281)	-0.354 (0.281)	-0.359 (0.279)	-0.361 (0.281)
R2	0.822	0.814	0.845	0.865	0.849	0.857
N	704	704	704	704	704	704

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Wettbewerb, Lernen/Nachahmen, Nähe (Kapitalsteuer)

	(1) 1971-2000	(2) 1971-2000	(3) 1971-2000	(4) 1971-2000	(5) 1971-2000	(6) 1971-2000
DiffStruc	0.079 (0.159)					
DiffTrade		-0.012 (0.064)				
DiffFoN			0.030 (0.053)			
DiffNei				0.096* (0.038)		
DiffBor					0.049 (0.030)	
DiffInv						0.252 (0.156)
Wirtschaft	0.051 (0.059)	0.053 (0.058)	0.051 (0.059)	0.054 (0.060)	0.055 (0.059)	0.045 (0.060)
Rechte Reg.	0.007 (0.008)	0.007 (0.008)	0.007 (0.008)	0.010 (0.009)	0.007 (0.008)	0.009 (0.008)
Linke Reg.	0.013 (0.010)	0.013 (0.010)	0.014 (0.010)	0.015 (0.010)	0.012 (0.010)	0.015 (0.010)
EU	0.243 (1.222)	-0.017 (1.228)	0.226 (1.223)	0.457 (1.199)	0.138 (1.198)	0.340 (1.211)
Korporatismus	1.532 (0.794)	1.869* (0.843)	1.734* (0.794)	2.065** (0.779)	1.666* (0.797)	1.957* (0.779)
Verschuldung	0.037 (0.023)	0.024 (0.024)	0.035 (0.023)	0.035 (0.022)	0.033 (0.023)	0.033 (0.022)
Gewerkschaften	-0.068 (0.053)	-0.062 (0.054)	-0.068 (0.053)	-0.057 (0.051)	-0.064 (0.053)	-0.056 (0.051)
Parteien	-0.002 (0.054)	0.004 (0.053)	0.001 (0.053)	-0.004 (0.053)	-0.001 (0.054)	0.006 (0.053)
Vetospierer	0.020 (0.048)	0.032 (0.048)	0.030 (0.048)	0.038 (0.049)	0.024 (0.048)	0.032 (0.049)
Demokratie	-0.515 (0.299)	-0.479 (0.294)	-0.505 (0.299)	-0.556 (0.298)	-0.535 (0.296)	-0.570 (0.297)
R2	0.884	0.868	0.884	0.903	0.880	0.896
Adj. R2	0.870	0.851	0.870	0.891	0.865	0.883
N	704	704	704	704	704	704

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Wettbewerb, Lernen/Nachahmen, Nähe (Kapitalsteuer)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	2001-2007	2001-2007	2001-2007	2001-2007	2001-2007	2001-2007
DiffStruc	-0.746 (0.467)					
DiffTrade		-0.451* (0.176)				
DiffFoN			-0.266* (0.116)			
DiffNei				-0.079 (0.060)		
DiffBor					0.053 (0.055)	
DiffInv						-0.656* (0.265)
Wirtschaft	0.073 (0.230)	0.184 (0.229)	0.117 (0.229)	0.179 (0.244)	0.060 (0.228)	0.205 (0.240)
Rechte Reg.	0.014 (0.014)	0.014 (0.014)	0.011 (0.014)	0.015 (0.014)	0.014 (0.015)	0.008 (0.014)
Linke Reg.	0.046** (0.018)	0.044* (0.018)	0.037* (0.018)	0.047** (0.018)	0.044* (0.019)	0.040* (0.018)
EU	-1.758 (2.745)	-2.024 (2.530)	50.988*** (5.355)	-1.205 (2.438)	41.580*** (4.129)	-1.271 (2.484)
Korporatismus	2.490* (1.200)	2.000 (1.176)	1.912 (1.140)	2.641* (1.116)	2.302 (1.194)	2.389* (1.123)
Verschuldung	-0.032 (0.023)	-0.026 (0.024)	-0.028 (0.023)	-0.027 (0.023)	-0.028 (0.023)	-0.041 (0.022)
Gewerkschaften	-0.073 (0.060)	-0.057 (0.061)	-0.066 (0.060)	-0.078 (0.058)	-0.066 (0.060)	-0.100 (0.060)
Parteien	0.192 (0.108)	0.140 (0.102)	0.174 (0.105)	0.186 (0.105)	0.156 (0.105)	0.158 (0.104)
Vetospierer	-0.206* (0.085)	-0.212* (0.086)	-0.203* (0.085)	-0.252** (0.085)	-0.200* (0.087)	-0.230** (0.085)
Demokratie	0.323 (0.450)	0.210 (0.437)	0.105 (0.451)	0.480 (0.461)	0.321 (0.453)	0.569 (0.464)
R2	0.884	0.868	0.884	0.903	0.880	0.896
Adj. R2	0.870	0.851	0.870	0.891	0.865	0.883
N	704	704	704	704	704	704

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Zwang (Kapitalsteuer)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1971-2007	1971-2007	1971-2007	1971-2007	1971-2007	1971-2007
DiffCoeUS	0.663*** (0.058)					
DiffCoeUSw		0.348 (0.254)				
DiffCoeEU			-5.608*** (0.723)			
DiffCoeEUw				0.369* (0.172)		
DiffCoeNAFTA					0.099 (0.156)	
DiffCoeNAFTAw						0.206 (0.138)
Wirtschaft	0.067 (0.060)	0.066 (0.059)	0.056 (0.068)	0.083 (0.056)	0.063 (0.056)	0.065 (0.056)
Rechte Reg.	0.008 (0.009)	0.010 (0.009)	0.010 (0.008)	0.006 (0.008)	0.005 (0.007)	0.005 (0.007)
Linke Reg.	0.010 (0.010)	0.011 (0.011)	0.015 (0.010)	0.009 (0.009)	0.011 (0.009)	0.011 (0.009)
EU	0.193 (1.233)	0.202 (1.243)	2.217* (1.099)	-0.007 (1.212)	-0.284 (1.208)	-0.261 (1.212)
Korporatismus	1.508 (0.909)	1.435 (0.917)	1.796** (0.635)	1.642 (0.901)	1.529 (0.888)	1.555 (0.888)
Verschuldung	-0.012 (0.022)	-0.009 (0.022)	0.002 (0.018)	-0.001 (0.021)	0.002 (0.022)	0.002 (0.022)
Gewerkschaften	-0.090 (0.057)	-0.094 (0.058)	-0.088 (0.045)	-0.090 (0.056)	-0.071 (0.055)	-0.070 (0.055)
Parteien	0.016 (0.052)	0.017 (0.052)	0.043 (0.051)	0.017 (0.052)	0.031 (0.051)	0.033 (0.051)
Vetospiele	-0.024 (0.045)	-0.025 (0.045)	-0.004 (0.046)	-0.016 (0.044)	-0.013 (0.044)	-0.013 (0.044)
Demokratie	-0.487 (0.284)	-0.497 (0.286)	-0.381 (0.277)	-0.469 (0.282)	-0.382 (0.278)	-0.374 (0.278)
R2	0.839	0.839	0.943	0.840	0.820	0.820
N	634	634	682	682	700	700

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Zwang (Kapitalsteuer)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1971-2000	1971-2000	1971-2000	1971-2000	1971-2000	1971-2000
DiffCoeUS	0.656*** (0.053)					
DiffCoeUSw		0.481* (0.244)				
DiffCoeEU			-5.599*** (0.776)			
DiffCoeEUw				0.298 (0.174)		
DiffCoeNAFTA					0.083 (0.168)	
DiffCoeNAFTAw						0.263 (0.140)
Wirtschaft	0.063 (0.062)	0.045 (0.062)	0.047 (0.067)	0.075 (0.058)	0.054 (0.059)	0.047 (0.059)
Rechte Reg.	0.011 (0.010)	0.019 (0.010)	0.012 (0.008)	0.010 (0.008)	0.007 (0.008)	0.011 (0.008)
Linke Reg.	0.011 (0.011)	0.018 (0.011)	0.013 (0.010)	0.013 (0.010)	0.012 (0.010)	0.016 (0.010)
EU	0.508 (1.241)	0.725 (1.254)	1.721 (1.104)	0.383 (1.211)	-0.063 (1.212)	0.115 (1.216)
Korporatismus	1.461 (0.854)	1.933* (0.855)	1.600* (0.641)	1.633* (0.824)	1.479 (0.817)	1.801* (0.808)
Verschuldung	0.015 (0.023)	-0.002 (0.024)	0.043* (0.020)	0.021 (0.023)	0.032 (0.023)	0.019 (0.024)
Gewerkschaften	-0.084 (0.056)	-0.067 (0.057)	-0.097* (0.046)	-0.081 (0.054)	-0.068 (0.053)	-0.057 (0.054)
Parteien	-0.011 (0.055)	-0.007 (0.055)	-0.011 (0.053)	-0.016 (0.054)	0.010 (0.053)	0.010 (0.053)
Vetospierer	0.009 (0.049)	0.016 (0.049)	0.026 (0.049)	0.038 (0.049)	0.018 (0.048)	0.025 (0.048)
Demokratie	-0.680* (0.302)	-0.570 (0.300)	-0.663* (0.295)	-0.523 (0.294)	-0.563 (0.295)	-0.486 (0.292)
R2	0.877	0.886	0.951	0.886	0.872	0.879
Adj. R2	0.861	0.871	0.944	0.871	0.856	0.864
N	634	634	682	682	700	700

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Zwang (Kapitalsteuer)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	2001-2007	2001-2007	2001-2007	2001-2007	2001-2007	2001-2007
DiffCoeUS	0.985*** (0.095)					
DiffCoeUSw		-0.116 (0.271)				
DiffCoeEU			-6.316*** (1.189)			
DiffCoeEUw				1.002*** (0.263)		
DiffCoeNAFTA					-0.036 (0.461)	
DiffCoeNAFTAw						-0.186 (0.192)
Wirtschaft	0.047 (0.227)	0.171 (0.225)	0.131 (0.242)	0.051 (0.222)	0.078 (0.225)	0.153 (0.224)
Rechte Reg.	0.023 (0.017)	0.006 (0.017)	0.013 (0.014)	0.022 (0.014)	0.012 (0.014)	0.005 (0.013)
Linke Reg.	0.053** (0.019)	0.031 (0.020)	0.050** (0.017)	0.059** (0.018)	0.043* (0.017)	0.033 (0.017)
EU	0.000 (.)	42.363*** (4.590)	1.669 (2.423)	0.000 (.)	0.000 (.)	-2.884 (2.615)
Korporatismus	1.978 (1.200)	1.011 (1.235)	2.588* (1.181)	1.492 (1.168)	2.023 (1.177)	1.389 (1.184)
Verschuldung	-0.037 (0.023)	-0.019 (0.023)	-0.035 (0.020)	-0.013 (0.024)	-0.027 (0.024)	-0.012 (0.023)
Gewerkschaften	-0.092 (0.062)	-0.035 (0.064)	-0.135** (0.051)	-0.060 (0.062)	-0.068 (0.061)	-0.027 (0.061)
Parteien	0.144 (0.108)	0.026 (0.102)	0.266** (0.096)	0.117 (0.100)	0.153 (0.103)	0.092 (0.098)
Vetospiele	-0.231** (0.086)	-0.248** (0.085)	-0.166* (0.079)	-0.319** (0.101)	-0.199* (0.086)	-0.210* (0.085)
Demokratie	0.098 (0.454)	-0.280 (0.432)	0.668 (0.449)	0.013 (0.438)	0.234 (0.444)	0.069 (0.429)
R2	0.877	0.886	0.951	0.886	0.872	0.879
Adj. R2	0.861	0.871	0.944	0.871	0.856	0.864
N	634	634	682	682	700	700

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

A21.3 Regressionsmodelle Umweltpolitik

Mechanismen: Wettbewerb, Lernen/Nachahmen, Nähe (Umweltperformanz)

	(1) 1981-2010	(2) 1981-2010	(3) 1981-2010	(4) 1981-2010	(5) 1981-2010	(6) 1981-2010
DiffStruc	0.096 (0.113)					
DiffTrade		0.147 (0.107)				
DiffFoN			0.371*** (0.083)			
DiffNei				0.476*** (0.076)		
DiffBor					0.368*** (0.069)	
DiffInv						1.397*** (0.241)
Wirtschaft	0.035 (0.035)	0.034 (0.033)	0.035 (0.032)	0.024 (0.033)	0.031 (0.031)	0.028 (0.031)
Rechte Reg.	-0.000 (0.003)	-0.000 (0.003)	-0.000 (0.003)	0.002 (0.003)	0.001 (0.003)	0.001 (0.003)
Linke Reg.	-0.004 (0.003)	-0.003 (0.003)	-0.004 (0.003)	-0.005 (0.003)	-0.003 (0.003)	-0.004 (0.003)
EU	0.275 (0.640)	0.339 (0.647)	0.255 (0.544)	0.422 (0.555)	0.205 (0.566)	0.537 (0.591)
Korporatismus	0.652 (0.422)	0.702 (0.423)	0.818 (0.427)	1.462*** (0.436)	0.904* (0.400)	1.283** (0.431)
Klima	0.016 (0.015)	0.013 (0.014)	0.007 (0.012)	0.007 (0.012)	0.007 (0.012)	0.005 (0.012)
Parteien	-0.033 (0.018)	-0.032 (0.018)	-0.032 (0.017)	-0.049** (0.018)	-0.037* (0.017)	-0.051** (0.018)
Vetospieler	-0.003 (0.015)	-0.004 (0.015)	-0.001 (0.014)	-0.008 (0.015)	-0.010 (0.014)	-0.009 (0.014)
Demokratie	-0.151 (0.130)	-0.150 (0.127)	-0.060 (0.124)	-0.043 (0.121)	-0.094 (0.121)	-0.062 (0.120)
R2	0.997	0.997	0.997	0.998	0.997	0.997
N	580	580	580	580	580	580

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Wettbewerb, Lernen/Nachahmen, Nähe (Umweltperformanz)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1981-2005	1981-2005	1981-2005	1981-2005	1981-2005	1981-2005
DiffStruc	-0.049 (0.134)					
DiffTrade		0.123 (0.113)				
DiffFoN			0.406*** (0.081)			
DiffNei				0.502*** (0.084)		
DiffBor					0.387*** (0.072)	
DiffInv						1.464*** (0.262)
Wirtschaft	0.041 (0.037)	0.040 (0.037)	0.036 (0.033)	0.027 (0.036)	0.036 (0.032)	0.033 (0.034)
Rechte Reg.	0.001 (0.003)	0.000 (0.003)	0.001 (0.003)	0.003 (0.003)	0.003 (0.003)	0.003 (0.003)
Linke Reg.	-0.004 (0.003)	-0.006 (0.003)	-0.005 (0.003)	-0.006 (0.003)	-0.004 (0.003)	-0.005 (0.003)
EU	0.351 (0.662)	0.482 (0.678)	0.324 (0.544)	0.470 (0.550)	0.219 (0.564)	0.587 (0.589)
Korporatismus	0.877* (0.397)	0.753 (0.411)	1.038* (0.408)	1.700*** (0.442)	1.067** (0.382)	1.478*** (0.429)
Klima	0.020 (0.016)	0.019 (0.016)	0.008 (0.012)	0.010 (0.013)	0.009 (0.012)	0.007 (0.012)
Parteien	-0.027 (0.019)	-0.033 (0.019)	-0.024 (0.018)	-0.048** (0.019)	-0.031 (0.018)	-0.047* (0.019)
Vetospieler	0.008 (0.017)	0.001 (0.017)	0.015 (0.016)	0.002 (0.017)	0.009 (0.016)	0.003 (0.016)
Demokratie	-0.101 (0.134)	-0.137 (0.133)	-0.009 (0.129)	-0.012 (0.125)	-0.093 (0.124)	-0.061 (0.125)
R2	0.998	0.998	0.998	0.998	0.998	0.998
Adj. R2	0.997	0.997	0.997	0.998	0.997	0.998
N	580	580	580	580	580	580

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Wettbewerb, Lernen/Nachahmen, Nähe (Umweltperformanz)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	2006-2010	2006-2010	2006-2010	2006-2010	2006-2010	2006-2010
DiffStruc	0.043 (0.119)					
DiffTrade		0.335** (0.120)				
DiffFoN			0.375*** (0.088)			
DiffNei				0.522*** (0.078)		
DiffBor					0.397*** (0.074)	
DiffInv						1.547*** (0.245)
Wirtschaft	0.009 (0.120)	0.020 (0.117)	0.006 (0.103)	-0.026 (0.103)	-0.031 (0.101)	-0.036 (0.097)
Rechte Reg.	-0.001 (0.005)	0.001 (0.005)	0.001 (0.005)	0.005 (0.006)	0.002 (0.006)	0.001 (0.006)
Linke Reg.	-0.004 (0.007)	0.001 (0.006)	-0.002 (0.006)	-0.002 (0.007)	-0.001 (0.007)	-0.003 (0.006)
EU	-2.436* (1.004)	59.452*** (8.037)	53.792*** (6.461)	49.132*** (5.078)	81.577*** (1.306)	-20.178 (16.274)
Korporatismus	1.822*** (0.527)	2.287*** (0.579)	2.027*** (0.543)	2.983*** (0.570)	2.061*** (0.516)	2.668*** (0.550)
Klima	0.003 (0.020)	-0.006 (0.020)	-0.004 (0.015)	0.001 (0.016)	-0.005 (0.015)	-0.003 (0.015)
Parteien	-0.044 (0.034)	-0.018 (0.033)	-0.034 (0.032)	-0.041 (0.036)	-0.017 (0.035)	-0.051 (0.034)
Vetospieler	-0.046 (0.027)	-0.047 (0.025)	-0.049* (0.023)	-0.053* (0.024)	-0.064** (0.022)	-0.049* (0.022)
Demokratie	-0.393* (0.199)	-0.326 (0.191)	-0.229 (0.180)	-0.214 (0.183)	-0.146 (0.173)	-0.137 (0.178)
R2	0.998	0.998	0.998	0.998	0.998	0.998
Adj. R2	0.997	0.997	0.997	0.998	0.997	0.998
N	580	580	580	580	580	580

Period Fixed Effects not shown
 * p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Zwang (Umweltperformanz)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1981-2010	1981-2010	1981-2010	1981-2010	1981-2010	1981-2010
DiffCoeUS	0.925*** (0.009)					
DiffCoeUSw		-0.362*** (0.064)				
DiffCoeEU			-8.224*** (0.733)			
DiffCoeEUw				0.175*** (0.052)		
DiffCoeNAFTA					-0.346* (0.165)	
DiffCoeNAFTAw						-0.341*** (0.058)
Wirtschaft	0.037 (0.037)	0.017 (0.039)	0.061 (0.038)	0.035 (0.038)	0.037 (0.036)	0.019 (0.037)
Rechte Reg.	-0.002 (0.004)	-0.003 (0.004)	-0.002 (0.003)	-0.001 (0.003)	-0.001 (0.003)	-0.001 (0.003)
Linke Reg.	-0.005 (0.004)	-0.007 (0.004)	-0.004 (0.003)	-0.004 (0.003)	-0.004 (0.003)	-0.005 (0.003)
EU	0.225 (0.633)	0.071 (0.596)	0.277 (0.414)	0.026 (0.597)	0.260 (0.631)	0.072 (0.591)
Korporatismus	0.629 (0.417)	0.874* (0.396)	-0.447 (0.317)	0.816 (0.419)	0.632 (0.416)	0.875* (0.392)
Klima	0.017 (0.016)	0.018 (0.017)	0.023 (0.014)	0.017 (0.016)	0.017 (0.016)	0.016 (0.016)
Parteien	-0.034 (0.018)	-0.049*** (0.018)	-0.022 (0.017)	-0.037* (0.018)	-0.034 (0.018)	-0.047*** (0.018)
Vetospiele	-0.004 (0.015)	-0.004 (0.016)	0.003 (0.015)	-0.004 (0.016)	-0.004 (0.015)	-0.003 (0.016)
Demokratie	-0.149 (0.130)	-0.080 (0.126)	-0.031 (0.120)	-0.123 (0.127)	-0.156 (0.131)	-0.070 (0.125)
R2	0.997	0.998	0.999	0.998	0.997	0.998
N	551	551	580	580	580	580

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Zwang (Umweltperformanz)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1981-2005	1981-2005	1981-2005	1981-2005	1981-2005	1981-2005
DiffCoeUS	0.916*** (0.009)					
DiffCoeUSw		-0.336*** (0.063)				
DiffCoeEU			-8.178*** (0.713)			
DiffCoeEUw				0.176*** (0.051)		
DiffCoeNAFTA					-0.129 (0.166)	
DiffCoeNAFTAw						-0.325*** (0.056)
Wirtschaft	0.041 (0.038)	0.021 (0.041)	0.067 (0.038)	0.039 (0.040)	0.039 (0.037)	0.024 (0.039)
Rechte Reg.	-0.001 (0.004)	-0.003 (0.004)	-0.001 (0.003)	0.001 (0.003)	-0.001 (0.003)	-0.002 (0.003)
Linke Reg.	-0.005 (0.004)	-0.009* (0.004)	-0.005 (0.003)	-0.005 (0.003)	-0.006 (0.003)	-0.008* (0.004)
EU	0.303 (0.650)	0.177 (0.617)	0.501 (0.418)	0.076 (0.617)	0.377 (0.652)	0.181 (0.613)
Korporatismus	0.851* (0.399)	0.951* (0.384)	-0.143 (0.296)	1.022* (0.403)	0.850* (0.394)	0.959* (0.378)
Klima	0.019 (0.016)	0.022 (0.017)	0.023 (0.013)	0.019 (0.016)	0.019 (0.016)	0.021 (0.017)
Parteien	-0.023 (0.019)	-0.045* (0.019)	-0.023 (0.018)	-0.030 (0.019)	-0.026 (0.019)	-0.045* (0.019)
Vetospieler	0.009 (0.017)	-0.001 (0.017)	0.018 (0.015)	0.007 (0.017)	0.006 (0.017)	-0.001 (0.017)
Demokratie	-0.083 (0.133)	-0.052 (0.130)	-0.007 (0.122)	-0.080 (0.129)	-0.085 (0.133)	-0.043 (0.128)
R2	0.997	0.998	0.999	0.998	0.998	0.998
Adj. R2	0.997	0.998	0.999	0.998	0.997	0.998
N	551	551	580	580	580	580

Period Fixed Effects not shown
 * p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Zwang (Umweltperformanz)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	2006-2010	2006-2010	2006-2010	2006-2010	2006-2010	2006-2010
DiffCoeUS	0.939*** (0.016)					
DiffCoeUSw		-0.253*** (0.072)				
DiffCoeEU			-7.389*** (0.950)			
DiffCoeEUw				0.143* (0.056)		
DiffCoeNAFTA					-0.672*** (0.184)	
DiffCoeNAFTAw						-0.240*** (0.067)
Wirtschaft	0.018 (0.117)	-0.009 (0.123)	0.016 (0.105)	0.010 (0.125)	0.016 (0.118)	-0.012 (0.122)
Rechte Reg.	-0.001 (0.007)	-0.001 (0.007)	0.001 (0.005)	-0.000 (0.006)	0.000 (0.005)	0.001 (0.006)
Linke Reg.	-0.004 (0.007)	-0.002 (0.008)	0.003 (0.006)	-0.002 (0.006)	-0.003 (0.006)	-0.000 (0.006)
EU	0.000 (.)	86.089*** (1.606)	0.000 (.)	80.781*** (1.447)	-2.889** (1.049)	-2.603** (0.932)
Korporatismus	1.723** (0.530)	2.711*** (0.602)	0.309 (0.449)	2.282*** (0.583)	2.020*** (0.553)	2.751*** (0.605)
Klima	0.002 (0.020)	-0.013 (0.022)	0.018 (0.016)	-0.000 (0.019)	-0.007 (0.020)	-0.014 (0.022)
Parteien	-0.053 (0.035)	-0.024 (0.036)	0.001 (0.033)	-0.033 (0.033)	-0.052 (0.033)	-0.022 (0.032)
Vetospierer	-0.047 (0.026)	-0.043 (0.028)	-0.051* (0.026)	-0.045 (0.028)	-0.049 (0.026)	-0.043 (0.028)
Demokratie	-0.432* (0.199)	-0.297 (0.196)	-0.135 (0.176)	-0.321 (0.191)	-0.461* (0.201)	-0.277 (0.192)
R2	0.997	0.998	0.999	0.998	0.998	0.998
Adj. R2	0.997	0.998	0.999	0.998	0.997	0.998
N	551	551	580	580	580	580

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Wettbewerb, Lernen/Nachahmen, Nähe (ökologischer Institutionalismus)

	(1) 1961-2010	(2) 1961-2010	(3) 1961-2010	(4) 1961-2010	(5) 1961-2010	(6) 1961-2010
DiffStruc	-0.066 (0.185)					
DiffTrade		0.206* (0.100)				
DiffFoN			0.065 (0.071)			
DiffNei				0.085 (0.048)		
DiffBor					0.060 (0.031)	
DiffInv						0.396* (0.176)
Wirtschaft	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)
Rechte Reg.	0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	0.000 (0.000)
Linke Reg.	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)
EU	0.048** (0.016)	0.040* (0.017)	0.042* (0.017)	0.040* (0.017)	0.039* (0.017)	0.038* (0.017)
Korporatismus	0.028* (0.012)	0.025 (0.013)	0.026* (0.012)	0.025 (0.013)	0.027* (0.013)	0.024 (0.013)
Klima	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)
Parteien	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)
Vetospierer	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)
Demokratie	-0.000 (0.004)	-0.000 (0.004)	0.000 (0.004)	0.000 (0.004)	0.000 (0.004)	0.000 (0.004)
R2	0.946	0.935	0.939	0.934	0.935	0.935
N	786	786	786	786	786	786

Period Fixed Effects not shown
 * p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Wettbewerb, Lernen/Nachahmen, Nähe (ökologischer Institutionalismus)

	(1) 1961-1987	(2) 1961-1987	(3) 1961-1987	(4) 1961-1987	(5) 1961-1987	(6) 1961-1987
DiffStruc	-0.332 (0.258)					
DiffTrade		0.264 (0.192)				
DiffFoN			0.209* (0.098)			
DiffNei				0.215** (0.076)		
DiffBor					0.200** (0.065)	
DiffInv						0.595* (0.282)
Wirtschaft	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)
Rechte Reg.	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)
Linke Reg.	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)
EU	0.025 (0.019)	0.025 (0.020)	0.021 (0.018)	0.018 (0.019)	0.022 (0.019)	0.018 (0.019)
Korporatismus	0.012 (0.013)	0.014 (0.013)	0.012 (0.013)	0.014 (0.014)	0.008 (0.014)	0.013 (0.013)
Klima	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)
Parteien	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)
Vetospieler	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)
Demokratie	-0.004 (0.005)	-0.003 (0.005)	-0.004 (0.005)	-0.003 (0.005)	-0.004 (0.005)	-0.004 (0.005)
R2	0.953	0.947	0.950	0.943	0.944	0.948
Adj. R2	0.948	0.941	0.944	0.937	0.938	0.942
N	786	786	786	786	786	786

Period Fixed Effects not shown
 * p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Wettbewerb, Lernen/Nachahmen, Nähe (ökologischer Institutionalismus)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1988-2010	1988-2010	1988-2010	1988-2010	1988-2010	1988-2010
DiffStruc	-0.056 (0.234)					
DiffTrade		0.048 (0.126)				
DiffFoN			-0.046 (0.080)			
DiffNei				0.012 (0.056)		
DiffBor					0.024 (0.032)	
DiffInv						0.170 (0.215)
Wirtschaft	0.000 (0.001)	0.001 (0.001)	0.000 (0.001)	0.001 (0.001)	0.001 (0.001)	0.001 (0.001)
Rechte Reg.	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)
Linke Reg.	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)
EU	0.072*** (0.018)	0.065*** (0.019)	0.062*** (0.019)	0.060*** (0.019)	0.062*** (0.019)	0.066*** (0.019)
Korporatismus	0.027* (0.012)	0.025* (0.012)	0.025* (0.012)	0.025* (0.012)	0.025* (0.012)	0.024* (0.012)
Klima	-0.001 (0.000)	-0.001 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)
Parteien	0.001 (0.001)	0.001 (0.001)	0.001 (0.001)	0.001 (0.001)	0.000 (0.001)	0.001 (0.001)
Vetospieler	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)
Demokratie	0.001 (0.005)	0.002 (0.005)	0.002 (0.005)	0.002 (0.005)	0.003 (0.005)	0.002 (0.005)
R2	0.953	0.947	0.950	0.943	0.944	0.948
Adj. R2	0.948	0.941	0.944	0.937	0.938	0.942
N	786	786	786	786	786	786

Period Fixed Effects not shown
 * p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Zwang (ökologischer Institutionalismus)

	(1) 1961-2010	(2) 1961-2010	(3) 1961-2010	(4) 1961-2010	(5) 1961-2010	(6) 1961-2010
DiffCoeUS	0.000 (.)					
DiffCoeUSw		-0.729*** (0.180)				
DiffCoeEU			-2.420*** (0.604)			
DiffCoeEUw				0.420*** (0.071)		
DiffCoeNAFTA					-0.279* (0.134)	
DiffCoeNAFTAw						-0.902*** (0.177)
Wirtschaft	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)
Rechte Reg.	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)
Linke Reg.	0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)
EU	0.034* (0.016)	0.028 (0.016)	0.057*** (0.015)	0.023 (0.017)	0.042* (0.017)	0.032 (0.017)
Korporatismus	0.024 (0.013)	0.023 (0.013)	0.025* (0.010)	0.013 (0.013)	0.026* (0.013)	0.025* (0.013)
Klima	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)
Parteien	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)
Vetospierer	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)
Demokratie	-0.002 (0.004)	-0.001 (0.004)	0.000 (0.004)	-0.001 (0.004)	-0.000 (0.004)	0.000 (0.004)
R2	0.943	0.945	0.962	0.933	0.937	0.941
N	746	746	786	786	786	786

Period Fixed Effects not shown

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Zwang (ökologischer Institutionalismus)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	1961-1987	1961-1987	1961-1987	1961-1987	1961-1987	1961-1987
DiffCoeUS	0.000 (.)					
DiffCoeUSw		-0.675** (0.253)				
DiffCoeEU			-4.483*** (0.680)			
DiffCoeEUw				0.463* (0.195)		
DiffCoeNAFTA					-0.337 (0.218)	
DiffCoeNAFTAw						-0.909*** (0.239)
Wirtschaft	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)
Rechte Reg.	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)
Linke Reg.	-0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)
EU	0.022 (0.019)	0.021 (0.019)	0.016 (0.017)	0.014 (0.019)	0.022 (0.019)	0.018 (0.019)
Korporatismus	0.016 (0.013)	0.022 (0.013)	0.002 (0.011)	0.008 (0.014)	0.012 (0.014)	0.016 (0.014)
Klima	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)
Parteien	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.002 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.002 (0.001)
Vetospieler	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001 (0.001)
Demokratie	-0.002 (0.005)	-0.001 (0.005)	-0.005 (0.005)	-0.002 (0.005)	-0.003 (0.005)	-0.002 (0.005)
R2	0.954	0.956	0.968	0.941	0.947	0.948
Adj. R2	0.948	0.951	0.965	0.934	0.941	0.943
N	746	746	786	786	786	786

Period Fixed Effects not shown
 * p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Mechanismen: Zwang (ökologischer Institutionalismus)

	(1) 1988-2010	(2) 1988-2010	(3) 1988-2010	(4) 1988-2010	(5) 1988-2010	(6) 1988-2010
DiffCoeUS	0.000 (.)					
DiffCoeUSw		-0.700*** (0.186)				
DiffCoeEU			-1.886** (0.702)			
DiffCoeEUw				0.385*** (0.077)		
DiffCoeNAFTA					-0.331 (0.185)	
DiffCoeNAFTAw						-0.779*** (0.185)
Wirtschaft	0.000 (0.001)	0.000 (0.001)	0.000 (0.002)	0.001 (0.001)	0.001 (0.001)	0.000 (0.001)
Rechte Reg.	-0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	-0.000 (0.000)
Linke Reg.	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)	0.000 (0.000)
EU	0.059** (0.018)	0.897*** (0.037)	2.254*** (0.536)	0.040* (0.020)	0.068*** (0.019)	0.796*** (0.037)
Korporatismus	0.022 (0.012)	0.020 (0.012)	0.021* (0.010)	0.011 (0.013)	0.025* (0.012)	0.023 (0.012)
Klima	-0.001 (0.000)	-0.001 (0.000)	-0.001 (0.000)	-0.000 (0.000)	-0.001 (0.000)	-0.001 (0.000)
Parteien	0.000 (0.001)	0.000 (0.001)	0.001 (0.001)	0.001 (0.001)	0.001 (0.001)	0.001 (0.001)
Vetospieler	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	-0.000 (0.001)	0.000 (0.001)	0.000 (0.001)
Demokratie	-0.002 (0.005)	-0.001 (0.005)	-0.000 (0.004)	0.001 (0.005)	0.001 (0.005)	0.002 (0.005)
R2	0.954	0.956	0.968	0.941	0.947	0.948
Adj. R2	0.948	0.951	0.965	0.934	0.941	0.943
N	746	746	786	786	786	786

Period Fixed Effects not shown
 * p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001